Bundesgesetzblatt

Teil I

1957	Ausgegeben zu Bonn am 13. September 1957	Nr. 50
Tag	Inhalt:	Seite
11. 9. 57	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen	1275
11. 9. 57	Neufassung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen	1296
28. 8. 57	Erlaß über die Änderung des Erlasses über die Dienstsiegel	1328
10. 9. 57	Anordnung des Bundespräsidenten über den Erlaß von Bestimmungen für die Dienstkleidung der Forstbeamten des Bundes	1328
29. 8. 57	Verordnung über die Erstattung der Aufwendungen des Bundes für die Unfallversicherung der Arbeitslosen durch die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	1329
30. 8. 57	Verordnung über den Sitz der Wehrdienstsenate	1330
7. 9. 57	Berichtigung zur Neufassung des Bundesvertriebenengesetzes	1330

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen.

Vom 11. September 1957.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1287) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. In der Übersicht wird in Abschnitt II Unterabschnitt 2 folgender neuer Titel c eingefügt:
„c) Ausscheiden aus der
Unterbringung §§ 24—24f“.
Die bisherigen Titel c und d werden die Titel d und e.
2. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgende Nummer 3 a eingefügt:
„3a. die durch ihr Verhalten während der Herrschaft des Nationalsozialismus gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben,“;
 - b) in Nummer 5 werden hinter dem Wort „waren“ die Worte „oder nach dem Zweiten Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 17. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 431) die deutsche Staatsangehörigkeit wieder erwerben,“ eingefügt;
 - c) es wird folgende Nummer 6 angefügt:
„6. die in den Dienst eines ausländischen Staates eingetreten sind oder eintreten,“;
 - d) es wird folgender Satz angefügt:
„Die oberste Dienstbehörde (§ 60) kann Ausnahmen von Nummer 6 zulassen.“

3. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Nr. 1 treten an die Stelle der Worte „31. März 1951“ die Worte „31. Dezember 1952“;
- b) in Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe a werden hinter dem Wort „oder“ die Worte „als nach § 9 Abs. 1 des Häftlingshilfegesetzes einem solchen Gleichzubehandelnder oder“ eingefügt;
- c) Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe c erhält folgenden Wortlaut:
„c) im Anschluß an die Rückkehr aus fremden Staaten, wenn sie vor Ablauf des 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt aus dem Reichsgebiet in seinen jeweiligen Grenzen in jetziges Ausland verlegt hatten oder vor oder nach diesem Zeitpunkt im Zuge der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen, insbesondere Ausweisung oder Flucht, aus dem Reichsgebiet oder den nach dem 31. Dezember 1937 angegliederten Gebieten in jetziges Ausland gelangt waren.“;
- d) in Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
„Ausland im Sinne von Satz 1 Nr. 2 Buchstabe c ist das Gebiet, das nach § 80 nicht als Reichsgebiet gilt.“;
- e) Absatz 2 erhält folgenden Wortlaut:
„(2) Den in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bezeichneten Personen können solche unter die §§ 1 oder 2 fallende Personen durch die oberste Dienstbehörde (§ 60) gleichgestellt werden,

die nach dem 31. Dezember 1952 im Bundesgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt genommen haben und

1. nach dem 8. Mai 1945 aus dem Bundesgebiet auf Grund von Maßnahmen ausländischer Mächte, denen sie sich ohne Gefährdung ihrer Person oder Freiheit nicht entziehen konnten, zu einer nichtmilitärischen Dienstleistung außerhalb des Bundesgebietes verpflichtet wurden oder
2. als Sowjetzonenflüchtlinge nach § 3 des Bundesvertriebenengesetzes anerkannt worden sind.“;

f) Absatz 3 wird gestrichen. Es wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt:

„(3) Hinterbliebene, die nach dem 31. Dezember 1952 im Bundesgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt genommen haben, können Rechte auf Versorgung auch dann geltend machen, wenn der Verstorbene die Voraussetzungen des Absatzes 1 oder 2 erfüllte.“

4. Hinter § 4 werden folgende §§ 4a und 4b eingefügt:

„§ 4a

Den unter die §§ 1 oder 2 fallenden Personen, die im Falle der Rückkehr (§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe c) Rechte nach Kapitel I dieses Gesetzes geltend machen könnten, sowie ihren Hinterbliebenen kann die oberste Dienstbehörde (§ 60) mit Zustimmung des Bundesministers des Innern von dem Erfordernis der Begründung eines Wohnsitzes oder dauernden Aufenthaltes im Bundesgebiet auf Zeit oder auf Dauer Befreiung gewähren, wenn diese Rückkehr aus Krankheits- oder Altersgründen nicht zumutbar ist. § 159 des Bundesbeamtengesetzes bleibt unberührt.

§ 4b

(1) Solchen unter die §§ 1 oder 2 fallenden Personen, die nach dem in § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bezeichneten Zeitpunkt und ohne Vorliegen der Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Abs. 2, 3, aber im Wege der Familienzusammenführung im Bundesgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt begründet haben, kann die oberste Dienstbehörde (§ 60) an Stelle der nach diesem Gesetz im Falle der Erfüllung der genannten Voraussetzungen zu gewährenden Versorgungsbezüge einen Unterhaltsbeitrag bewilligen.

(2) Familienzusammenführung im Sinne des Absatzes 1 liegt nur vor, wenn der Zuziehende im Zeitpunkt des Wegzuges von dem bisherigen Wohnsitz oder dauernden Aufenthaltsort außerhalb des Bundesgebietes

- a) das siebzigste Lebensjahr vollendet hatte oder infolge körperlicher oder geistiger Gebrechlichkeit ohne Wartung und Pflege nicht bestehen konnte,

- b) nicht in häuslicher Gemeinschaft mit dem Ehegatten oder einer Person lebte, die zu den Verwandten gerader Linie oder der Seitenlinie bis zum zweiten Grade, Stief- oder Pflegekindern, an Kindes Statt Angenommenen oder Schwiegerkindern gehörte, oder der ihn bisher Betreuende das siebzigste Lebensjahr vollendet hatte oder infolge eigener körperlicher oder geistiger Gebrechlichkeit zu der Betreuung außerstande war oder wegen Übersiedlung in das Bundesgebiet infolge Verheiratung nicht länger ausüben konnte, und
- c) die fehlende Betreuung durch Aufnahme in die Familiengemeinschaft eines der unter Buchstabe b bezeichneten Angehörigen im Bundesgebiet erhält.

Der Aufnehmende muß die in § 4 Abs. 1 oder 2 bezeichneten Voraussetzungen erfüllen, es sei denn, daß er den Zuziehenden an dessen bisherigem Wohnsitz oder dauerndem Aufenthalt betreut hat und infolge Verheiratung in das Bundesgebiet übersiedelt ist. Eine Aufnahme durch Stief- oder Pflegekinder oder an Kindes Statt Angenommene kommt nur in Betracht, wenn sie vor Vollendung des achtzehnten Lebensjahres mit dem Zuziehenden in häuslicher Gemeinschaft gelebt hatten.

(3) Als Unterhaltsbeitrag wird der bei Erfüllung der Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 oder 2 zustehende Versorgungsbezug bis zu dreihundert Deutsche Mark monatlich voll, darüber hinaus in Höhe von sechzig vom Hundert des Mehrbetrages gewährt. Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen werden insoweit auf den Unterhaltsbeitrag angerechnet, als sie auf Zeiten entfallen, die bei der Bemessung des dem Unterhaltsbeitrag zugrunde zu legenden Versorgungsbezuges als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden und nicht auf freiwilligen Beiträgen beruhen.

(4) Nach dem Ableben des Empfängers eines Unterhaltsbeitrages kann seinen Hinterbliebenen, die im Bundesgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, ein Unterhaltsbeitrag nach Maßgabe des Absatzes 3 bewilligt werden.“

5. § 5 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 werden hinter dem Wort „sind“ die Worte eingefügt „oder die Dienstunfähigkeit durch eine ohne grobes Verschulden eingetretene Schädigung im Sinne des § 1 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes verursacht ist“;
- b) in Nummer 2 werden die Worte „des § 106 des Bundesbeamtengesetzes“ durch die Worte „der Nummer 1“ ersetzt.

6. In § 6 Abs. 2 werden vor dem Wort „dienstunfähig“ die Worte „oder infolge einer ohne grobes Verschulden eingetretenen Schädigung im Sinne des § 1 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes“ eingefügt.

7. In § 7 Abs. 2 wird Satz 2 gestrichen.

8. § 9 erhält folgenden Wortlaut:

„§ 9

(1) Gegen einen Beamten zur Wiederverwendung, einen Ruhestandsbeamten oder einen früheren Beamten, der vor oder nach dem 8. Mai 1945 ein Dienstvergehen oder eine als Dienstvergehen geltende Handlung begangen hat, wegen deren die Entfernung aus dem Dienst oder der Verlust des Ruhegehalts gerechtfertigt wäre, ist das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Aberkennung der Rechte aus diesem Gesetz nach den Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung einzuleiten und durchzuführen. Gegen einen Beamten zur Wiederverwendung oder einen an der Unterbringung teilnehmenden früheren Beamten kann das Verfahren wegen eines minder schweren Dienstvergehens mit dem Ziel eingeleitet und durchgeführt werden, daß sich die Rechte aus diesem Gesetz nach einem Amt derselben Laufbahn mit geringerem Endgrundgehalt richten oder das Übergangsgehalt gekürzt wird; §§ 7 und 7c Satz 1 der Bundesdisziplinarordnung finden entsprechend Anwendung. Gegen Ruhestandsbeamte und frühere Beamte mit Anspruch auf Versorgung in Höhe des Ruhegehaltes finden die Vorschriften der §§ 4 und 9 der Bundesdisziplinarordnung uneingeschränkt Anwendung.

(2) Die Einleitung und Durchführung des Disziplinarverfahrens regelt der Bundesminister des Innern durch Rechtsverordnung. Er kann die Befugnisse als Einleitungsbehörde und oberste Dienstbehörde im Sinne der Bundesdisziplinarordnung auf andere Behörden übertragen, auf Landesbehörden insoweit, als dies durch Verwaltungsabkommen zugelassen ist."

9. § 10 erhält folgenden Wortlaut:

„§ 10

(1) Für Beamte zur Wiederverwendung gelten §§ 48 bis 51, 52 Abs. 2, §§ 53, 54 Satz 3 und § 77 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes und, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, § 30 Abs. 1 und 2 Halbsatz 1 sowie § 34 des Bundesbeamtengesetzes mit der Maßgabe entsprechend, daß die Entlassung durch die oberste Dienstbehörde (§ 60) erfolgt und mit dem Ende des Monats, in dem sie dem Beamten zur Wiederverwendung schriftlich mitgeteilt worden ist, wirksam wird.

(2) Auf die an der Unterbringung teilnehmenden früheren Beamten auf Widerruf finden die in Absatz 1 bezeichneten Vorschriften sinngemäß Anwendung; an die Stelle der Entlassung aus dem Beamtenverhältnis tritt die Entlassung aus der Teilnahme an der Unterbringung, und zwar, soweit Anspruch auf Übergangsgehalt und Versorgung besteht und in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, unter Erlöschen dieses Anspruches.

(3) Für Beamte zur Wiederverwendung, Ruhestandsbeamte und frühere Beamte gelten die §§ 61, 62, 70, 71 und 90 des Bundesbeamtengesetzes, für Ruhestandsbeamte und frühere Beamte mit Versorgungsbezügen auch § 77 Abs. 2 des genannten Gesetzes entsprechend.

(4) Beamte zur Wiederverwendung dürfen, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, die ihnen zustehende Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „zur Wiederverwendung (z. Wv.)“ führen, ehemalige Wehrmachtbeamte statt dessen mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“. Für Ruhestandsbeamte und entlassene Beamte gilt § 81 Abs. 3 und 4 des Bundesbeamtengesetzes entsprechend."

10. In § 11 Abs. 2 Satz 2 wird die Zahl „23“ durch „24f“ ersetzt.

11. § 12 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 tritt an die Stelle des Punktes ein Komma; dahinter werden folgende Worte eingefügt:

„im Bereich der Verwaltung des Bundesministers für Verteidigung mindestens fünfundsiebzig vom Hundert.“;

b) in Absatz 2 wird folgender Satz angefügt: „Wird ein an der Unterbringung teilnehmender Beamter zur Wiederverwendung oder früherer Beamter auf Widerruf, der gemäß § 20 beschäftigt ist, nach § 10 Abs. 1 oder 2 entlassen, so bleibt er bei diesem Dienstherrn, solange er weiterbeschäftigt wird, anrechenbar.“

12. In § 13 werden folgende Sätze angefügt:

„Im Bereich der Verwaltung des Bundesministers für Verteidigung müssen im Rechnungsjahr 1957 mindestens siebenzig vom Hundert, im Rechnungsjahr 1958 mindestens fünfzig vom Hundert und im Rechnungsjahr 1959 mindestens vierzig vom Hundert der Gesamtzahl der besetzten Planstellen mit den in Satz 1 erwähnten Beamten besetzt sein. § 12 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.“

13. § 14 Abs. 2 erhält folgenden Wortlaut:

„(2) Besetzt ein anderer Dienstherr, der den Pflichtanteil (§ 12) nicht erfüllt, nicht mindestens ein Drittel der im Laufe des Rechnungsjahres außerhalb des Bereichs der Mangelberufe (Satz 2) freiwerdenden oder neugeschaffenen Beamtenplanstellen oder Stellen für Angestellte mit an der Unterbringung teilnehmenden oder auf den Pflichtanteil anrechenbaren Personen, so gilt § 17 Abs. 1. Mangelberufe im Sinne des Satzes 1 sind solche Laufbahnen oder Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes oder Teile von ihnen, für die die Bundesausgleichsstelle (§ 25) allgemein auf Zeit oder Dauer das Fehlen geeigneter Bewerber aus dem Kreis der an der Unterbringung teilnehmenden oder auf die Pflichtanteile anrechenbaren Personen feststellt.“

13a. In § 15 Abs. 2 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Diese Planstellen gelten als Planstellen in Mangelberufen im Sinne des § 14 Abs. 2.“

14. § 16 erhält folgenden Wortlaut:

„§ 16

(1) Ist der Pflichtanteil nach § 13 noch nicht zur Hälfte erfüllt, so darf jede dritte Planstelle, ist er zur Hälfte erfüllt, jede zweite Planstelle anderweitig besetzt werden. Ist der Pflichtanteil zu Dreivierteln erfüllt, so können zwei von drei Planstellen anderweitig besetzt werden.

(2) Planstellen in einer zum Mangelberuf (§ 14 Abs. 2) erklärten Laufbahn bleiben für die Anwendung des Absatzes 1 außer Betracht und dürfen anderweitig besetzt werden."

15. In § 17 wird der bisher einzige Absatz Absatz 2. Es wird folgender neuer Absatz 1 eingefügt:

„(1) In den Fällen des § 14 Abs. 2 Satz 1 hat der Dienstherr für jede entgegen dieser Vorschrift nicht besetzte Planstelle (Stelle) den Betrag von viertausend Deutsche Mark zu zahlen. Dieser Betrag ist auch in den folgenden Rechnungsjahren zu leisten, bis der in der Unterbringung entstandene Ausfall durch Besetzung einer anderen Planstelle (Stelle) mit einer an der Unterbringung teilnehmenden oder auf den Pflichtanteil (§ 12) anrechenbaren Person ausgeglichen worden oder der Pflichtanteil erfüllt ist.“

16. In § 18 werden die Worte „Ausgleichsbeträge und die“ gestrichen.

17. Hinter § 18 werden folgende §§ 18 a und 18 b eingefügt:

„§ 18 a

(1) Anderen Dienstherrn (§ 11) als dem Bund kann zur Schaffung künftig umzuwandelnder oder wegfallender Planstellen zwecks endgültiger Unterbringung (§ 19) von Beamten zur Wiederverwendung oder früheren Beamten auf Widerruf, die an der Unterbringung teilnehmen, ein Zuschuß aus Bundesmitteln nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zugesichert werden; diese Planstellen sind an die Person zu binden. Können Planstellen der nach Satz 1 erforderlichen Art bei dem Dienstherrn nicht ausgebracht werden, so kann in einem solchen Falle der Zuschuß auch bei Verwendung des Beamten in dem nächstniedrigeren, ausnahmsweise auch in einem anderen Amt der früheren oder einer gleichwertigen Laufbahn zugesichert werden, wenn der Dienstherr die Dienstbezüge, die bei entsprechender Wiederverwendung zustehen würden, oder eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Zulage zur Erreichung dieser Dienstbezüge gewährt. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für die Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden (Gemeindeverbände) bis zu dreitausend Einwohnern und Dienstherrn mit weniger als fünf Beamten und Angestellten (§ 11 Abs. 3).

(2) Als Zuschuß zuzusichern ist der Unterschiedsbetrag zwischen den bisherigen Dienstbezügen oder, falls diese geringer waren als die Dienstbezüge aus dem Eingangsamtsamt der für die entsprechende Wiederverwendung maßgebenden Laufbahngruppe, zwischen den letztgenannten Dienstbezügen und den bei entsprechender Wiederverwendung zu gewährenden Dienstbezügen, jedoch nicht über den Betrag des dem Unterbringungsteilnehmer zustehenden Übergangsgehaltes hinaus. Über die Zusicherung des Zuschusses entscheidet der Bundesminister des Innern, soweit er seine Befugnisse nicht der Bundesausgleichsstelle (§ 25) überträgt,

die Entscheidung bedarf der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen oder der von ihm ermächtigten Stelle.

(3) Anträge auf Zusicherung eines Zuschusses sind für Unterbringungsteilnehmer, die am 1. April 1957 im öffentlichen Dienst insgesamt länger als drei Jahre nach § 20 wiederverwendet waren, nur bis zum 31. März 1958 zulässig, im übrigen bis zum Ablauf des Rechnungsjahres, in dem der Unterbringungsteilnehmer die vorstehend bezeichnete Dienstzeit abgeleistet hat. Der Zuschuß wird bis zum Ablauf des fünften Rechnungsjahres, in dem er bewilligt worden ist, gewährt; er bleibt für die Anwendung des § 12 außer Ansatz.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für die Gewährung von Zuschüssen durch sonstige nach Kapitel I an Stelle des Bundes zuständige Träger der Versorgungslast (§ 57) entsprechend.

§ 18 b

(1) Im Bundesdienst beschäftigte, an der Unterbringung teilnehmende Beamte zur Wiederverwendung oder frühere Beamte auf Widerruf, die insgesamt länger als drei Jahre, davon mindestens ein Jahr im Bundesdienst nach § 20 wiederverwendet werden, sind endgültig (§ 19) oder entsprechend § 18 a Abs. 1 Satz 2 wiederzuverwenden. Dies gilt nicht, solange ein Disziplinarverfahren schwebt.

(2) Kann eine oberste Bundesbehörde nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen in ihrem Bereich keine freie Planstelle zur entsprechenden Wiederverwendung eines Unterbringungsteilnehmers zur Verfügung stellen, so hat der Bundesminister der Finanzen beim Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages die Umwandlung einer vorhandenen Planstelle in eine Planstelle einer Besoldungsgruppe mit höherem Endgrundgehalt mit dem Zusatz „künftig umzuwandeln in Besoldungsgruppe . . .“ oder, falls die endgültige Unterbringung auf diese Weise nicht durchführbar ist, die Schaffung einer zusätzlichen Planstelle der erforderlichen Art mit dem Zusatz „künftig wegfallend“ zu beantragen.“

18. In § 19 Abs. 1 wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„Ein Amt ist gleichwertig, wenn es am 8. Mai 1945 der gleichen oder einer gleichwertigen Laufbahn und mindestens derselben Besoldungsgruppe der Reichsbesoldungsordnungen A und B oder einer dieser Besoldungsgruppe entsprechenden Besoldungsgruppe anderer Besoldungsordnungen angehörte wie das in der früheren Rechtsstellung bekleidete Amt; stand in dem früheren Amt eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Zulage zu, so liegt Gleichwertigkeit nur vor, wenn auch das neue Amt mit einer gleichen Zulage verbunden ist oder seine Endbezüge denen des früheren Amtes einschließlich der damaligen Zulage entsprechen.“

Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden die Sätze 3 und 4.

19. In § 20 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Der Dienstherr kann das Dienst- oder Arbeitsverhältnis eines nicht als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit wiederverwendeten Beamten nach Ablauf eines Jahres seit Beginn der Beschäftigung nur noch aus einem von dem Beamten zu vertretenden Grunde lösen. Dies gilt nicht, wenn nach gesetzlicher Vorschrift oder nach Maßgabe des Haushaltsplans die Aufgaben, für die der Beschäftigte eingestellt worden ist, wegfallen.“

20. § 20a erhält folgenden Wortlaut:

„§ 20a

Beamte zur Wiederverwendung und frühere Beamte auf Widerruf mit Anspruch auf Übergangsgehalt erhalten aus Anlaß ihrer Übernahme von dem übernehmenden Dienstherrn entsprechend ihrer Rechtsstellung nach diesem Gesetz Umzugskosten und Trennungsschädigung nach den für Wartestandsbeamte dieses Dienstherrn geltenden Vorschriften und in Ermangelung solcher entsprechend den für die bisherigen Wartestandsbeamten des Bundes geltenden Vorschriften. Der Bund oder sonstige nach Kapitel I zuständige Träger der Versorgungslast (§ 57) erstatten die Hälfte der für die ersten zwölf Monate gezahlten Trennungsschädigung und die Umzugskosten, wenn der Beamte zur Wiederverwendung oder frühere Beamte als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit (§§ 19, 20 Abs. 1 Nr. 1) oder in eine Beschäftigung nach § 20 Abs. 1 Nr. 2 unwiderruflich übernommen worden ist, oder bei Unterbleiben der Übernahme, falls die für die Unterbringung zuständige Stelle anerkannt hat, daß die Übernahme lediglich aus in der Person des Beamten liegenden Gründen nicht erfolgen konnte.“

21. In § 21 Abs. 1 Satz 2 werden hinter der Zahl „10“ die Worte „Abs. 4 Satz 1“ eingefügt.
22. In § 22 Satz 2 werden hinter den Worten „Satz 1“ die Worte „und Abs. 2“ eingefügt.
23. § 22a wird gestrichen.
24. § 23 erhält folgenden Wortlaut:

„§ 23

Die an der Unterbringung teilnehmenden Beamten zur Wiederverwendung und früheren Beamten auf Widerruf sind verpflichtet, den für ihre Unterbringung zuständigen Stellen auf Anforderung alle für die Unterbringung dienlichen Angaben zu machen sowie wesentliche Veränderungen ihrer persönlichen Verhältnisse unangefordert und unverzüglich mitzuteilen. Bei Nichterfüllung dieser Verpflichtungen gilt § 24 f.“

25. Hinter § 23 werden die Titelbezeichnung „c) Ausscheiden aus der Unterbringung“ und folgende neue §§ 24 bis 24 f eingefügt:

„§ 24

(1) Ein Beamter zur Wiederverwendung, der das fünfzigste Lebensjahr vollendet hat und im öffentlichen Dienst nicht wiederverwendet ist,

kann, wenn dienstliche Gründe für seine alsbaldige Wiederverwendung nicht bestehen, auf seinen schriftlichen Antrag durch die oberste Dienstbehörde (§ 60) von der Verpflichtung zur Teilnahme an der Unterbringung befreit werden. Die Befreiung tritt mit Ablauf des Monats ein, in dem sie dem Beamten schriftlich mitgeteilt worden ist. Der Beamte führt die in § 10 Abs. 4 Satz 1 vorgesehene Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“.

(2) Von Beginn des auf die Befreiung (Absatz 1) folgenden Monats an werden bei der Bemessung eines nach § 37 zustehenden Übergangsgehaltes auch die in § 35 Abs. 3 bezeichneten Zeiten berücksichtigt. Vom gleichen Zeitpunkt ab tritt an die Stelle des in § 37 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 bezeichneten anrechnungsfreien Betrages der Betrag von zweihundertfünfzig Deutsche Mark.

§ 24a

(1) Andere als die in § 24 bezeichneten Beamten zur Wiederverwendung, die an der Unterbringung nicht mehr teilnehmen wollen und die Voraussetzungen des § 106 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes erfüllen, können an Stelle der Entlassung mit der Folge des § 34 des Bundesbeamtengesetzes (§ 10 Abs. 1) eine Entlassung mit der Maßgabe des Absatzes 2 beantragen. Dem Antrag soll stattgegeben werden, wenn dienstliche Gründe für eine alsbaldige Wiederverwendung des Beamten nicht bestehen.

(2) Mit der Entlassung endet der Rechtsstand als Beamter zur Wiederverwendung. Bei Dienstunfähigkeit oder nach Vollendung des zweiundsechzigsten Lebensjahres wird dem entlassenen Beamten zur Wiederverwendung ein Unterhaltsbeitrag in Höhe des im Zeitpunkt der Entlassung nach diesem Gesetz zustehenden Ruhegehaltes gewährt; die Hinterbliebenen erhalten einen Unterhaltsbeitrag in Höhe des entsprechenden Witwen- und Waisengeldes.

(3) Für Beamtinnen zur Wiederverwendung gelten auch die §§ 152 und 153 des Bundesbeamtengesetzes mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Dienstbezüge das Übergangsgehalt tritt.

§ 24b

(1) Ein an der Unterbringung teilnehmender Beamter zur Wiederverwendung, der im öffentlichen Dienst nicht wiederverwendet ist, hat sich auf schriftliche Aufforderung der obersten Dienstbehörde (§ 60) oder der von ihr ermächtigten Dienststelle innerhalb eines Monats zu erklären, ob er an der Unterbringung weiterhin teilnehmen oder aus ihr ausscheiden will; in der Aufforderung ist auf die in den Absätzen 2 und 3 bezeichneten Folgen einer Erklärung oder des Unterlassens einer solchen hinzuweisen.

(2) Erklärt der Beamte zur Wiederverwendung, an der Unterbringung weiterhin teilnehmen zu wollen, so entfällt die Anwendbarkeit des § 24a und, wenn der Beamte bei Abgabe der Erklärung das fünfzigste Lebensjahr schon vollendet hat, auch des § 24.

(3) Gibt der Beamte zur Wiederverwendung innerhalb der in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Frist nicht die von ihm verlangte Erklärung ab oder erklärt er, aus der Unterbringung ausscheiden zu wollen, und stellt er keinen Antrag nach § 24 oder § 35 Abs. 1 Satz 4, so gilt dies als nicht mehr rücknehmbarer Antrag auf Entlassung nach § 24 a Abs. 1 oder, wenn der Beamte die Voraussetzungen des § 106 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes nicht erfüllt, als nicht mehr rücknehmbarer Antrag auf Entlassung mit der Folge des § 34 des Bundesbeamtengesetzes (§ 10 Abs. 1). Eine disziplinarrechtliche Verfolgung nach § 9 bleibt unberührt.

§ 24 c

(1) Kommt ein an der Unterbringung teilnehmender Beamter zur Wiederverwendung, der nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, seiner Verpflichtung, eine ihm angebotene entsprechende Wiederverwendung (§ 19) anzunehmen, oder der Aufforderung der für seine Unterbringung zuständigen Dienststellen, sich um ein bestimmtes gleichwertiges Amt (§ 19) zu bewerben, nicht nach, so verliert er die Eigenschaft als Unterbringungsteilnehmer und, wenn er Anspruch auf Übergangsgehalt hat, auch diesen; hat er die in § 24 b Abs. 2 bezeichnete Erklärung abgegeben, so verliert er auch eine ihm zustehende Anwartschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Als Ablehnung einer Wiederverwendung oder einer Bewerbung gilt es auch, wenn der Beamte die Dienstleistung innerhalb der ihm gesetzten angemessenen Frist nicht aufnimmt oder die Bewerbung zurückzieht oder die Dienstleistung vor Ablauf eines von ihm verlangten Probendienstes von höchstens einem Jahr aufgibt; der Ablauf der zur Aufnahme der Dienstleistung gesetzten Frist ist während der Dauer einer Erkrankung des Beamten gehemmt. Der Beamte ist von der Verpflichtung nach Satz 1 nur befreit, wenn er während der ihm gesetzten Frist zur Übernahme der Wiederverwendung oder zur Einreichung der Bewerbung oder nach deren Einreichung derart krank ist, daß keine Aussicht auf Wiederherstellung der vollen Dienstfähigkeit innerhalb dreier Monate seit Erhalt der Aufforderung oder bei späterer Erkrankung seit deren Beginn besteht. § 42 Abs. 1 Satz 3 des Bundesbeamtengesetzes findet Anwendung.

(2) Ist dem Beamten zur Wiederverwendung (Absatz 1 Satz 1) eine Wiederverwendung nach § 20 angeboten oder zur Bewerbung mitgeteilt worden, so gilt Absatz 1 mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Verlustes des Anspruchs auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung (Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 2) die Herabsetzung seines Versorgungsbezuges um ein Fünftel auf die Dauer von fünf Jahren nach Eintritt des Versorgungsfalles tritt.

(3) Die oberste Dienstbehörde (§ 60) stellt den nach den Absätzen 1 oder 2 eingetretenen Verlust fest und teilt dies dem früheren Unterbringungsteilnehmer mit; eine disziplinarrechtliche Verfolgung (§ 9) bleibt unberührt. Die Feststellung gilt in den Fällen des Absatzes 1

Satz 1 Halbsatz 2 als Entlassung mit der Folge des § 34 des Bundesbeamtengesetzes (§ 10 Abs. 1) und in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Halbsatz 1 oder des Absatzes 2 als Entlassung nach § 24 a Abs. 1.

§ 24 d

Nimmt ein nach § 20 beschäftigter Beamter zur Wiederverwendung, der an der Unterbringung teilnimmt, eine ihm angebotene entsprechende Wiederverwendung (§ 19) nicht an oder kommt er der Aufforderung zur Bewerbung um ein den Erfordernissen einer solchen Wiederverwendung entsprechendes Amt nicht nach, so gilt dies als nicht mehr rücknehmbarer Antrag auf Entlassung nach § 24 a Abs. 1.

§ 24 e

Für die an der Unterbringung teilnehmenden früheren Beamten auf Widerruf (§ 11) gelten die §§ 24 b bis 24 d und, soweit auf diese Personen § 37 a Anwendung findet, auch die §§ 24 und 24 a entsprechend. Bei Anwendung der §§ 24 b bis 24 d tritt für nicht unter § 37 a fallende Personen an die Stelle des Antrages auf Entlassung nach § 24 a Abs. 1 der Antrag auf Entlassung nach § 10 Abs. 2.

§ 24 f

(1) Kommt ein Unterbringungsteilnehmer den Verpflichtungen nach § 23 schuldhaft nicht nach, so kann ihm von der obersten Dienstbehörde (§ 60) die Teilnahme an der Unterbringung und, wenn er Anspruch auf Übergangsgehalt hat, auch dieser ganz oder teilweise auf Zeit oder Dauer entzogen werden; auf die Pflichtanteile (§§ 12, 13) seines bisherigen Dienstherrn bleibt er für die Dauer der Weiterbeschäftigung anrechenbar. Bei Vorliegen besonderer Verhältnisse können die entzogenen Rechte ganz oder teilweise wieder bewilligt werden. Eine disziplinarrechtliche Verfolgung (§ 9) bleibt unberührt.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn ein an der Unterbringung teilnehmender Beamter zur Wiederverwendung oder früherer Beamter auf Widerruf der Verpflichtung aus § 22 schuldhaft nicht nachkommt oder eine von ihm ausgeübte zumutbare Tätigkeit ohne wichtigen Grund aufgibt.“

26. Die bisherige Titelbezeichnung „c“ vor § 25 und die bisherige Titelbezeichnung „d“ vor § 26 erhalten die Bezeichnungen „d“ und „e“.
27. In § 27 Abs. 1 Nr. 3 werden die Worte „der Ausgleichsbeträge und“ sowie in § 28 die Worte „die Ausgleichsbeträge (§ 14) und“ gestrichen.
28. § 29 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden in Satz 1 die Worte „die Abschnitte V und VI sowie“ durch die Worte „der Abschnitt V sowie“ ersetzt. An die Stelle der Worte „§ 183 Abs. 1“ treten die

Worte „§§ 181 a, 183 Abs. 1“. Der Punkt wird durch ein Semikolon ersetzt und dahinter folgender Halbsatz angefügt:

„bei der Anwendung des § 110 Abs. 1 Satz 2 und des § 181 a Abs. 1 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes wird den Dienstjahren die Zeit bis zur Vollendung des fünfundsiebzehnten Lebensjahres, jedoch nicht über den Ablauf des 8. Mai 1945 hinaus, hinzugerechnet.“;

- b) in Absatz 1 werden in Satz 2 die Worte „§ 4 Abs. 3 sowie §§ 22 a, 37 a, 38 Satz 2, §§ 39 und 68“ durch die Worte „§§ 4 b, 24 a Abs. 2, §§ 36, 37 a, 38 Satz 2 sowie §§ 39, 50, 54 Abs. 3, §§ 68, 70, 72 Abs. 12“ ersetzt;
- c) in Absatz 3 Satz 2 werden hinter dem Wort „Bundesbeamtengesetzes“ die Worte „mit der Maßgabe, daß diese Zeit als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs- und Versorgungsrechts gilt“ angefügt. Satz 4 wird gestrichen.
29. In § 32 Abs. 3 Satz 1 werden das Wort „können“ durch das Wort „sind“ und die Worte „berücksichtigt werden“ durch die Worte „zu berücksichtigen“ ersetzt.
30. In § 34 treten an die Stelle der Worte „für einen durch Dienstunfall Verletzten“ die Worte „bei Gewährung von Unfallfürsorge (§§ 134 bis 151 des Bundesbeamtengesetzes) für einen Verletzten“.
31. § 35 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 und in Absatz 2 werden die Worte „§ 106 des Bundesbeamtengesetzes“ durch die Worte „§ 5 Abs. 1 Nr. 1“ ersetzt;
- b) in Absatz 1 werden in Satz 4 Halbsatz 2 vor dem Punkt die Worte „nach Maßgabe des § 47 des genannten Gesetzes“ angefügt;
- c) in Absatz 3 tritt in Satz 1 an die Stelle des ersten Wortes „oder“ ein Komma, hinter dem Wort „Arbeiter“ werden die Worte „oder als Lehrbeauftragter bei einer wissenschaftlichen Hochschule hauptberuflich“ eingefügt. Es wird folgender Satz 3 angefügt: „Bei Beamten, die nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind, gilt die Zeit der Kriegsgefangenschaft nach dem 8. Mai 1945 als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs- und Versorgungsrechts, jedoch nicht über die Vollendung des fünfundsiebzehnten Lebensjahres hinaus.“
32. § 36 erhält folgenden Wortlaut:

„§ 36

- (1) Die oberste Dienstbehörde (§ 60) oder die von ihr ermächtigte Dienststelle kann einen Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des nach §§ 29, 32 und 35 Abs. 3 zu gewährenden Ruhegehaltes bewilligen
1. einem nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 entlassenen Beamten auf Lebenszeit oder auf Zeit,
 2. einem nach § 6 Abs. 1 entlassenen Beamten auf Widerruf, dem nach § 76 Abs. 3 des Deutschen Beamtengesetzes ein Unterhaltsbeitrag hätte bewilligt werden können,

3. einem nach § 35 Abs. 2 entlassenen Beamten zur Wiederverwendung,

4. einem auf seinen Antrag entlassenen Beamten zur Wiederverwendung, der im Zeitpunkt der Entlassung nicht im öffentlichen Dienst wiederverwendet war, das zweiundsiebzehnte Lebensjahr vollendet hatte, jedoch die Voraussetzung des § 106 des Bundesbeamtengesetzes nicht erfüllte.

(2) §§ 142, 143, 181 a Abs. 4 und 5 des Bundesbeamtengesetzes bleiben unberührt; hierbei stehen die nach § 5 Abs. 1 Nr. 2, § 6 Abs. 1, § 24 a Abs. 1 oder § 35 Abs. 2 entlassenen Beamten den in § 142 des Bundesbeamtengesetzes bezeichneten früheren Beamten gleich.“

33. § 37 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 werden die Worte „in Höhe des am 8. Mai 1945 erdienten Ruhegehaltes“ angefügt. Außerdem wird folgender Satz 2 eingefügt:

„§ 35 Abs. 3 Satz 3 findet Anwendung.“;

b) die Absätze 2 und 4 werden gestrichen;

c) der Absatz 3 wird Absatz 2. In Satz 3 werden das Wort „steuerpflichtige“ gestrichen und das Wort „einhundertfünfzig“ durch das Wort „zweihundert“ ersetzt.

34. § 37 a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Absatzbezeichnung „(1)“ gestrichen. Hinter dem Wort „Ruhegehaltes“ werden die Worte „unter entsprechender Anwendung des § 35 Abs. 3“ eingefügt. Außerdem wird folgender Satz angefügt:

„Ist der Beamte nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden, so findet Satz 1 auch Anwendung, wenn er die in § 30 Abs. 2 des Deutschen Beamtengesetzes bezeichnete Dienstzeit nach dem 8. Mai 1945 durch Anrechnung der Zeit der Kriegsgefangenschaft erfüllt.“

b) Absatz 2 wird gestrichen.

35. In § 37 b Abs. 2 werden folgende Sätze angefügt:

„Ist der Beamte innerhalb dieses Zeitraumes ohne sein Verschulden nicht untergebracht (§§ 19, 20), so erhält er ein ihm zustehendes Übergangsgehalt (§ 37) bis zur Dauer eines weiteren Jahres in der in Satz 1 bezeichneten Höhe; hat er keinen Anspruch auf Übergangsgehalt, so kann ihm ein Unterhaltsbeitrag bis zur gleichen Höhe und Dauer bewilligt werden. Tritt ein Beamter, der ohne sein Verschulden nicht entsprechend (§ 19) wiederverwendet worden ist, in den Ruhestand, so wird sein Ruhegehalt so bemessen, wie wenn er mit Ablauf der in Satz 2 bezeichneten Frist oder bei vorherigem Eintritt des Versorgungsfalles mit diesem Zeitpunkt nach einer seit der Entlassung erfolgten entsprechenden Wiederverwendung (§ 19) im Bundesdienst in den Ruhestand getreten wäre.“

36. Hinter § 37 c wird folgender § 37 d eingefügt:

„§ 37 d

Ist oder wird nach dem 31. März 1951 ein Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit oder ein Wartestandsbeamter (§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 2, § 2) oder ein Beamter auf Widerruf, der die Voraussetzungen des § 37 a erfüllt, in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetischen Sektor von Berlin aus Gründen, die im Bundesgebiet nicht anerkannt werden, in Gewahrsam genommen, so kann seiner Ehefrau oder den Kindern, wenn sie die Voraussetzungen des § 4 erfüllen und im Falle des Todes des Beamten Witwen- oder Waisengeld oder einen Unterhaltsbeitrag nach § 38 Satz 2 erhalten könnten, das Übergangsgehalt gezahlt werden, das dem Beamten nach diesem Gesetz zustehen würde. Hat der Beamte das fünfundschzigste Lebensjahr vollendet, so tritt an die Stelle des Übergangsgehaltes der dem Beamten bei Heimkehr in das Bundesgebiet zu gewährende Versorgungsbezug. § 37 b Abs. 1 Satz 2 und Abs. 5 gilt entsprechend; § 8 Abs. 3 des Häftlingshilfegesetzes findet Anwendung.“

37. In § 38 Satz 1 tritt an die Stelle des Punktes ein Semikolon; dahinter wird folgender Halbsatz 2 angefügt:

„§ 35 Abs. 3 Satz 3 findet auch dann Anwendung, wenn der Beamte zur Wiederverwendung nach dem 8. Mai 1945 in Kriegsgefangenschaft verstorben ist.“

In Satz 2 tritt an die Stelle des Punktes ein Semikolon; dahinter wird folgender Halbsatz angefügt:

„dies gilt auch, wenn ein Beamter auf Widerruf nach dem 8. Mai 1945 in Kriegsgefangenschaft verstorben ist und durch Anrechnung der Zeit der Kriegsgefangenschaft die nach § 37 a Satz 1 erforderliche Dienstzeit nach dem 8. Mai 1945 erfüllt.“

38. § 39 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige einzige Absatz wird Absatz 1. In Nummer 1 werden hinter der Zahl „36“ die Worte „Abs. 1“ eingefügt. In Nummer 3 werden hinter dem Wort „Widerruf“ das Komma und der Satzteil „sofern sie Bezüge erhalten haben,“ gestrichen. Es wird folgender Satz 3 angefügt:

„§ 38 Satz 2 bleibt unberührt.“;

b) es wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) §§ 146, 147, 181 a Abs. 4 und 5 des Bundesbeamtengesetzes bleiben unberührt, § 36 Abs. 2 Halbsatz 2 gilt für die Hinterbliebenenversorgung entsprechend.“

39. § 42 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 erhält Satz 1 folgenden Wortlaut:

„Ist oder wird ein Beamter zur Wiederverwendung oder ein an der Unterbringung teilnehmender früherer Beamter auf Widerruf von einem anderen Dienstherrn als dem nach Kapitel I zuständigen Träger der Ver-

sorgungslast als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit übernommen, so erstattet der Träger der Versorgungslast bei Eintritt des Versorgungsfalles die auf dem neuen Beamtenverhältnis beruhenden Versorgungsbezüge zu dem Teil, der dem Verhältnis der bis zum 8. Mai 1945 zurückgelegten ruhegehaltfähigen Dienstzeit zu der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit, nach vollen Jahren gerechnet, entspricht; bei der Ermittlung dieses Verhältnisses bleiben Zeiten nach dem 8. Mai 1945, in denen der Beamte bis zum 31. März 1951 nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt war, außer Betracht.“;

b) in Absatz 1 Satz 3 tritt an die Stelle des Punktes ein Semikolon; dahinter wird folgender Halbsatz eingefügt:

„Entsprechendes gilt für andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und für Verbände von Gebietskörperschaften, die keine Dienstherrnfähigkeit besitzen.“;

c) in Absatz 2 werden in dem bisherigen einzigen Satz die Worte „dem Bund“ durch die Worte „dem nach Kapitel I zuständigen Träger der Versorgungslast“ ersetzt und hinter den Worten „vom Bund“ die Worte „oder von sonstigen Trägern der Versorgungslast nach Kapitel I dieses Gesetzes“ eingefügt.“

40. § 43 wird wie folgt geändert:

a) Der Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut:

„(1) Einem Beamten zur Wiederverwendung oder Ruhestandsbeamten oder früheren Beamten mit Anspruch auf Übergangsgehalt oder lebenslänglichen Unterhaltsbeitrag kann zur Beschaffung einer Wohnstätte an Stelle eines Teiles des Übergangsgehaltes, Ruhegehaltes oder Unterhaltsbeitrages von der obersten Dienstbehörde (§ 60) eine Kapitalabfindung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bewilligt werden. Die oberste Dienstbehörde kann ihre Befugnisse auf andere Behörden übertragen.“;

b) in Absatz 3 Satz 1 und Absatz 5 werden die Worte „oder Ruhegehaltes“ durch ein Komma und die Worte „Ruhegehaltes oder Unterhaltsbeitrages“ ersetzt. In Absatz 3 Satz 3 treten an die Stelle der Worte „oder Ruhegehalt“ ein Komma und die Worte „Ruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag“.

41. § 44 Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut:

„(1) Die bestimmungsgemäße Verwendung der Kapitalabfindung ist durch die Form der Auszahlung und in der Regel durch Maßnahmen zur Verhinderung alsbaldiger Weiterveräußerung des Grundstückes oder des an ihm bestehenden Rechtes zu sichern. Zu diesem Zweck kann insbesondere angeordnet werden, daß das mit der Kapitalabfindung erworbene Grundstück innerhalb einer Frist von fünf Jahren nur mit Genehmigung der obersten Dienstbehörde veräußert oder belastet werden darf. Diese Anordnung wird mit der Eintragung in das Grundbuch wirksam. Die Eintragung erfolgt auf Ersuchen der zuständigen obersten Dienstbehörde.“

42. In § 48 wird der bisherige einzige Absatz Absatz 1. Es wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Der Ehefrau und den Kindern eines Ruhestandsbeamten, der nach dem 31. März 1951 in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetischen Sektor von Berlin aus Gründen, die im Bundesgebiet nicht anerkannt werden, in Gewahrsam genommen worden ist, kann, wenn sie die Voraussetzungen des § 4 erfüllen und im Falle des Todes des Beamten Witwen- und Waisengeld oder einen Unterhaltsbeitrag erhalten könnten, die Versorgung gezahlt werden, die dem Beamten nach diesem Gesetz zustehen würde. § 37 d Satz 3 gilt sinngemäß.“

43. In § 51 Abs. 1 wird hinter den Worten „Volksdeutsche Umsiedler“ der Klammerzusatz „(§ 1 Abs. 2 Nr. 2 des Bundesvertriebenengesetzes)“ eingefügt. Außerdem wird folgender Satz angefügt:

„Auf volksdeutsche Umsiedler (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 des Bundesvertriebenengesetzes), für die Vorschriften nicht erlassen waren, finden die für die Umsiedler aus den baltischen Staaten erlassenen Vorschriften (Satz 1) entsprechend Anwendung.“

44. § 52 erhält folgenden Wortlaut:

„§ 52

(1) Auf Angestellte (§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 2, § 2), die am 8. Mai 1945 einen vertraglichen Anspruch auf Vergütung und Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften hatten, in den gesetzlichen Rentenversicherungen versicherungsfrei und nur noch aus wichtigem Grunde kündbar waren, finden die Vorschriften der Abschnitte II und IV entsprechend Anwendung. § 115 Abs. 2 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes ist auch für Dienstzeiten nach dem Erwerb der Versorgungsanwartschaft anzuwenden.

(2) Für sonstige Angestellte und Arbeiter (§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 2, § 2), die am 8. Mai 1945 einen vertraglichen Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder auf Ruhe-lohn hatten oder bei ihrem Dienstherrn oder seinem Rechtsvorgänger vor dem 1. April 1938 unter der Geltung einer Versorgungsregelung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen mindestens sechs Jahre im Dienst gestanden haben, sowie auf ihre Hinterbliebenen finden die Vorschriften der Abschnitte II und IV mit der Maßgabe der Absätze 3 und 4 entsprechende Anwendung. Ein Anspruch im Sinne des Satzes 1 liegt vor, wenn durch Dienstordnung, Ruhe-lohnordnung, Satzung, Statut oder Vertrag für den Fall der Arbeitsunfähigkeit oder des Erreichens einer Altersgrenze eine vom Dienstherrn zu gewährende lebenslängliche Versorgung und Hinterbliebenenversorgung auf der Grundlage des Arbeitsentgelts und der Dauer der Dienstzeit zugesichert und durch Erfüllung der in der Versorgungsregelung vorgesehenen Voraussetzungen eine Anwartschaft auf die Versorgung erworben worden ist. Satz 2 gilt auch, wenn ein Rechtsanspruch auf die Versorgung nicht ein-

geräumt oder die Widerruflichkeit vorbehalten war, der Dienstherr jedoch von diesen Einschränkungen außer in Fällen disziplinarähnlicher Art in langjähriger Übung keinen Gebrauch gemacht hat. Die in einer Versorgungsregelung vorgesehene Anrechnung von Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen schließt das Vorliegen eines Anspruchs im Sinne des Satzes 2 nicht aus.

(3) Für die Anwendung der Abschnitte II und IV stehen Angestellte und Arbeiter (Absatz 2), die am 8. Mai 1945 bei ihrem Dienstherrn und seinem Rechtsvorgänger mindestens zehn Jahre ohne von ihnen zu vertretende Unterbrechung im Dienst gestanden haben oder zu diesem Zeitpunkt nur noch aus wichtigem Grunde kündbar waren, den Beamten auf Lebenszeit, die übrigen den Beamten auf Widerruf (§ 6) gleich; § 37 a Satz 2 und § 38 Satz 2 Halbsatz 2 gelten für die Erfüllung der zehnjährigen Dienstzeit entsprechend. Der Ernennung (§ 7) und der Berufung in das Beamtenverhältnis (§ 106 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes) entspricht die Begründung eines Arbeitsverhältnisses, mit der die in Absatz 2 Satz 2 bezeichnete Anwartschaft verliehen wurde oder in dem eine solche nach Erfüllung der dafür vorgesehenen Voraussetzungen erworben werden konnte. Der Anstellung (§ 110 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes) entspricht die Begründung eines Arbeitsverhältnisses unter Zusicherung einer Anwartschaft auf Versorgung oder bei schon bestehendem Arbeitsverhältnis die besondere Verleihung dieser Anwartschaft oder ihr Erwerb durch Erfüllung der in der Versorgungsregelung vorgesehenen Voraussetzungen; ihr entspricht auch die Erfüllung der in Satz 1 bezeichneten zehnjährigen Dienstzeit. Es entsprechen

die Vergütungsgruppen X und IX der Tarifordnung A oder einer entsprechenden Vergütungsgruppe anderer Tarifordnungen sowie die Lohngruppen der Arbeiter

der Beamtenlaufbahngruppe des einfachen Dienstes,

die Vergütungsgruppen VIII und VII der Tarifordnung A oder einer entsprechenden Vergütungsgruppe anderer Tarifordnungen

der Beamtenlaufbahngruppe des mittleren Dienstes,

die Vergütungsgruppen VI a, b bis IV der Tarifordnung A oder einer entsprechenden Vergütungsgruppe anderer Tarifordnungen

der Beamtenlaufbahngruppe des gehobenen Dienstes,

die Vergütungsgruppen III bis I der Tarifordnung A oder einer entsprechenden Vergütungsgruppe anderer Tarifordnungen sowie übertarifliche Vergütungen im Sinne der Allgemeinen Tarifordnung vom 10. Mai 1938

der Beamtenlaufbahngruppe des höheren Dienstes.

Der Beförderung (§ 110 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes) entspricht bei Angestellten der Aufstieg in eine höhere Vergütungsgruppe

oder die Einstellung in einer höheren Vergütungsgruppe als der in den vorstehenden Zusammenstellungen jeweils erstgenannten Vergütungsgruppe (Eingangsguppe). Die Dienstzeit nach dem Erwerb der Anwartschaft (Absatz 2 Satz 2) oder nach Erfüllung der in Satz 1 bezeichneten zehnjährigen Dienstzeit entspricht einer Dienstzeit nach § 111 des Bundesbeamtengesetzes, die Dienstzeit vor Erwerb der Anwartschaft und die in Satz 1 bezeichnete zehnjährige Dienstzeit einer solchen nach § 115 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes. Die für die Beamten festgesetzten Mindestversorgungsbezüge und die Höchstgrenzen nach § 158 Abs. 2, 4 und § 160 Abs. 2, 3 des Bundesbeamtengesetzes gelten.

(4) Auf die nach Absatz 2 zu gewährende Versorgung sind Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen zu dem Teil anzurechnen, der dem Anteil der für die Bemessung der Versorgungsbezüge berücksichtigten Versicherungsjahre an der Gesamtzahl der für die Renten angerechneten Versicherungsjahre entspricht. Bei der Ermittlung der für die Bemessung der Versorgungsbezüge berücksichtigten Versicherungsjahre bleiben die nur mit freiwilligen Beiträgen belegten Zeiten außer Betracht, es sei denn, daß der Dienstherr durch eine für das Arbeitsverhältnis maßgebende Regelung verpflichtet war, während dieser Zeiten Zuschüsse in Höhe von mindestens der Hälfte der Beiträge zu leisten. Entsprechendes gilt für eine neben der gesetzlichen Rentenversicherung bestehende Zusatzversicherung für Angehörige des öffentlichen Dienstes. Steigerungsbeträge aus Beiträgen der Höherversicherung werden angerechnet, soweit sie für Zeiten gewährt werden, die bei der Bemessung der Versorgungsbezüge berücksichtigt sind und nicht auf eigenen Beiträgen beruhen. Unfallrenten werden auf die Versorgung insoweit angerechnet, als für den gleichen Unfall entsprechende Versorgung nach dem für Beamte geltenden Recht gewährt wird.

(5) Die weitere Ausführung der entsprechenden Anwendung der in Absatz 1 bis 4 bezeichneten Vorschriften und der Rentenanzahlung können die Bundesminister des Innern und der Finanzen durch Rechtsverordnung regeln."

45. § 52 a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 tritt an die Stelle des Punktes ein Semikolon; dahinter wird folgender Halbsatz angefügt:

"Ist der Angestellte oder Arbeiter nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden, so findet Halbsatz 1 auch Anwendung, wenn er die dort bezeichnete Dienstzeit nach dem 8. Mai 1945 durch Anrechnung der Zeit der Kriegsgefangenschaft erfüllt."

b) in Absatz 1 wird folgender neuer Satz 5 eingefügt:

"Hat ein Angestellter oder Arbeiter, der im öffentlichen Dienst nicht wiederverwendet ist, das fünfzigste Lebensjahr vollendet, so

findet § 24 Abs. 1 und 2 Satz 2 mit der Maßgabe entsprechend Anwendung, daß für die Bemessung der Übergangsbezüge (Satz 4) an die Stelle der Hälfte sechzig vom Hundert des ungekürzten Arbeitseinkommens treten; nach Vollendung des zweiundsechzigsten Lebensjahres entfällt die Anwendung des § 37 Abs. 2 Satz 3."

c) in Absatz 1 wird der bisherige Satz 5 Satz 6 und erhält folgenden Wortlaut:

"§ 37 b Abs. 1, 2 Satz 1 und 2, Abs. 4 und 5 sowie § 37 d dieses Gesetzes und die §§ 48 bis 51 und 159 des Bundesbeamtengesetzes gelten sinngemäß."

d) es wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

"(2) Den in Absatz 1 bezeichneten Angestellten oder Arbeitern stehen solche gleich, die am 8. Mai 1945 nur noch aus wichtigem Grunde entlassen werden konnten, nach dem für sie geltenden Recht eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren erreicht hatten und dienstfähig sind. Absatz 1 Satz 4 und 5 findet jedoch mit der Maßgabe Anwendung, daß nach zehnjähriger Dienstzeit zwanzig vom Hundert des ungekürzten Arbeitseinkommens und für jedes weitere Dienstjahr außerdem je zwei vom Hundert bis zur Erreichung von fünfzig vom Hundert zugrunde gelegt werden und in den Fällen des Absatzes 1 Satz 5 Halbsatz 1 eine weitere Erhöhung um zehn vom Hundert eintritt."

e) der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3. In Satz 1 werden die Worte „Angestelltenruhegeldes oder der Invalidenrente“ durch die Worte „Altersruhegeldes oder der Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit“ ersetzt. Satz 2 erhält folgenden Wortlaut:

"Wird die Dienstfähigkeit wiedererlangt oder fällt eine auf Zeit gewährte Rente (§ 35 des Angestelltenversicherungsgesetzes, § 1286 der Reichsversicherungsordnung oder § 72 des Reichsknappschaftsgesetzes) weg, so lebt der Rechtsstand zur Wiederverwendung wieder auf."

46. § 52 b Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Es werden folgende neue Sätze 2 und 3 eingefügt:

"Ist eine mindestens zwanzigjährige Dienstzeit (Satz 1) abgeleistet worden, so werden Übergangsbezüge in entsprechender Anwendung des § 52 a Abs. 1 Satz 4 bis 6 und Abs. 3 gewährt, wobei an die Stelle der Hälfte vierzig vom Hundert des ungekürzten Arbeitseinkommens (§ 52 a Abs. 1 Satz 4) und an die Stelle des in § 52 a Abs. 1 Satz 5 bezeichneten Hundertsatzes fünfzig vom Hundert treten. Ist der Angestellte oder Arbeiter nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden, so finden die Sätze 1 und 2 auch Anwendung, wenn er die dort bezeichneten Dienstzeiten nach dem 8. Mai 1945 durch Anrechnung der Zeit der Kriegsgefangenschaft erfüllt."

- b) der bisherige Satz 2 wird Satz 4. Es wird folgender Satz angefügt:
„Die §§ 48 bis 51 des Bundesbeamtengesetzes gelten entsprechend.“
47. § 53 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 erhält Satz 1 Halbsatz 1 folgenden Wortlaut:
„Für die Berufssoldaten der früheren Wehrmacht, die vor dem 8. Mai 1935 erstmals berufsmäßig in den Wehrdienst eingetreten oder in ein Beamtenverhältnis oder in den Dienst der früheren Landespolizei berufen worden sind oder nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind, und für ihre Hinterbliebenen gelten die Vorschriften des Abschnittes II Unterabschnitte 1, 3 und 4 sowie des Abschnittes IV entsprechend;“;
- b) in Absatz 1 Satz 2 tritt an die Stelle des Punktes ein Semikolon; dahinter wird folgender Halbsatz angefügt:
„bei Berufssoldaten, die nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind, wird die Zeit der Kriegsgefangenschaft nach dem 8. Mai 1945 auf die in Halbsatz 1 bezeichnete Dienstzeit angerechnet.“;
- c) in Absatz 1 wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:
„Bei Berufssoldaten der Reichswehr und der neuen Wehrmacht, die mit lebenslänglicher Dienstzeitversorgung entlassen und als Soldaten des Beurlaubtenstandes in der neuen Wehrmacht wiederverwendet worden sind, gilt die Zeit der Wiederverwendung als Dienstzeit im Sinne des Satzes 2 und des § 29 Abs. 3 Satz 2; erlangte Beförderungen werden nach Maßgabe des § 110 des Bundesbeamtengesetzes berücksichtigt.“;
- d) die Sätze 3 bis 5 werden die Sätze 4 bis 6. In Satz 6 tritt an die Stelle des Punktes ein Semikolon; dahinter wird folgender Halbsatz eingefügt:
„im übrigen gelten §§ 19 bis 22, 24 bis 24e und 24f Abs. 2 entsprechend, und zwar auch hinsichtlich einer Wiederverwendung als Beamter und unter entsprechender Anwendung der §§ 18a und 18b.“
- e) Absatz 2 erhält folgenden Wortlaut:
„(2) Berufssoldaten, die die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 nicht erfüllen, aber bis zum Ablauf des 8. Mai 1945 mit lebenslänglicher Dienstzeitversorgung entlassen worden sind oder infolge einer bis zu diesem Zeitpunkt erlittenen Dienstbeschädigung dienstunfähig geworden waren und dadurch einen Anspruch auf lebenslängliche Dienstzeitversorgung erlangt hatten, erhalten Versorgung nach Maßgabe der Absätze 1 und 3 bis 7. Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen solcher Berufssoldaten und die am 8. Mai 1945 versorgungsberechtigten Hinterbliebenen von Berufssoldaten. Das Dienst-
- verhältnis der übrigen Berufssoldaten, die am 8. Mai 1945 noch im Dienst waren und die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 nicht erfüllen, gilt als mit Ablauf des 8. Mai 1945 beendet; die §§ 37b und 37c gelten jedoch auch für sie entsprechend. Auf Hinterbliebenen eines nach dem 8. Mai 1945 in Kriegsgefangenschaft verstorbenen Berufssoldaten, der nicht die Voraussetzungen des Satzes 1 oder des Absatzes 1 Satz 1 Halbsatz 1 erfüllt, findet, wenn durch Anrechnung der Zeit der Kriegsgefangenschaft die nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 erforderliche Dienstzeit oder bei Berufsunteroffizieren eine Dienstzeit von mindestens zwölf, aber nicht achtzehn Dienstjahren nach dem 8. Mai 1945 erfüllt ist, in den erstgenannten Fällen § 38 Satz 1, in den letztgenannten Fällen § 38 Satz 2, im übrigen § 39 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 entsprechend Anwendung.“
48. § 54 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 werden in Satz 1 hinter der Jahreszahl „1945“ die Worte „oder nach § 53 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2“ eingefügt. In Satz 3 wird hinter dem Wort „liegt“ das Wort „auch“ eingefügt;
- b) in Absatz 3 werden in Satz 1 hinter der Jahreszahl „1945“ die Worte „oder nach § 53 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2“ eingefügt. Hinter dem Wort „Ruhegehaltes“ werden die Worte „unter entsprechender Anwendung des § 35 Abs. 3“ eingefügt; Halbsatz 2 erhält folgenden Wortlaut:
„im übrigen finden die für die unter § 37a fallenden früheren Beamten auf Widerruf geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung.“;
- c) in Absatz 4 Satz 2 werden hinter den Worten „52b“ die Worte „Abs. 2 Satz 3, 5 und“ eingefügt.
49. In § 54 a Abs. 1 werden in Satz 1 hinter dem Wort „Lebenszeit“ die Worte „und ihre Hinterbliebenen“ eingefügt. Die Sätze 2 und 3 werden gestrichen.
50. In § 54 b werden in Satz 1 die Worte „Satz 1“ durch die Worte „Satz 3 Halbsatz 1“ ersetzt. In Satz 2 treten an die Stelle der Worte „des § 52 a Abs. 1 Satz 4“ die Worte „der §§ 52 a und 52 b Abs. 2“.
51. In § 55 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 werden hinter dem Wort „sind“ die Worte „oder nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind“ eingefügt; die Worte „§ 54 b“ werden durch die Worte „§ 54 a“ ersetzt. Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:
„Für die übrigen berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes gelten § 53 Abs. 2 und § 54 b entsprechend.“
Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.
52. In § 56 wird folgender Absatz 3 eingefügt:
„(3) Personen, die am 8. Mai 1945 ihr Amt oder ihren Arbeitsplatz bei einer Dienststelle des Reiches oder des früheren Landes Preußen oder

der Reichshauptstadt Berlin in Berlin hatten oder von einer in Berlin gelegenen Kasse des Reiches oder des früheren Landes Preußen oder der Reichshauptstadt Berlin Versorgungsbezüge erhielten, können nach den von den Bundesministern des Innern und der Finanzen zu erlassenden Richtlinien Unterstützungen gewährt werden, wenn sie am 1. Januar 1955 in Berlin oder seinen Randgebieten ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hatten und nach diesem Gesetz Versorgungsansprüche nicht geltend machen können."

53. § 58 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 Halbsatz 2 werden hinter dem Wort „Aufgaben“ die Worte „bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes“ eingefügt;

b) in Satz 2 wird hinter dem Wort „zahlen“ der Satzteil „, abgesehen von den Fällen des § 60 Abs. 1 Satz 4, in denen der Bund zuständig ist,“ eingefügt. An die Stelle des Punktes tritt ein Semikolon; dahinter wird folgender Halbsatz angefügt:

„sind mehrere versorgungsberechtigte Hinterbliebene vorhanden, so erfolgen die Zahlungen an alle durch das Land, in dem die jüngste im Bundesgebiet wohnhafte anspruchsberechtigte Person (Witwe, Waise, schuldlos geschiedene Ehefrau) ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat.“

54. § 59 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige einzige Absatz wird Absatz 1. In Satz 1 werden hinter dem Wort „Anspruchsberechtigter“ ein Komma und die Worte „und zwar in Fällen des § 58 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 der für die Zahlungszuständigkeit maßgebende Anspruchsberechtigte“ eingefügt. In Satz 2 werden die Worte „die Zahlung durch“ gestrichen und die Worte „aufgenommen worden ist“ durch die Worte „die Übernahme des Versorgungsfalles bestätigt hat“ ersetzt;

b) es wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Ein gegen das bisher für die Zahlung zuständige Land als Drittschuldner ergangener Pfändungs- (Überweisungs-) beschluß bleibt auch gegenüber dem Land des neuen Wohnsitzes mit der Maßgabe wirksam, daß dieses von dem in Absatz 1 Satz 2 bezeichneten Zeitpunkt ab als Drittschuldner eintritt.“

55. § 59 a wird wie folgt geändert:

a) Am Schluß des Halbsatzes 1 werden die Worte „in dem der Kläger seinen Wohnsitz hat“ durch die Worte „das gemäß § 59 für die Zahlung zuständig ist“ ersetzt;

b) es wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Absatz 1 gilt entsprechend für nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten.“

56. § 60 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 Buchstabe c werden hinter dem Wort „Aufgaben“ die Worte „bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes“ eingefügt;

b) in Absatz 1 tritt in Satz 2 an Stelle des Punktes ein Semikolon und dahinter folgender Halbsatz:

„sind mehrere versorgungsberechtigte Hinterbliebene vorhanden, so ist für alle die oberste Landesbehörde des Landes zuständig, in dem die jüngste im Bundesgebiet wohnhafte anspruchsberechtigte Person (Witwe, Waise, schuldlos geschiedene Ehefrau) ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat.“;

c) in Absatz 1 Satz 3 werden hinter dem Wort „Wohnsitzwechsel“ ein Komma und die Worte „und zwar im Falle des Satzes 2 Halbsatz 2 der für die Zuständigkeit maßgebenden Person,“ eingefügt. Ferner tritt an Stelle des Punktes ein Semikolon und dahinter folgender Halbsatz:

„hinsichtlich der Fortsetzung von Zahlungen bleibt § 59 Abs. 1 Satz 2 unberührt.“

57. In § 61 Abs. 4 Satz 1 tritt an die Stelle der Jahreszahl „1954“ die Jahreszahl „1959“.

58. § 62 wird wie folgt geändert:

a) in Absatz 1 werden hinter den Worten: „Kapitels I“ die Worte „§ 3 Satz 1 Nr. 3 a,“ eingefügt;

b) In Absatz 1 treten an die Stelle der Worte „bis 18“ die Worte „bis 18 a“. Außerdem wird folgender Satz angefügt:

„Beamte, Angestellte oder Arbeiter, die aus Kriegsgefangenschaft, Gewahrsam einer ausländischen Macht oder dem in § 37 b Abs. 4 bezeichneten Gewahrsam heimkehren, werden, sofern sie nicht aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen von ihrem Amt oder Arbeitsplatz entfernt worden sind, vorbehaltlich der sich aus den §§ 7 und 8 ergebenden Einschränkungen vom Tage der Heimkehr ab so behandelt, wie wenn sie nicht aus dem Dienst ausgeschieden wären; eine Nachzahlung von Bezügen findet nicht statt.“;

c) in Absatz 2 werden hinter dem Wort „Verwaltungen“ die Worte „oder der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ eingefügt;

d) in Absatz 4 werden das Wort „gilt“ durch das Wort „gelten“ und die Worte „§ 42“ durch die Worte „die §§ 18 a und 42“ ersetzt.

59. § 63 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden hinter den Worten „§ 3“ die Worte „Satz 1 Nr. 3 a und“ eingefügt;

b) in Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „bis 23“ durch die Worte „bis 24 f“ ersetzt. Hinter den Worten „und 62“ werden die Worte „Abs. 1 Satz 2“ und ein Komma eingefügt;

c) in Absatz 2 werden hinter dem Wort „Verwaltungen“ die Worte „oder der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ eingefügt.

60. § 64 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 werden hinter dem Wort „Beamten-gesetzes“ die Worte „oder den entsprechenden Vorschriften für die angegliederten Gebiete“ eingefügt;
- b) in Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „29 Abs. 2 und 3“ durch die Worte „29 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2, Abs. 2 und 3“ ersetzt. An die Stelle der Worte „§§ 110 und 156 Abs. 1“ treten die Worte „§§ 110, 156 Abs. 1 und dem § 181 a“. An die Stelle des Punktes tritt ein Semikolon; dahinter wird folgender Halbsatz angefügt:
„für die in Halbsatz 1 Nr. 2 bezeichneten Personen gilt § 53 Abs. 1 Satz 3 entsprechend.“;
- c) in Absatz 1 wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:
„Bei versorgungsberechtigten früheren Berufssoldaten der ehemaligen österreich-ungarischen Wehrmacht, die in der Tschechoslowakei nicht ihrem österreichisch-ungarischen Dienstgrad entsprechend versorgt worden sind, ist der Versorgung der österreich-ungarische Dienstgrad mit den sich aus diesem Gesetz ergebenden Maßgaben zugrunde zu legen.“;
- d) in Absatz 1 erhält der bisherige Satz 3 folgenden Wortlaut:
„Für die bei Einführung des Deutschen Beamten-gesetzes im Land Österreich oder in den sudetendeutschen Gebieten bereits vorhandenen Versorgungsberechtigten und die in Nummer 3 bezeichneten Versorgungsberechtigten der autonomen Verwaltung des ehemaligen Protektorats Böhmen und Mähren gilt der — für die erstgenannten Personen nach dem Verhältnis von einem Schilling gleich sechshundsechzigzweidrittel Deutsche Pfennig, für die übrigen Personen nach dem Verhältnis von einer Krone gleich zwölf Deutsche Pfennig umgerechnete — volle Ruhegehalt als Höchst-hundert-satz; zu den gewährten laufenden Zuwendungen, bei den Versorgungsberechtigten des ehemaligen Protektorats Böhmen und Mähren auch zu den Ausgleichszulagen, kann zur Angleichung an die Versorgungsbezüge eines vergleichbaren Angehörigen des deutschen öffentlichen Dienstes ein Zuschlag nach den von den Bundesministern des Innern und der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte zu erlassenden Richtlinien gewährt werden.“;
- e) es wird folgender Absatz 3 angefügt:
„(3) Bei Empfängern von Versorgungsbe-zügen, die auf der Grundlage früherer Renten nach dem Kapitulantenversorgungsgesetz vom 27. September 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1222) bemessen werden, gilt der in § 158 Abs. 4 Satz 1 des Bundesbeamten-gesetzes bezeichnete Betrag als Höchstgrenze im Sinne des § 158 Abs. 2 Nr. 1 des Bundesbeamten-gesetzes; fünfund-siebzig vom Hundert dieses

Betrages gelten als Höchstgrenze im Sinne des § 160 Abs. 2 Nr. 1 des Bundesbeamten-gesetzes und sechzig vom Hundert des Betrages als Höchstgrenze im Sinne des § 160 Abs. 2 Nr. 3 Buchstabe a des genannten Gesetzes. Zu den auf der Grundlage des in Satz 1 bezeichneten Gesetzes bemessenen Versorgungsbe-zügen können zur Anpassung an die in § 181 a des Bundesbeamten-gesetzes getroffene Regelung nach den von den Bundesministern des Innern und der Finanzen zu erlassenden Richtlinien Zuschläge gewährt werden.“

61. In § 67 Abs. 1 Satz 2 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„das gleiche gilt für Beförderungen, und zwar insoweit, als sie auch in der Laufbahn, der die frühere Stellung (Satz 1) zugehörte, erlangt worden wären.“

62. § 68 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird das Wort „kann“ durch das Wort „soll“ ersetzt. Außerdem wird folgender Satz angefügt:

„Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen.“;

- b) Absatz 2 wird gestrichen und folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Absatz 1 gilt auch, und zwar ohne die Voraussetzung des Erhalts von Bezügen nach landesrechtlichen Vorschriften für Personen, auf die die §§ 53 oder 55 keine Anwendung finden, weil sie weder den dort bezeichneten Stichtag erfüllen noch nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind und auch nicht am 8. Mai 1945 versorgungsberechtigt waren (§ 53 Abs. 2, § 55 Abs. 1 Satz 2), wenn sie bereits im ersten Weltkrieg (1. August 1914 bis 31. Dezember 1918) Soldaten waren.“

63. § 70 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird der Halbsatz 2 durch folgenden neuen Halbsatz ersetzt:

„§ 52 a Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend“.

Satz 2 erhält folgenden Wortlaut:

„Nach Eintritt der Dienstunfähigkeit oder Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres oder bei Entlassung aus der Teilnahme an der Unterbringung (§ 10 Abs. 2) nach Vollendung des zweiundsechzigsten Lebensjahres kann ein Unterhaltsbeitrag in Höhe des Ruhegehaltes, das der Bemessung des Übergangsgehaltes zugrunde gelegt ist, gewährt werden; § 24 Abs. 1 und 2 Satz 2 findet entsprechend Anwendung.“;

- b) Absatz 3 erhält folgenden Wortlaut:

„(3) §§ 37 a bis 37 d, § 38 Satz 2 und § 39 bleiben unberührt, § 48 Abs. 2 gilt sinngemäß. Der Witwe und den Kindern eines Beamten auf Widerruf, dem Übergangsgehalt

zustand (Absatz 1 Satz 1) oder nach Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2 ein Unterhaltsbeitrag bewilligt war oder hätte bewilligt werden können, kann ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe der Hinterbliebenenbezüge bewilligt werden."

64. In § 71 a wird folgender Satz angefügt:
„§ 52 b Abs. 2 Satz 5 und Abs. 3 gelten auch hier."

65. In § 71 b Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:
„Entsprechendes gilt für Angestellte und Arbeiter, bei denen die in § 52 a Abs. 3 Satz 1 bezeichneten Umstände bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes eingetreten waren und noch vorliegen."

66. In § 71 c werden die Worte „Satz 5" durch die Worte „Satz 6" ersetzt.

67. § 71 d wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 tritt an Stelle des Punktes ein Semikolon und dahinter folgender Halbsatz:

„der Bund erstattet dem Dienstherrn fünfzig vom Hundert der von diesem gezahlten Unterhaltszuschüsse oder Diäten."

In Satz 2 werden hinter den Worten „Satz 1" die Worte „Halbsatz 1" eingefügt;

b) in Absatz 3 wird hinter den Worten „die Absätze 1" der Satzteil „(ausgenommen Satz 1 Halbsatz 2)" eingefügt;

c) es wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Anträge auf Fortsetzung des Vorbereitungsdienstes können nur bis zum 30. September 1958, jedoch von Personen, die erst nach dem 30. September 1957 aus Kriegsgefangenschaft oder aus einem Gewahrsam außerhalb des Bundesgebietes, dessen Gründe hier nicht anerkannt werden, zurückkehren, innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Monats ihrer Rückkehr gestellt werden."

68. § 72 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut:

„(1) Unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallende Personen, die nach der in diesem Gesetz getroffenen Regelung keinen Anspruch oder keine Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung haben, gelten für sämtliche Zeiten als nachversichert, in denen sie vor Ablauf des 8. Mai 1945 wegen ihrer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nach den Vorschriften der Reichsversicherungsgesetze in den gesetzlichen Rentenversicherungen versicherungsfrei waren oder der Versicherungspflicht nicht unterlagen. Das gleiche gilt für ehemalige Berufssoldaten der früheren Wehrmacht, berufsmäßige Angehörige der früheren Waffen-SS oder berufsmäßige Angehörige des früheren Reichsarbeitsdienstes. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für volksdeutsche Vertriebene und Umsiedler, die bei Geltung der Reichsversicherungsgesetze im Herkunftsland wegen der in Satz 1 und 2 bezeichneten Voraussetzungen ver-

sicherungsfrei gewesen wären oder der Versicherungspflicht nicht unterlegen hätten, es sei denn, daß sie nach den Vorschriften ihres Herkunftslandes versicherungspflichtig waren. Wenn rentenberechtigte Hinterbliebene vorhanden sind, gelten die Sätze 1 bis 3 auch für den Fall des Todes.";

b) in Absatz 2 Satz 1 tritt an Stelle des Punktes ein Semikolon und dahinter folgender Halbsatz:

„dies gilt auch für Zeiten, in denen der Versicherungszweig noch nicht bestanden hat.";

c) in Absatz 4 Satz 1 tritt an die Stelle der Jahreszahl „1954" die Jahreszahl „1956". Die Sätze 2 und 3 werden gestrichen;

d) Absatz 5 erhält folgenden Wortlaut:

„(5) Die Weiterversicherung in den gesetzlichen Rentenversicherungen richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften; hierbei gelten die Zeiten der Nachversicherung als Zeiten, für die Beiträge für eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung entrichtet sind.";

e) in Absatz 6 wird Satz 2 gestrichen;

f) in Absatz 7 werden die Worte „abweichend von der Regelung des § 1286 der Reichsversicherungsordnung" gestrichen;

g) es wird folgender Absatz 13 angefügt:

„(13) Ein Antrag auf Versorgung nach diesem Gesetz, der wegen Nichtbestehens eines Anspruches oder einer Anwartschaft auf sie rechtskräftig abgelehnt wird, gilt als Antrag auf Gewährung von Rente oder auf Neufeststellung einer Rente aus den gesetzlichen Rentenversicherungen."

69. Hinter § 72 werden folgende §§ 72 a und 72 b eingefügt:

„§ 72 a

(1) Wird das Bestehen eines Anspruches oder einer Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz erst festgestellt, nachdem zunächst irrtümlich eine Nachversicherung angenommen worden ist, so entfallen die an deren Annahme geknüpften Rechtsfolgen. Bis zur Einstellung oder Neuberechnung der Rente ist diese in bisheriger Höhe weiterzugewähren; eine Rückforderung findet nicht statt. Gezahlte Renten werden auf die für die gleichen Zeiträume zustehenden Versorgungsbezüge zu dem Vomhundertsatz der Versorgungsbezüge angerechnet, der dem Verhältnis des Unterschiedsbetrages zwischen der zuletzt gezahlten Rente und der für denselben Monat ohne Berücksichtigung der Nachversicherung errechneten Rente zu dem für diesen Monat zustehenden Versorgungsbezug entspricht. Die nach dem 8. Mai 1945 entrichteten Beiträge zu einer freiwilligen Weiterversicherung werden auf Antrag erstattet oder zurückgezahlt; der Antrag ist bis zum 30. September 1958 oder, wenn die in Satz 1 bezeichnete Feststellung erst nach dem 30. September 1957 getroffen wird, innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Monats zu stellen, in dem die Feststellung getroffen

worden ist. Ist dem Versicherten aus diesen Beiträgen eine Regelleistung aus der Versicherung gewährt worden, so sind nur die später entrichteten Beiträge zu erstatten oder zurückzuzahlen.

(2) Ist oder wird nach dem 8. Mai 1945 ein Anspruch oder eine Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung erworben, so gilt Absatz 1 entsprechend. Beruht der Erwerb auf einem neuen Dienstverhältnis und hat dieses geendet oder endet es, ohne daß aus ihm ein Anspruch oder eine Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung zusteht, bei deren Bemessung die für die Nachversicherung erheblichen Zeiten berücksichtigt werden, so findet § 72 Anwendung.

§ 72 b

Erlischt eine Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz durch disziplinargerichtliches Urteil, Entlassung oder auf Grund der in diesem Gesetz vorgesehenen entsprechenden Anwendung der §§ 48, 49 und 51 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes, so findet § 72 Anwendung. Das gleiche gilt, wenn ein durch entsprechende Wiederverwendung (§ 3 Nr. 1, § 19) begründetes Dienstverhältnis endet, ohne daß aus ihm Alters- und Hinterbliebenenversorgung zusteht, bei deren Bemessung die für die Nachversicherung erheblichen Zeiten berücksichtigt werden."

70. § 73 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut:

„(1) Übt ein Beamter zur Wiederverwendung eine nach sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften versicherungspflichtige Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes nach Inkrafttreten dieses Gesetzes aus, so wird er auf seinen Antrag von der Versicherungspflicht befreit; das Verfahren richtet sich auch für Zeiten vor dem 1. März 1957 nach den von diesem Zeitpunkt an für die einzelnen Versicherungszweige maßgebenden Vorschriften. Der Antrag gilt als am 1. April 1951 oder zum Beginn der versicherungspflichtigen Beschäftigung gestellt, wenn er bis zum 30. September 1958 gestellt wird, sofern der Antragsteller diese Rückwirkung nicht ausschließt oder beschränkt. Wird die Rechtsstellung als Beamter zur Wiederverwendung erst nach dem 30. September 1957 festgestellt, so kann der Antrag mit der in Satz 2 bezeichneten Wirkung innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Monats gestellt werden, in dem die Feststellung getroffen worden ist. Beiträge einschließlich freiwilliger Beiträge, die für Zeiträume seit dem Zeitpunkt entrichtet worden sind, von dem ab die Befreiung von der Versicherungspflicht wirkt, können zurückgefordert werden; § 72 a Abs. 1 Satz 5 gilt entsprechend. Beiträge zur Krankenversicherung werden nicht zurückgezahlt.“

b) in Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „Bei Eintritt der Voraussetzungen des § 35 Abs. 1 sind“ ersetzt durch die Worte „Soweit der

Beamte nicht nach Absatz 1 von der Versicherungspflicht befreit worden ist, sind bei Eintritt der Voraussetzungen des § 24 a Abs. 2 oder des § 35 Abs. 1 oder bei Gewährung eines lebenslänglichen Unterhaltsbeitrages in Höhe des Ruhegehaltes“;

c) in Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2 treten an die Stelle der Worte „aus der Rentenversicherung“ die Worte „aus den gesetzlichen Rentenversicherungen“;

d) in Absatz 2 Satz 3 werden die Worte „nach Satz 1 aufrechterhalten“ ersetzt durch die Worte „nach Satz 1, längstens bis zum 31. Dezember 1956, erhalten“;

e) Absatz 4 erhält folgenden Wortlaut:

„(4) Übt ein Beamter zur Wiederverwendung nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst als Angestellter oder Arbeiter aus und wird seine Rechtsstellung als Beamter zur Wiederverwendung erst nachträglich festgestellt, so findet auf die Rückforderung der Beiträge Absatz 1 entsprechend Anwendung.“

f) es wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für sonstige Personen, die Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz haben, und für Ruhestandsbeamte. Sie gelten auch für frühere Beamte auf Widerruf, die nach diesem Gesetz keine Anwartschaft oder keinen Anspruch auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung haben, falls sie eine solche Anwartschaft aus einem neuen Dienstverhältnis erwerben; die Befreiung von der Versicherungspflicht und die Rückforderung der Beiträge können mit der sich aus Absatz 1 ergebenden Wirkung bis zum 30. September 1958 oder, wenn das neue Dienstverhältnis erst nach dem 30. September 1957 begründet wird, innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Monats geltend gemacht werden, in dem es begründet worden ist.“

71. § 74 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden in Satz 1 die Worte „zur gesetzlichen Rentenversicherung“ durch die Worte „zu den gesetzlichen Rentenversicherungen“ ersetzt. An die Stelle des Kommas hinter den Worten „Beiträge erstattet“ tritt ein Punkt. Der danach folgende Teil des Absatzes 1 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Ist dem Versicherten eine Regelleistung aus der Versicherung gewährt worden, so sind nur die später entrichteten Beiträge zu erstatten. Der Antrag ist bis zum 30. September 1958 oder, wenn die Rechtsstellung als Beamter zur Wiederverwendung erst nach dem 30. September 1957 festgestellt wird, innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Monats zu stellen, in dem die Feststellung getroffen worden ist. Ist der Beamte zur Wiederverwendung verstorben, so kann der Antrag von den Erben gestellt werden.“

- b) in Absatz 2 werden in dem bisher einzigen Satz vor dem Wort „sowie“ die Worte „für Ruhestandsbeamte“ eingefügt. Außerdem wird folgender Satz angefügt:
 „Das gleiche gilt für frühere Beamte auf Widerruf, die keine Anwartschaft oder keinen Anspruch auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz haben, wenn sie eine solche Anwartschaft aus einem neuen Dienstverhältnis erwerben; der Antrag ist bis zum 30. September 1958 oder, wenn das Dienstverhältnis erst nach dem 30. September 1957 begründet wird, innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Monats zu stellen, in dem es begründet worden ist.“
72. § 78 a wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 werden in Halbsatz 1 die Worte „im Zeitpunkt der Übernahme“ gestrichen. In Halbsatz 2 werden das Wort „fünfundsechzigsten“ durch das Wort „zweihundsechzigsten“ und das Wort „tritt“ durch das Wort „treten“ ersetzt; hinter dem Wort „Ruhegehalt“ werden die Worte „und im Falle des Todes des Beamten die nach diesem Gesetz zustehenden Hinterbliebenenbezüge“ eingefügt und die Worte „Abs. 3“ durch die Worte „Abs. 2“ sowie die Worte „Satz 3“ durch die Worte „Satz 4“ ersetzt. Außerdem wird folgender Satz 3 angefügt:
 „§ 42 Abs. 1 findet in den Fällen der Sätze 1 und 2 keine Anwendung.“;
- b) in Absatz 2 wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:
 „Für die Verleihung der Rechtsstellung nach Satz 1 kommt es auf die Erreichung einer sonst im Bereich des Landes geltenden Altersgrenze für die Entpflichtung nicht an.“
 Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 und erhält folgenden Wortlaut:
 „Absatz 1 Satz 1 und 3 findet entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, daß nach Vollendung des achtundfünfzigsten Lebensjahres der Zuschuß in Höhe der nach diesem Gesetz ruhegehaltfähigen Dienstbezüge gewährt wird.“
73. An die Stelle des § 79 tritt folgender neuer § 79:
 „§ 79
 (1) Für die Klagen aus diesem Gesetz gelten die §§ 126, 127 und 136 des Beamtenrechtsrahmengesetzes; außerdem gelten, wenn nach den §§ 60 und 62 dieses Gesetzes eine Bundesbehörde oder bundsunmittelbare Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts oberste Dienstbehörde ist, der § 171 Abs. 1, 2 und die §§ 174, 175 des Bundesbeamtengesetzes sinngemäß, im übrigen das entsprechende Landesrecht.
 (2) Absatz 1 gilt nicht für Streitigkeiten von Angestellten und Arbeitern einschließlich der sich aus § 4 ergebenden und, soweit es sich nicht um die Zugehörigkeit zu dem Personenkreis des Artikels 131 des Grundgesetzes, das Bestehen einer Versorgungsanwartschaft im Sinne des § 72 und die Dauer und Bruttoentgelte der Beschäftigung im öffentlichen Dienst vor dem 9. Mai 1945 handelt, für Streitigkeiten aus den §§ 72 bis 74.“
74. In § 81 Abs. 4 tritt in Satz 1 an Stelle des Punktes ein Semikolon; dahinter wird folgender Halbsatz angefügt:
 „dies gilt nicht für Rechte nach § 72.“
75. Die Anlage A zu § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert und ergänzt:
- a) In Nummer 2 werden am Schluß ein Komma und folgende Worte angefügt:
 „Handelskammern in der Tschechoslowakei“;
- b) in Nummer 4 werden am Schluß ein Komma und folgende Worte angefügt:
 „Gewerbevereine in der Tschechoslowakei“;
- c) es wird folgende Nummer 20 a eingefügt:
 „20 a. Böhmisches Sparkasseninstitut in Prag, Erste Mährische Sparkasse in Brünn“;
- d) in Nummer 56 werden am Schluß ein Komma und folgende Worte angefügt:
 „Deutsche Schulen in Ungarn (Schulen der Evangelischen Kirche A.B. und H.B., der Katholischen Kirche, der Ersten Donaudampfschiffahrtsgesellschaft und Reichsdeutsche Schule in Budapest)“;
- e) in Nummer 80 werden am Schluß ein Komma und folgende Worte angefügt:
 „Rigaer Börsenkomitee, Rigaer Börsenbank“;
- f) hinter Nummer 90 werden folgende Nummern angefügt:
91. Kloster Unser Lieben Frauen in Magdeburg
 92. Pädagogium und Waisenhaus bei Züllichau
 93. Kurländisches Provinzialmuseum in Mitau
 94. Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt
 95. Landeswirtschaftsbank in Warschau
 96. Staatliche Agrarbank in Reval
 97. Hygienisches Institut Anhalt in Dessau
 98. Eigenbetrieb der Reichsbetriebskrankenkasse Wilhelmshaven
 99. Zentralbank der Deutschen Sparkassen in Prag
 100. Deutscher Volksbund in Polnisch-Oberschlesien
 101. Brünner Straßenbahn AG.
 102. Dresdner Straßenbahnen AG.
 103. Elbinger Straßenbahn GmbH.
 104. Gablonzer Verkehrsgesellschaft AG.
 105. Städtische Werke GmbH., Stolp/Pommern
 106. Städtische Betriebswerke Glatz GmbH.
 107. Technische Werke GmbH., Greifenberg/Pommern
 108. Werke der Stadt Halle AG., Halle (Saale)
 109. Städtische Betriebswerke Allenstein GmbH.“

76. In der Anlage B zu § 53 Abs. 3 werden in der Gegenüberstellung der Besoldungsgruppen C 9, C 10 und C 11 die Worte „A 5 b“ durch die Worte „A 4 f“ ersetzt.
77. In der Anlage D zu § 65 werden in der letzten Zeile die Worte „A 5 b“ durch die Worte „A 4 f“ ersetzt.

Artikel II

(1) Soweit Personen nach dem 23. Mai 1949 und vor dem 1. Januar 1953 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt aus dem Bundesgebiet oder Berlin (West) verlegt haben und auf Grund der bisherigen Fassung des § 4 des Gesetzes oder des Artikels III Abs. 1 des Ersten Änderungsgesetzes vom 19. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 980) Rechte geltend machen konnten, verbleibt es dabei; Artikel VIII bleibt unberührt. Rechte nach Kapitel I können auch auf Grund einer im Anschluß an die Ausweisung (§ 4 Abs. 1 Nr. 2 in der Fassung des Gesetzes vom 11. Mai 1951 — Bundesgesetzbl. I S. 307 —) nach dem 31. Dezember 1952 erfolgten Begründung des Wohnsitzes oder dauernden Aufenthaltes im Bundesgebiet oder Berlin (West) geltend gemacht werden; bis zur Verkündung dieses Gesetzes rechtskräftig abgelehnte Anträge können bis zum 31. März 1958 erneuert werden und gelten als am Tage der erstmaligen Einreichung gestellt.

(2) Auf Grund der Änderung des § 4 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe c durch Artikel I Nr. 3 Buchstabe c und d werden Zahlungen für Zeiträume vor dem 1. September 1953 nicht geleistet.

(3) Eine nach der bisherigen Fassung des § 4 Abs. 3 von der obersten Dienstbehörde oder durch rechtskräftiges Urteil anerkannte Familienzusammenführung gilt als solche nach § 4 b (Artikel I Nr. 4).

(4) Soweit bereits vor Inkrafttreten des Artikels I Nr. 3 Buchstabe f Satz 2 entsprechend verfahren worden ist, behält es hierbei sein Bewenden.

(5) Beamte und ihnen gleichstehende Personen, die nach den bisherigen § 5 Abs. 1 Nr. 2, § 6 Abs. 1 oder § 35 Abs. 2 als entlassen galten, gelten, wenn sie die Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 Nr. 1, des § 6 Abs. 2 oder des § 35 Abs. 1 Satz 1 und 3 in der Fassung des Artikels I Nr. 5 Buchstabe a, Nr. 6, Nr. 31 Buchstabe a erfüllen, mit Ablauf des Tages der Entlassung als in den Ruhestand getreten. Für Zeiträume vor dem 1. September 1957 erfolgen auf Grund dieser Änderung keine Zahlungen und gelten diese Personen für die Anwendung des § 9 nicht als Ruhestandsbeamte.

(6) Die bisherigen §§ 9 und 23 gelten für die vor Verkündung dieses Gesetzes begangenen Handlungen weiter.

(7) Zuschüsse nach § 18 a (Artikel I Nr. 17) können für Zeiträume ab Inkrafttreten dieser Vorschrift auch hinsichtlich solcher Planstellen gewährt werden, die auf Grund des § 246 Abs. 2 des Beamtengesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 19. Mai 1956 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 19) neugeschaffen und besetzt worden sind.

(8) Über die Bewilligung einer unwiderruflichen und ruhegehaltfähigen Zulage nach § 18 b Abs. 1 Satz 1 letzter Halbsatz entscheidet die oberste

Bundesbehörde im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, der die Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages herbeiführt. Die Zulage ist in Höhe des Unterschiedsbetrages der Dienstbezüge des von dem Beamten bekleideten Amtes zu den Dienstbezügen des Amtes zu gewähren, das zu seiner entsprechenden Wiederverwendung (§ 19) erforderlich wäre.

(9) Nach dem bisherigen § 22 a Abs. 1, 2 erfolgte Entlassungen gelten als solche nach § 24 a (Artikel I Nr. 25).

(10) Für die Anmeldung von Ansprüchen auf die in § 181 a des Bundesbeamtengesetzes geregelte Versorgung (§ 29 Abs. 1, § 36 Abs. 2, § 39 Abs. 2, § 64 Abs. 1 des Gesetzes in der Fassung des Artikels I Nr. 28, 32, 38 und 60 Buchstabe b) tritt an die Stelle der nach § 181 a Abs. 5 des Bundesbeamtengesetzes entsprechend geltenden Ausschußfrist des § 150 des genannten Gesetzes eine Ausschußfrist bis zum 30. September 1959. Einer Anmeldung bedarf es nicht, wenn bereits Unfallfürsorge nach diesem Gesetz gewährt wird oder beantragt ist.

(11) Unfallfürsorgeansprüche, die beim Inkrafttreten des Artikels I Nr. 28 Buchstabe a Satz 2 (§ 29 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1), Nr. 30 (§ 34), Nr. 32 (§ 36 Abs. 2), Nr. 38 (§ 39 Abs. 2) und Nr. 60 Buchstabe b (§ 64 Abs. 1 Satz 1) bestanden, werden durch diese Vorschriften nicht berührt. Ist der Betrag einer am 31. August 1957 auf Grund bisheriger Nachversicherung (§ 72) zustehenden Rente, die nach § 72 a Abs. 2 Satz 1 entfällt, weil ab 1. September 1957 gemäß der im Gesetz getroffenen Regelung Versorgung wegen eines im ersten oder zweiten Weltkrieg erlittenen Unfalles (§ 181 a des Bundesbeamtengesetzes) zusteht, höher als die letztgenannte Versorgung, so wird eine Zulage in der Höhe gewährt, daß der erstgenannte Betrag gewahrt bleibt.

(12) Auf Grund der Änderung des § 37 b Abs. 2 (Artikel I Nr. 35) werden Bezüge nur für Zeiträume seit dem 1. September 1953 gewährt. Sind Personen, denen auf Grund der bisherigen Fassung des § 37 b Abs. 2 Bezüge zustanden, in der Zeit zwischen dem 1. September 1953 und der Verkündung dieses Gesetzes wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand getreten oder nach dem bisherigen § 35 Abs. 1 Satz 4 des Gesetzes in den Ruhestand versetzt worden, so erhalten sie für den in § 37 b Abs. 2 Satz 2 bezeichneten, längstens jedoch bis zum Ende des Monats, in dem sie das fünfundsiebzehnte Lebensjahr vollendet haben, bemessenen Zeitraum den Unterschiedsbetrag zwischen dem sich nach § 37 b Abs. 2 Satz 3 ergebenden Ruhegehalt und den in § 37 b Abs. 2 Satz 1 vorgesehenen Bezügen als Ausgleichsbetrag.

(13) Bezüge nach § 37 d und § 48 Abs. 2 (Artikel I Nr. 36, 42) werden nur für Zeiträume seit dem 1. September 1953 gezahlt. Leistungen, die für gleiche Zeiträume auf Grund des § 56 des Gesetzes oder sonstiger gesetzlicher Vorschriften aus öffentlichen Mitteln gewährt worden sind, sind anzurechnen.

(14) Auf Grund der Änderung des § 42 Abs. 1 (Artikel I Nr. 39 Buchstabe a) erfolgt an andere als unterbringungspflichtige Dienstherren (§ 11) keine Erstattung vor der Verkündung dieses Gesetzes fällig gewordener Versorgungsleistungen.

(15) Die Änderung des § 42 Abs. 1 und 2 (Artikel I Nr. 39 Buchstaben a, c) gilt für die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ab 1. Mai 1952, und zwar auch für die vor diesem Zeitpunkt eingetretenen Versorgungsfälle.

(16) Soweit für Zeiträume vor der Verkündung dieses Gesetzes abweichend von Artikel I Nr. 58 Buchstabe c höhere Bezüge gewährt worden sind, behält es dabei sein Bewenden.

(17) Neben Bezügen nach § 52 b Abs. 2 Satz 2 und § 54 b Satz 2 (Artikel I Nr. 46 Buchstabe a, Nr. 50 Satz 2) wird Entlassungsgeld nach § 71 b nicht gewährt. Ein bereits gezahltes Entlassungsgeld ist auf diese Bezüge anzurechnen.

(18) Soweit die Anwendung des § 72 wegen Nichterfüllung der Meldepflicht (§ 81 Abs. 4 Satz 1 in der bisherigen Fassung) rechtskräftig versagt worden ist, können die Anträge mit der Wirkung erneut gestellt werden, daß sie als am Tage der erstmaligen Einreichung gestellt und, wenn in der Zwischenzeit der Versicherungsfall eingetreten ist, als Anträge auf Gewährung einer Rente gelten.

(19) Hat ein Versicherter bis zum Ablauf des 31. Dezember 1956 von dem Recht der Weiterversicherung auf Grund des § 72 Abs. 5 in der bisherigen Fassung Gebrauch gemacht, so kann er die Versicherung von diesem Zeitpunkt ab nach Maßgabe des Artikels 2 § 4 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes, des Artikels 2 § 5 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes oder des Artikels 2 § 3 des Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes fortsetzen.

(20) Auf Grund der bisherigen Fassung des Gesetzes rechtskräftig abgelehnte Anträge auf Erstattung oder Rückzahlung von Beiträgen können bis zum 30. September 1958 erneut (§§ 72 a, 73 und 74) gestellt werden.

(21) Bei den vor Verkündung dieses Gesetzes nach der bisherigen Fassung des § 78 a Abs. 2 Satz 2 zugesicherten Zuschüssen gilt die Maßgabe des § 78 a Abs. 2 Satz 3 (Artikel I Nr. 72 Buchstabe b Satz 2) nicht.

(22) Für die durch dieses Gesetz erstmalig in den Personenkreis des Gesetzes (§§ 1, 2, 51, 62, 63 und 71 a) einbezogenen Personen gilt § 81 des Gesetzes mit der Maßgabe, daß an die Stelle des 31. Dezember 1953 der 30. September 1958 tritt.

(23) Artikel III Abs. 4 und 5 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 19. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 980) wird aufgehoben.

(24) §§ 1, 2 Nr. 1 bis 3, § 5 Abs. 3 Satz 2 und § 4 der Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juni 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 279) werden aufgehoben. In § 2 Nr. 4 Satz 1 der genannten Verordnung werden hinter den Worten „Satz 2“ die Worte „und 3“ eingefügt.

(25) Zahlungen an Angehörige der bisher in der Anlage A zu § 2 Abs. 1 unter den Nummern 4, 5, 12, 44 bis 46, 50 bis 55, 74 bis 82, 84, 88 bis 90 bezeich-

neten Nichtgebietskörperschaften sind vom 1. April — in Berlin vom 1. Oktober — 1951 an zu gewähren, sofern der Antrag (§ 58 Abs. 2) innerhalb der Frist gestellt worden ist, die jeweils bei der Aufnahme der Nichtgebietskörperschaft in die Anlage A für die Stellung von Anträgen mit rückwirkender Kraft galt. Die Einschränkung des Zahlungsbegins in Artikel V Abs. 1 des in Absatz 23 bezeichneten Änderungsgesetzes tritt insoweit außer Kraft.

(26) § 137 des Beamtenrechtsrahmengesetzes findet entsprechend Anwendung.

(27) § 83 des Gesetzes gilt entsprechend für Rechtsstreitigkeiten, die sich durch den Erlass dieses Gesetzes erledigen.

Artikel III

(1) Das Bundesbeamtengesetz wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 180 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „169 und 172 bis 175“ durch die Worte „169, 172 bis 175 und 181 a“ ersetzt;
- b) in Absatz 1 Nr. 3 Satz 2 werden hinter den Worten „§ 112 Nr. 1 dieses Gesetzes“ die Worte „mit der Maßgabe, daß diese Zeit als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs- und Versorgungsrechts gilt“ eingefügt; Halbsatz 2 wird gestrichen;
- c) in Absatz 2 Nr. 2 werden die Worte „156 Abs. 1 und 181 Abs. 3“ durch die Worte „156 Abs. 1, § 181 Abs. 3 und § 181 a“ ersetzt;
- d) in Absatz 2 Nr. 4 wird das Wort „Einschränkungen“ durch das Wort „Maßgaben“ ersetzt;
- e) in Absatz 4 werden die Worte „162 Abs. 2 und 164 Abs. 1 Satz 2“ durch die Worte „162 Abs. 2, § 164 Abs. 1 Satz 2 und § 181 a“ ersetzt.

2. Hinter § 181 wird folgende Vorschrift eingefügt:

„§ 181 a

(1) Ist der Beamte wegen Dienstunfähigkeit infolge eines Unfalles (§ 135), den er während des ersten oder zweiten Weltkrieges in Ausübung militärischen oder militärähnlichen Dienstes (§§ 2, 3 des Bundesversorgungsgesetzes) oder in Ausübung oder infolge des Dienstes als Beamter erlitten hat, in den Ruhestand getreten, so wird Versorgung nach den allgemeinen Vorschriften des für ihn geltenden Rechts mit der Maßgabe gewährt, daß sich der Hundertsatz des Ruhegehaltes um zwanzig vom Hundert bis zum Höchstsatz von fünfundsiebzig vom Hundert erhöht; der Hundertsatz des Mindestruhegehaltes beträgt fünfundsiebzig vom Hundert. Für die Anwendung des § 110 wird den Dienstjahren die Zeit hinzugerechnet, die der Beamte bis zur Erreichung der Altersgrenze (§ 41 Abs. 1) hätte zurückerlegen können.

(2) Steht Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz nicht zu, so wird dem durch einen Unfall nach Absatz 1 verletzten Beamten Heilverfahren und ein Ausgleichsbetrag in sinngemäßer Anwendung der §§ 137 bis 139 Abs. 1 bis 4 neben den Dienstbezügen oder dem Ruhegehalt gewährt.

(3) Ist der verletzte Beamte oder Ruhestandsbeamte (Absatz 1) an den Folgen des Unfalles verstorben, so sind Hinterbliebene auch die elternlosen Enkel und die Verwandten der aufsteigenden Linie, deren Unterhalt zur Zeit des Unfalles ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten wurde. Die elternlosen Enkel stehen hierbei den ehelichen Kindern des Verstorbenen gleich. Den Verwandten der aufsteigenden Linie ist für die Dauer der Bedürftigkeit ein Unterhaltsbeitrag von zusammen dreißig vom Hundert des Ruhegehaltes nach Absatz 1 zu gewähren, mindestens jedoch vierzig vom Hundert des in Absatz 1 Satz 1 zweiter Halbsatz genannten Betrages. § 145 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Für einen durch einen Unfall nach Absatz 1 verletzten früheren Beamten gelten §§ 142, 143, für seine Hinterbliebenen §§ 146, 147 sinngemäß mit den Maßgaben, daß an Stelle von „sechszwanzigzweidrittel vom Hundert“ „fünfundfünfzig vom Hundert“ tritt und Heilverfahren nur in Betracht kommt, wenn Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz nicht zusteht.

(5) Für eine Versorgung nach den Absätzen 1 bis 4 gelten §§ 148 bis 151 und 186 Abs. 3 sinngemäß.

(6) Eine Schädigung im Sinne des § 1 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes, die der Beamte vor dem 9. Mai 1945 erlitten hat, gilt als Beschädigung im Sinne des § 46 Abs. 1, des § 106 Abs. 1 Nr. 2 und des § 109 Abs. 2 sowie entsprechender Vorschriften des bisherigen Rechts. Beamte mit Dienstbezügen, die infolge einer solchen, ohne grobes Verschulden erlittenen Schädigung dienstunfähig geworden sind und wegen der Dienstunfähigkeit nicht in den Ruhestand versetzt, sondern entlassen worden sind, gelten als mit dem Tage des Wirksamwerdens der Entlassung in den Ruhestand versetzt.“

(2) An die Stelle der in § 150 des Bundesbeamtengesetzes bezeichneten Ausschlußfrist tritt für die Anwendung des § 181 a des genannten Gesetzes eine Ausschlußfrist bis zum 30. September 1959; einer Anmeldung bedarf es nicht, wenn bereits Unfallfürsorge gewährt wird oder beantragt ist.

(3) Zahlungen auf Grund des Absatzes 1 werden nur auf Antrag gewährt, und zwar vom Ersten des Monats ab, in dem der Antrag gestellt worden ist; Anträge, die bis zum 31. März 1958 gestellt werden, gelten als im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Artikels gestellt.

(4) Unfallfürsorgeansprüche, die beim Inkrafttreten dieses Artikels bestanden, werden durch die Vorschriften des Absatzes 1 nicht berührt.

Artikel IV

Hinter § 92 des Beamtenrechtsrahmengesetzes wird folgende Vorschrift eingefügt:

„§ 92 a

Durch Gesetz kann bestimmt werden, daß einem durch einen während des ersten oder zweiten Weltkrieges in Ausübung militärischen oder militärähnlichen Dienstes eingetretenen Unfall verletzten Beam-

ten eine erhöhte Versorgung nach den allgemeinen Vorschriften gewährt wird; eine entsprechende Regelung kann in Abweichung von § 80 auch für Dienstunfälle, die während des ersten oder zweiten Weltkrieges eingetreten sind, vorgesehen werden. Hierbei können abweichend von § 63 Heilverfahren und Ausgleichsbetrag in sinngemäßer Anwendung der nach § 80 Abs. 1 Nr. 2 und 3 getroffenen Regelung vorgesehen werden, falls Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz nicht zusteht, sowie Unterhaltsbeiträge an frühere Beamte für die Dauer einer durch den Unfall verursachten Erwerbsbeschränkung und an ihre Hinterbliebenen gewährt und der Kreis der versorgungsberechtigten Hinterbliebenen anderweitig geregelt werden. Der Höchsthundertsatz des Ruhegehalts (§ 70 Abs. 1 Satz 1) darf nicht überschritten werden. Durch Gesetz kann außerdem bestimmt werden, daß eine Schädigung im Sinne des § 1 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes als Beschädigung im Sinne des § 27 Abs. 1 und des § 28 Satz 2 gilt.“

Artikel V

Das Gesetz über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 4. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 777) wird wie folgt geändert:

1. In § 4 werden die Worte „zur Vollendung des fünfundsiebzigsten Lebensjahres“ ersetzt durch die Worte „zum Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze“.

2. Hinter § 4 wird eingefügt:

„§ 4 a

Die §§ 1 und 4 gelten für Beamte zur Wiederverwendung und ihnen gleichgestellte Personen im Sinne des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen entsprechend. Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag verbleiben sie im Ruhestand, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten beantragen, in das Rechtsverhältnis eines Beamten zur Wiederverwendung zurückzutreten. In diesem Falle endet der Ruhestand mit Ablauf des Monats, in dem der Antrag gestellt wurde. Soweit die Anrechnung von Unterbrechungszeiten auf das Besoldungsdienstalter nach Bundes- oder Landesrecht davon abhängig ist, daß eine der in Satz 1 genannten Personen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt wiederverwendet wird, tritt die Annahme der Wahl zum Deutschen Bundestag an die Stelle der Wiederverwendung.“

3. § 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Vorschriften der §§ 1 bis 4 a gelten sinngemäß für Angestellte des öffentlichen Dienstes. Bei Angestellten, die keinen vertraglichen Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen haben, tritt an die Stelle des Ruhegehaltes für die Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag die Hälfte der Vergütung, die ihnen bei Verbleiben im Dienst in ihrer Vergütungsgruppe zugestanden hätte.“

4. In § 5 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „nach der zuletzt bezogenen Vergütung“ gestrichen.

Artikel VI

Die Bundesminister des Innern und der Finanzen werden ermächtigt, das Bundesbeamtenengesetz vom 14. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 551) in der vom 1. September 1957 an geltenden Fassung mit neuem Datum bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Artikel VII

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Verordnungen, die auf Grund der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigungen erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel VIII

(1) Die Artikel I bis VI sowie Artikel VII und Artikel IX mit Ausnahme des Absatzes 1 Nr. 12, soweit dort das Inkrafttreten dieses Artikels bestimmt ist, gelten nicht im Saarland.

(2) Das Saarland wird ermächtigt, das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse von früheren Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes, von berufsmäßigen Angehörigen der früheren Wehrmacht sowie deren Hinterbliebenen (Gesetz zur Regelung von Dienstverhältnissen) in der Fassung vom 19. Juli 1955 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1088) und des Gesetzes Nr. 513 vom 9. Juli 1956 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1051) dem Bundesgesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1287) und den Vorschriften dieses Gesetzes anzupassen. Die §§ 10 und 13 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1011) bleiben unberührt.

(3) Personen, die auf Grund des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1011) die Voraussetzungen der §§ 1 und 2 des in Absatz 2 bezeichneten Bundesgesetzes nicht mehr erfüllen, werden ab 1. Januar 1957 bis zur Einführung des Bundesgesetzes im Saarland so behandelt, wie wenn sie weiter zum Personenkreis des Kapitels I des Bundesgesetzes gehörten. Die bis zum 31. Dezember 1956 zuständige oberste Dienstbehörde bleibt zuständig; Entsprechendes gilt hinsichtlich der Zuständigkeit für Zahlungen.

(4) Für unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallende Personen, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in das Saarland verlegt haben oder verlegen und bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Grund des saarländischen Gesetzes zur Regelung von Dienstverhältnissen weder einen Unterbringungsschein noch Versorgungsbezüge erhalten haben, gilt das in Absatz 2 bezeichnete Bundesgesetz weiter. Absatz 3 Satz 2 gilt auch hier.

(5) Für unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallende und zum Personenkreis des saarländischen Gesetzes zur Regelung von Dienstverhältnissen gehörende Personen, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in das übrige Bundesgebiet verlegt haben oder verlegen und bis zum Inkrafttreten dieses Ge-

setzes weder einen Unterbringungsschein noch Versorgungsbezüge auf Grund des in Absatz 2 bezeichneten Bundesgesetzes erhalten haben, gilt das saarländische Gesetz weiter. Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(6) Personen, die nach Kapitel I des in Absatz 2 bezeichneten Bundesgesetzes an der Unterbringung teilnehmen, nehmen auch an der Unterbringung nach dem saarländischen Gesetz zur Regelung von Dienstverhältnissen teil. Personen, die an der Unterbringung nach letztgenanntem Gesetz teilnehmen, nehmen auch an der Unterbringung nach dem Bundesgesetz teil, sofern sie bei dessen Anwendung im Saarland unter Kapitel I fallen würden. § 18 a des Bundesgesetzes gilt auch im Saarland; hierbei tritt für den unter das saarländische Gesetz fallenden Personenkreis das Saarland an die Stelle des Bundes. Hinsichtlich der Anrechenbarkeit auf die Pflichtanteile für die Unterbringung gilt Satz 1 entsprechend.

(7) Die §§ 25, 77 a und 78 a des in Absatz 2 bezeichneten Bundesgesetzes werden im Saarland eingeführt; zu den in § 77 a bezeichneten Trägern der Versorgungslast gehört auch das Saarland. Außerdem tritt dort § 77 des Bundesgesetzes mit den sich aus den Absätzen 3 bis 6 ergebenden Maßgaben in Kraft.

Artikel IX

(1) Es treten in Kraft

1. Artikel I Nr. 2 Buchstaben c, d, Nr. 3 Buchstaben c, d, Nr. 18, 35, 36, 39 bis 42, 45 Buchstabe c, Nr. 53 Buchstabe a, Nr. 56 Buchstabe a, Nr. 57, 58 Buchstabe b Satz 2, Nr. 59 Buchstabe b Satz 2, Nr. 60 Buchstabe a, Nr. 63 Buchstabe b, Nr. 68 Buchstaben a, b, c, g, Nr. 69, 70 Buchstaben a (§ 73 Abs. 1 Satz 2 bis 5), c bis f, Nr. 71, 74, 75 Buchstaben a, b, c, e, f (Nr. 91, 92, 94 bis 96, 98) und Artikel II Abs. 1 Satz 2 am 1. April — in Berlin am 1. Oktober — 1951;
2. Artikel I Nr. 58 Buchstabe c, Nr. 59 Buchstabe c am 1. Mai 1952;
3. Artikel I Nr. 60 Buchstabe e Satz 1, Nr. 65, 75 Buchstaben d und f (Nr. 93, 97, 99 bis 105) am 1. September 1953;
4. Artikel I Nr. 3 Buchstabe b am 10. August 1955;
5. Artikel I Nr. 2 Buchstabe b am 24. Mai 1956;
6. Artikel I Nr. 45 Buchstabe e, Nr. 68 Buchstaben d bis f am 1. Januar 1957;
7. Artikel I Nr. 70 Buchstabe a (§ 73 Abs. 1 Satz 1) am 1. März 1957;
8. Artikel I Nr. 44 hinsichtlich des § 52 Abs. 1 Satz 2 am 1. Mai 1957;
9. Artikel V am 1. Juli 1953;
10. Artikel I Nr. 3 Buchstaben a, e, f, Nr. 4 bis 6, 11 bis 16, 20, 28 (ausgenommen Buchstabe a Satz 1), 29, 30, 31 Buchstaben a, c, Nr. 32 (§ 36 Abs. 2), Nr. 33, 34 Buchstabe a Satz 3, Nr. 37, 38, 43, 44 (ausgenommen § 52 Abs. 1 Satz 2), Nr. 45 Buchstaben a, b, d, Nr. 46, 47 Buchstaben a, b, c, e, Nr. 48 Buchstabe a Satz 1, Buchstaben b und c, Nr. 49 bis 51, 60 Buchstaben b, c, d, e (§ 64 Abs. 3 Satz 2), Nr. 61, 62, 63 Buchstabe a Satz 1, Nr. 64, 72, 76, 77 sowie Artikel II Abs. 24, Artikel III und IV am 1. September 1957;

11. Artikel I Nr. 17 am 1. April 1958;

12. die übrigen Vorschriften der Artikel I und II und die Artikel VI, VII und VIII am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes.

(2) Zahlungen auf Grund der mit Artikel I und II erfolgten Änderung oder Einfügung von Vorschriften in das in Artikel I bezeichnete Gesetz werden nur auf Antrag gewährt, und zwar vom Ersten des Monats ab, in dem der Antrag gestellt worden ist. Anträge, die bis zum 31. März 1958 gestellt werden, gelten als zu dem Zeitpunkt gestellt, von dem ab auf Grund der ändernden oder eingefügten Vorschrift Zahlungen geleistet werden dürfen. Eines Antrages bedarf es nicht, wenn der Berechtigte nach den bisher geltenden Vorschriften Zahlungen erhält, es sei denn,

daß es sich bei den in diesem Gesetz vorgesehenen verbesserten Leistungen um solche auf Grund von Kannvorschriften handelt.

(3) Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, den Wortlaut des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der bisher geltenden Fassung und unter Berücksichtigung des § 1 der Elften Durchführungsverordnung vom 25. März 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 149), der Siebzehnten Durchführungsverordnung vom 7. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 576) sowie der Zwanzigsten Durchführungsverordnung vom 23. Mai 1956 (Bundesgesetzblatt I S. 447) und der Änderungen durch dieses Gesetz bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlautes zu beseitigen.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 11. September 1957.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

**Bekanntmachung der Neufassung
des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse
der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen.**

Vom 11. September 1957.

Auf Grund des Artikels IX Abs. 3 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. September 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1275) wird nachstehend der Wortlaut des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1287), wie er sich unter Berücksichtigung

des § 1 der Elften Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 25. März 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 149),

der Siebzehnten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (Ergänzung der Anlage A zu § 2 Abs. 1 des Gesetzes) vom 7. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 576),

der Zwanzigsten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (Ergänzung der Anlage A zu § 2 Abs. 1 des Gesetzes) vom 23. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 447) und

des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen

ergibt, in der nunmehr geltenden Fassung bekanntgemacht. Bei der Anwendung sind die Artikel II, VIII und IX des Zweiten Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen zu beachten.

Bonn, den 11. September 1957.

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

**Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse
der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen**

in der Fassung vom 11. September 1957.

Übersicht

<p>KAPITEL I §§</p> <p>Verdrängte Angehörige des öffentlichen Dienstes und Angehörige aufgelöster Dienststellen</p> <p>Abschnitt I</p> <p> Personenkreis 1 bis 4b</p> <p>Abschnitt II</p> <p> Beamte</p> <p> 1. Allgemeine Vorschriften 5 bis 10</p> <p> 2. Unterbringung</p> <p> a) Unterbringungspflicht 11 bis 18 b</p> <p> b) Art der Unterbringung 19 bis 23</p> <p> c) Ausscheiden aus der Unterbrin- gung 24 bis 24 f</p> <p> d) Bundesausgleichsstelle 25</p> <p> e) Durchführung 26 bis 28</p> <p> 3. Versorgung 29 bis 42</p> <p> 4. Kapitalabfindung 43 bis 46</p> <p>Abschnitt III</p> <p> Wartestandsbeamte 47</p> <p>Abschnitt IV</p> <p> Ruhestandsbeamte, sonstige Versorgungs- empfänger und Hinterbliebene 48 bis 51</p>	<p>Abschnitt V §§</p> <p> Angestellte und Arbeiter 52 bis 52 b</p> <p>Abschnitt VI</p> <p> Berufssoldaten 53 bis 54 b</p> <p>Abschnitt VII</p> <p> Berufsmäßige Angehörige des früheren Reichsarbeitsdienstes 55</p> <p>Abschnitt VIII</p> <p> Beihilfen und Unterstützungen 56</p> <p>Abschnitt IX</p> <p> Zahlungspflicht; Verfahren 57 bis 60</p> <p>Abschnitt X</p> <p> Sondervorschriften für Angehörige von Nichtgebietskörperschaften und öffentlich- rechtlichen Verbänden von Gebietskörper- schaften 61</p> <p align="center">KAPITEL II</p> <p>Sonstige Angehörige des öffentlichen Dienstes 62, 63</p> <p align="center">KAPITEL III</p> <p>Übergangs- und Schlußvorschriften 64 bis 85</p>
--	---

KAPITEL I

**Verdrängte Angehörige
des öffentlichen Dienstes
und Angehörige aufgelöster Dienststellen**

ABSCHNITT I

Personenkreis

§ 1

(1) Kapitel I dieses Gesetzes erstreckt sich nach Maßgabe der Vorschriften der Abschnitte II bis VII auf

1. die Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, die am 8. Mai 1945 in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis
 - a) bei einer Dienststelle des Reiches innerhalb oder außerhalb des Bundesgebietes standen, die seither weggefallen ist, ohne daß ihre Aufgaben bis zum 23. Mai 1949 ganz oder überwiegend von einer anderen deutschen Dienststelle übernommen worden sind, oder
 - b) bei einer Dienststelle des Reiches, eines Landes, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes (Gebietskörperschaf-

ten) außerhalb des Bundesgebietes standen und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen gezwungen waren, ihren Dienst aufzugeben oder nach Eintritt der Dienstunfähigkeit oder Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres ohne beamtenrechtliche Versorgung auszuschcheiden, oder

- c) bei einer staatlichen oder kommunalen Dienststelle der autonomen Verwaltung des ehemaligen Protektorats Böhmen und Mähren als deutsche Staatsangehörige standen und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen gezwungen waren, ihren Dienst aufzugeben, oder
 - d) bei einer staatlichen oder kommunalen Dienststelle eines fremden Staates standen, wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit vertrieben und als Vertriebene anerkannt worden sind,
2. die Wartestandsbeamten, Ruhestandsbeamten und sonstigen Versorgungsempfänger, für die am 8. Mai 1945 keine auf Grund ordnungsmäßiger Überweisung zur Zahlung der Bezüge verpflichtete Kasse im

Bundesgebiet vorhanden war oder zwar vorhanden war, aber inzwischen weggefallen ist, und die von der zuständigen deutschen Kasse Zahlungen nicht mehr erlangen können,

3. die Berufssoldaten der früheren Wehrmacht, die am 8. Mai 1945 noch im Dienst waren oder vor diesem Zeitpunkt mit lebenslänglicher Dienstzeitversorgung aus dem Dienst entlassen worden sind, und die Militäranwärter,
4. die berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes, die am 8. Mai 1945 noch im Dienst waren oder vor diesem Zeitpunkt mit lebenslänglicher Dienstzeitversorgung aus dem Dienst entlassen worden sind, und die Anwärter des früheren Reichsarbeitsdienstes,
5. die versorgungsberechtigten Hinterbliebenen der in den Nummern 1, 2, 3 und 4 bezeichneten Personen.

(2) Ob und von welcher Dienststelle Aufgaben im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 Buchstabe a übernommen worden sind, entscheiden im Zweifelsfalle die Bundesminister des Innern und der Finanzen.

§ 2

(1) Den in § 1 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 5 bezeichneten Personen stehen gleich die entsprechenden Angehörigen

1. der in der Anlage A aufgeführten Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (Nichtgebietskörperschaften) und sonstigen Einrichtungen,
2. der öffentlich-rechtlichen Verbände von Gebietskörperschaften.

Die Bundesregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates die Anlage A hinsichtlich der Nichtgebietskörperschaften durch Rechtsverordnung zu ergänzen; hierbei dürfen Nichtgebietskörperschaften, die am 30. Januar 1933 noch keine Körperschaftsrechte hatten, nur berücksichtigt werden, wenn sie durch Zusammenschluß anderer in diesem Zeitpunkt bereits bestehender Körperschaften gebildet worden sind oder wenn es sich um Nichtgebietskörperschaften außerhalb des Reichsgebietes handelt und andere Nichtgebietskörperschaften der gleichen Art im Reichsgebiet am 30. Januar 1933 bereits Körperschaftsrechte hatten. Ferner dürfen sonstige deutsche Einrichtungen und Verbände in den in § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes bezeichneten Gebieten außerhalb des Reichsgebietes berücksichtigt werden, wenn ihr im Heimatstaat anerkannter Aufgabenkreis dem einer Reichs-, Länder- oder Gemeindedienststelle oder einer am 30. Januar 1933 im Reichsgebiet bestehenden Nichtgebietskörperschaft gleichzuachten war.

(2) Ist eine Nichtgebietskörperschaft oder sonstige Einrichtung, die die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt, vor dem 8. Mai 1945 in einer Einrichtung aufgegangen, die keine Körperschaftsrechte hat oder die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt, so werden die übernommenen Beamten, Angestellten

und Arbeiter so behandelt, wie wenn sie im Dienst ihres früheren Dienstherrn verblieben wären. Entsprechendes gilt für die Versorgungsempfänger.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend, wenn Angehörige einer Gebietskörperschaft, eines Verbandes von Gebietskörperschaften oder einer Nichtgebietskörperschaft oder einer sonstigen Einrichtung, die die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt, vor dem 8. Mai 1945 von Amts wegen von einer Einrichtung übernommen worden sind, die keine Körperschaftsrechte hat oder die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt.

§ 3

Rechte nach Kapitel I dieses Gesetzes haben nicht die in §§ 1 und 2 bezeichneten Personen,

1. die nach dem 8. Mai 1945 entsprechend ihrer früheren Rechtsstellung unter Berücksichtigung etwaiger durch rechtskräftigen Kategorisierungs- (Entnazifizierungs-, Spruchkammer-) Bescheid verfügter Einschränkungen zum Zwecke der Wiederverwendung in den Dienst des Bundes oder eines anderen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Bundesgebiet übernommen worden sind,
2. deren Dienst- oder Arbeitsverhältnis nach dem 8. Mai 1945 aus beamten- oder tarifrechtlichen Gründen oder durch rechtskräftigen Kategorisierungs- (Entnazifizierungs-, Spruchkammer-) Bescheid unter Verlust des Versorgungsanspruches beendet worden ist,
3. die ihren Versorgungsanspruch nach dem 8. Mai 1945 aus beamtenrechtlichen Gründen oder durch rechtskräftigen Kategorisierungs- (Entnazifizierungs-, Spruchkammer-) Bescheid verloren haben,
- 3a. die durch ihr Verhalten während der Herrschaft des Nationalsozialismus gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben,
4. die am 8. Mai 1945 bei einer Dienststelle der früheren Geheimen Staatspolizei in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis standen oder auf Grund eines solchen Dienstverhältnisses versorgungsberechtigt waren,
5. die als Österreicher durch die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hatten, es sei denn, daß sie bei Eintritt des Versorgungsfalles oder am 8. Mai 1945 bei einer deutschen Behörde außerhalb des Landes Österreich planmäßig angestellt waren oder nach dem Zweiten Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 17. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 431) die deutsche Staatsangehörigkeit wieder erwerben,
6. die in den Dienst eines ausländischen Staates eingetreten sind oder eintreten,

sowie die Hinterbliebenen dieser Personen, zu den Nummern 2 und 3, soweit auch sie ihren Versorgungsanspruch verloren haben. Die oberste Dienstbehörde (§ 60) kann Ausnahmen von Nummer 6 zulassen.

§ 4

(1) Rechte nach Kapitel I dieses Gesetzes können von den in §§ 1 und 2 bezeichneten Personen nur geltend gemacht werden, wenn sie

1. ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt bis zum 31. Dezember 1952 im Bundesgebiet genommen haben oder
2. nach diesem Zeitpunkt im Bundesgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt genommen haben
 - a) als Heimkehrer (§ 1 des Heimkehrergesetzes) oder als nach § 9 Abs. 1 des Häftlingshilfegesetzes einem solchen Gleichzubehandelnder oder
 - b) im Anschluß an die Aussiedlung (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes), sofern die oberste Dienstbehörde (§ 60) die Anerkennung als Aussiedler für dieses Gesetz ausspricht, oder
 - c) im Anschluß an die Rückkehr aus fremden Staaten, wenn sie vor Ablauf des 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt aus dem Reichsgebiet in seinen jeweiligen Grenzen in jetziges Ausland verlegt hatten oder vor oder nach diesem Zeitpunkt im Zuge der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen, insbesondere Ausweisung oder Flucht, aus dem Reichsgebiet oder den nach dem 31. Dezember 1937 angegliederten Gebieten in jetziges Ausland gelangt waren.

Ausland im Sinne von Satz 1 Nr. 2 Buchstabe c ist das Gebiet, das nach § 80 nicht als Reichsgebiet gilt.

(2) Den in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bezeichneten Personen können solche unter §§ 1 oder 2 fallende Personen durch die oberste Dienstbehörde (§ 60) gleichgestellt werden, die nach dem 31. Dezember 1952 im Bundesgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt genommen haben und

1. nach dem 8. Mai 1945 aus dem Bundesgebiet auf Grund von Maßnahmen ausländischer Mächte, denen sie sich ohne Gefährdung ihrer Person oder Freiheit nicht entziehen konnten, zu einer nichtmilitärischen Dienstleistung außerhalb des Bundesgebietes verpflichtet wurden oder
2. als Sowjetzonenflüchtlinge nach § 3 des Bundesvertriebenengesetzes anerkannt worden sind.

(3) Hinterbliebene, die nach dem 31. Dezember 1952 im Bundesgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt genommen haben, können Rechte auf Versorgung auch dann geltend machen, wenn der Verstorbene die Voraussetzungen des Absatzes 1 oder 2 erfüllte.

§ 4 a

Den unter §§ 1 oder 2 fallenden Personen, die im Falle der Rückkehr (§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe c) Rechte nach Kapitel I dieses Gesetzes geltend machen könnten, sowie ihren Hinterbliebenen kann die oberste Dienstbehörde (§ 60) mit Zu-

stimmung des Bundesministers des Innern von dem Erfordernis der Begründung eines Wohnsitzes oder dauernden Aufenthaltes im Bundesgebiet auf Zeit oder auf Dauer Befreiung gewähren, wenn diese Rückkehr aus Krankheits- oder Altersgründen nicht zumutbar ist. § 159 des Bundesbeamtengesetzes bleibt unberührt.

§ 4 b

(1) Solchen unter §§ 1 oder 2 fallenden Personen, die nach dem in § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bezeichneten Zeitpunkt und ohne Vorliegen der Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Abs. 2, 3, aber im Wege der Familienzusammenführung im Bundesgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt begründet haben, kann die oberste Dienstbehörde (§ 60) an Stelle der nach diesem Gesetz im Falle der Erfüllung der genannten Voraussetzungen zu gewährenden Versorgungsbezüge einen Unterhaltsbeitrag bewilligen.

(2) Familienzusammenführung im Sinne des Absatzes 1 liegt nur vor, wenn der Zuziehende im Zeitpunkt des Wegzuges von dem bisherigen Wohnsitz oder dauernden Aufenthaltsort außerhalb des Bundesgebietes

- a) das siebzigste Lebensjahr vollendet hatte oder infolge körperlicher oder geistiger Gebrechlichkeit ohne Wartung und Pflege nicht bestehen konnte,
- b) nicht in häuslicher Gemeinschaft mit dem Ehegatten oder einer Person lebte, die zu den Verwandten gerader Linie oder der Seitenlinie bis zum zweiten Grade, Stief- oder Pflegekindern, an Kindes Statt Angenommenen oder Schwiegerkindern gehörte, oder der ihn bisher Betreuende das siebzigste Lebensjahr vollendet hatte oder infolge eigener körperlicher oder geistiger Gebrechlichkeit zu der Betreuung außerstande war oder wegen Übersiedlung in das Bundesgebiet infolge Verheiratung nicht länger ausüben konnte, und
- c) die fehlende Betreuung durch Aufnahme in die Familiengemeinschaft eines der unter Buchstabe b bezeichneten Angehörigen im Bundesgebiet erhält.

Der Aufnehmende muß die in § 4 Abs. 1 oder 2 bezeichneten Voraussetzungen erfüllen, es sei denn, daß er den Zuziehenden an dessen bisherigem Wohnsitz oder dauerndem Aufenthalt betreut hat und infolge Verheiratung in das Bundesgebiet übersiedelt ist. Eine Aufnahme durch Stief- oder Pflegekinder oder an Kindes Statt Angenommene kommt nur in Betracht, wenn sie vor Vollendung des achtzehnten Lebensjahres mit dem Zuziehenden in häuslicher Gemeinschaft gelebt hatten.

(3) Als Unterhaltsbeitrag wird der bei Erfüllung der Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 oder 2 zustehende Versorgungsbezug bis zu dreihundert Deutsche Mark monatlich voll, darüber hinaus in Höhe von sechzig vom Hundert des Mehrbetrages gewährt. Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen werden insoweit auf den Unterhaltsbeitrag angerechnet, als sie auf Zeiten entfallen, die bei der

Bemessung des dem Unterhaltsbeitrag zugrunde zu legenden Versorgungsbezuges als Ruhegehaltfähig berücksichtigt werden und nicht auf freiwilligen Beiträgen beruhen.

(4) Nach dem Ableben des Empfängers eines Unterhaltsbeitrages kann seinen Hinterbliebenen, die im Bundesgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, ein Unterhaltsbeitrag nach Maßgabe des Absatzes 3 bewilligt werden.

ABSCHNITT II

Beamte

1. Allgemeine Vorschriften

§ 5

(1) Beamte auf Lebenszeit oder auf Zeit (§ 1 Abs. 1 Nr. 1), die am 8. Mai 1945 dienstunfähig (§ 42 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes) waren oder das fünf- und sechzigste Lebensjahr vollendet hatten, gelten,

1. wenn die Voraussetzungen des § 106 des Bundesbeamtengesetzes erfüllt sind oder die Dienstunfähigkeit durch eine ohne grobes Verschulden eingetretene Schädigung im Sinne des § 1 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes verursacht ist, als mit Ablauf des 8. Mai 1945 in den Ruhestand getreten,
2. wenn die Voraussetzungen der Nummer 1 nicht erfüllt sind, als mit Ablauf des 8. Mai 1945 entlassen.

(2) Die übrigen Beamten auf Lebenszeit oder auf Zeit gelten mit Ablauf des 8. Mai 1945 als Beamte zur Wiederverwendung.

§ 6

(1) Beamte auf Widerruf (§ 1 Abs. 1 Nr. 1) gelten als mit Ablauf des 8. Mai 1945 durch Widerruf entlassen.

(2) War der Beamte infolge Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, oder infolge einer ohne grobes Verschulden eingetretenen Schädigung im Sinne des § 1 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes dienstunfähig, so gilt er als mit Ablauf des 8. Mai 1945 in den Ruhestand getreten.

§ 7

(1) Ernennungen und Beförderungen, die beamtenrechtlichen Vorschriften widersprechen oder wegen enger Verbindung zum Nationalsozialismus vorgenommen worden sind, bleiben unberücksichtigt. Das gleiche gilt für Verbesserungen des Besoldungsdienstalters und der Ruhegehaltfähigen Dienstzeit.

(2) Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde.

§ 8

Die durch rechtskräftigen Kategorisierungs-(Entnazifizierungs-, Spruchkammer-)Bescheid verfügten Einschränkungen bleiben unberührt.

§ 9

(1) Gegen einen Beamten zur Wiederverwendung, einen Ruhestandsbeamten oder einen früheren Beamten, der vor oder nach dem 8. Mai 1945 ein Dienstvergehen oder eine als Dienstvergehen geltende Handlung begangen hat, wegen deren die Entfernung aus dem Dienst oder der Verlust des Ruhegehalts gerechtfertigt wäre, ist das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Aberkennung der Rechte aus diesem Gesetz nach den Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung einzuleiten und durchzuführen. Gegen einen Beamten zur Wiederverwendung oder einen an der Unterbringung teilnehmenden früheren Beamten kann das Verfahren wegen eines minder schweren Dienstvergehens mit dem Ziel eingeleitet und durchgeführt werden, daß sich die Rechte aus diesem Gesetz nach einem Amt derselben Laufbahn mit geringerem Endgrundgehalt richten oder das Übergangsgehalt gekürzt wird; §§ 7 und 7c Satz 1 der Bundesdisziplinarordnung finden entsprechend Anwendung. Gegen Ruhestandsbeamte und frühere Beamte mit Anspruch auf Versorgung in Höhe des Ruhegehaltes finden die Vorschriften der §§ 4 und 9 der Bundesdisziplinarordnung uneingeschränkt Anwendung.

(2) Die Einleitung und Durchführung des Disziplinarverfahrens regelt der Bundesminister des Innern durch Rechtsverordnung. Er kann die Befugnisse als Einleitungsbehörde und oberste Dienstbehörde im Sinne der Bundesdisziplinarordnung auf andere Behörden übertragen, auf Landesbehörden insoweit, als dies durch Verwaltungsabkommen zugelassen ist.

§ 10

(1) Für Beamte zur Wiederverwendung gelten §§ 48 bis 51, 52 Abs. 2, §§ 53, 54 Satz 3 und § 77 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes und, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, § 30 Abs. 1 und 2 Halbsatz 1 sowie § 34 des Bundesbeamtengesetzes mit der Maßgabe entsprechend, daß die Entlassung durch die oberste Dienstbehörde (§ 60) erfolgt und mit dem Ende des Monats, in dem sie dem Beamten zur Wiederverwendung schriftlich mitgeteilt worden ist, wirksam wird.

(2) Auf die an der Unterbringung teilnehmenden früheren Beamten auf Widerruf finden die in Absatz 1 bezeichneten Vorschriften sinngemäß Anwendung; an die Stelle der Entlassung aus dem Beamtenverhältnis tritt die Entlassung aus der Teilnahme an der Unterbringung, und zwar, soweit Anspruch auf Übergangsgehalt und Versorgung besteht und in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, unter Erlöschen dieses Anspruches.

(3) Für Beamte zur Wiederverwendung, Ruhestandsbeamte und frühere Beamte gelten §§ 61, 62, 70, 71 und 90 des Bundesbeamtengesetzes, für Ruhestandsbeamte und frühere Beamte mit Versorgungsbezügen auch § 77 Abs. 2 des genannten Gesetzes entsprechend.

(4) Beamte zur Wiederverwendung dürfen, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, die ihnen zustehende Amtsbezeichnung mit dem Zusatz

„zur Wiederverwendung (z. Wv.)“ führen, ehemalige Wehrmachtbeamte statt dessen mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“. Für Ruhestandsbeamte und entlassene Beamte gilt § 81 Abs. 3 und 4 des Bundesbeamtengesetzes entsprechend.

2. Unterbringung

a) Unterbringungspflicht

§ 11

(1) Bund, Länder sowie Gemeinden (Gemeindeverbände) mit mehr als dreitausend Einwohnern und sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Bundesgebiet haben die Beamten zur Wiederverwendung sowie die nach § 6 Abs. 1 entlassenen Beamten auf Widerruf, die am 8. Mai 1945 den für ihre Laufbahn vorgeschriebenen oder üblichen Vorbereitungsdienst abgeleistet und die vorgeschriebenen oder üblichen Prüfungen bestanden haben, nach den Vorschriften der §§ 12 bis 28 unterzubringen. Den vorstehend bezeichneten Beamten auf Widerruf stehen solche gleich, die wegen Kriegswehrdienstes ohne die für die planmäßige Anstellung vorgeschriebene Prüfung zu außerplanmäßigen Beamten (K) ernannt worden sind; diesen können von der obersten Dienstbehörde solche gleichgestellt werden, die während des Krieges die Voraussetzungen für die Übernahme als außerplanmäßige Beamte (K) erfüllten, jedoch bis zum 8. Mai 1945 ohne eigenes Verschulden nicht mehr zu außerplanmäßigen Beamten ernannt worden sind. Die Teilnahme der in vorstehendem Satz bezeichneten früheren Widerrufsbeamten an der Unterbringung endet, wenn sie sich der Prüfung nicht in angemessener Zeit unterziehen oder diese endgültig nicht bestehen. An der Unterbringung nehmen ferner die wissenschaftlichen Assistenten an den Hochschulen mit einer mindestens sechsjährigen Assistentendienstzeit bis zum 8. Mai 1945 teil.

(2) Die Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost und die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung haben jeweils die Beamten (Absatz 1) der Bahn, der Post und der unteren und Mittelbehörden der Arbeitsverwaltung in ihrem Geschäftsbereich unterzubringen. Die Unterbringung regeln die Bundesminister für Verkehr, für das Post- und Fernmeldewesen und für Arbeit entsprechend §§ 12 bis 24f jeweils für ihren Geschäftsbereich.

(3) Absatz 1 gilt nicht für Dienstherrn mit weniger als fünf Beamten und Angestellten.

§ 12

(1) Die Aufwendungen für die Beschäftigung der an der Unterbringung teilnehmenden Personen müssen mindestens zwanzig vom Hundert des gesamten Besoldungsaufwandes der Dienstherrn (§ 11) erreichen, im Bereich der Verwaltung des Bundesministers für Verteidigung mindestens fünfundsiebzig vom Hundert. Als Besoldungsaufwand gelten die Ausgaben für Besoldung sowie für Hilfsleistungen durch Beamte und Angestellte.

(2) Die bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes von den verpflichteten Dienstherrn endgültig übernommenen Personen (§ 3 Nr. 1) sind auf den sich

aus Absatz 1 ergebenden Pflichtanteil anzurechnen. Wird ein an der Unterbringung teilnehmender Beamter zur Wiederverwendung oder früherer Beamter auf Widerruf, der gemäß § 20 beschäftigt ist, nach § 10 Abs. 1 oder 2 entlassen, so bleibt er bei diesem Dienstherrn, solange er weiterbeschäftigt wird, anrechenbar.

§ 13

Die Zahl der nach § 3 Nr. 1 und § 11 als Beamte auf Lebenszeit oder auf Zeit oder entsprechend ihrem bisherigen allgemeinen Rechtsstand als Beamte auf Widerruf oder auf Probe in Planstellen untergebrachten Beamten muß mindestens zwanzig vom Hundert der Gesamtzahl der Planstellen jedes Dienstherrn erreichen. Im Bereich der Verwaltung des Bundesministers für Verteidigung müssen im Rechnungsjahr 1957 mindestens siebenzig vom Hundert, im Rechnungsjahr 1958 mindestens fünfzig vom Hundert und im Rechnungsjahr 1959 mindestens vierzig vom Hundert der Gesamtzahl der besetzten Planstellen mit den in Satz 1 erwähnten Beamten besetzt sein. § 12 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 14

(1) Solange im Bereich einer obersten Dienstbehörde der Pflichtanteil des Besoldungsaufwandes (§ 12) nicht erreicht ist, bedarf jede Einstellung einer nicht an der Unterbringung teilnehmenden Person der Zustimmung der Bundesminister des Innern und der Finanzen.

(2) Besetzt ein anderer Dienstherr, der den Pflichtanteil (§ 12) nicht erfüllt, nicht mindestens ein Drittel der im Laufe des Rechnungsjahres außerhalb des Bereichs der Mangelberufe (Satz 2) freiwerdenden oder neugeschaffenen Beamtenplanstellen oder Stellen für Angestellte mit an der Unterbringung teilnehmenden oder auf den Pflichtanteil anrechenbaren Personen, so gilt § 17 Abs. 1. Mangelberufe im Sinne des Satzes 1 sind solche Laufbahnen oder Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes oder Teile von ihnen, für die die Bundesausgleichsstelle (§ 25) allgemein auf Zeit oder Dauer das Fehlen geeigneter Bewerber aus dem Kreis der an der Unterbringung teilnehmenden oder auf die Pflichtanteile anrechenbaren Personen feststellt.

§ 15

(1) Bis zur Erreichung des im § 13 bestimmten Verhältnisses sind freie, freiwerdende oder neu geschaffene Planstellen mit unterzubringenden Beamten zu besetzen. Diese Stellen sind unverzüglich und fortlaufend den für die Unterbringung zuständigen Stellen zu melden.

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Planstellen der Beamten auf Zeit in leitender Stellung (Wahlbeamte) sowie der Beamten des Vollzugsdienstes der Polizei, des Einsatzdienstes der Berufsfeuerwehren und des Zollgrenzschutzes, die nicht der Laufbahn des höheren Dienstes angehören. Diese Planstellen gelten als Planstellen in Mangelberufen im Sinne des § 14 Abs. 2.

§ 16

(1) Ist der Pflichtanteil nach § 13 noch nicht zur Hälfte erfüllt, so darf jede dritte Planstelle, ist er zur Hälfte erfüllt, jede zweite Planstelle anderweitig besetzt werden. Ist der Pflichtanteil zu Dreivierteln erfüllt, so können zwei von drei Planstellen anderweitig besetzt werden.

(2) Planstellen in einer zum Mangelberuf (§ 14 Abs. 2) erklärten Laufbahn bleiben für die Anwendung des Absatzes 1 außer Betracht und dürfen anderweitig besetzt werden.

§ 16 a

(1) Für die Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst mit Schwerbeschädigten bleibt § 31 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 16. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 389) unberührt.

(2) Bei der Berechnung des Gesamtsoldungsaufwandes (§ 12) bleiben die Ausgaben für die Besoldung (Vergütung) von Schwerbeschädigten außer Betracht, die der Dienstherr zur Erfüllung der Pflichtquote für die Beschäftigung Schwerbeschädigter eingestellt hat, es sei denn, daß es sich um Personen handelt, die an der Unterbringung teilnehmen oder auf die Pflichtanteile des § 12 sonst anrechenbar sind.

§ 17

(1) In den Fällen des § 14 Abs. 2 Satz 1 hat der Dienstherr für jede entgegen dieser Vorschrift nicht besetzte Planstelle (Stelle) den Betrag von viertausend Deutsche Mark zu zahlen. Dieser Betrag ist auch in den folgenden Rechnungsjahren zu leisten, bis der in der Unterbringung entstandene Ausfall durch Besetzung einer anderen Planstelle (Stelle) mit einer an der Unterbringung teilnehmenden oder auf den Pflichtanteil (§ 12) anrechenbaren Person ausgeglichen worden oder der Pflichtanteil erfüllt ist.

(2) Bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 15 und 16 ist der Betrag zu zahlen, der für die frei gewordene Planstelle bisher aufgewandt wurde oder bei neu geschaffenen Stellen als durchschnittlicher Besoldungsaufwand vorgesehen ist. Die Zahlungsverpflichtung entsteht mit dem Zeitpunkt der Zuwiderhandlung und entfällt, sobald der Pflichtanteil (§ 13) erreicht ist.

§ 18

Die Beträge nach § 17 sind an den Bund zu leisten und ausschließlich für Zwecke dieses Gesetzes zu verwenden.

§ 18 a

(1) Anderen Dienstherrn (§ 11) als dem Bund kann zur Schaffung künftig umzuwandelnder oder wegfallender Planstellen zwecks endgültiger Unterbringung (§ 19) von Beamten zur Wiederverwendung oder früheren Beamten auf Widerruf, die an der Unterbringung teilnehmen, ein Zuschuß aus Bundesmitteln nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zugesichert werden; diese

Planstellen sind an die Person zu binden. Können Planstellen der nach Satz 1 erforderlichen Art bei dem Dienstherrn nicht ausgebracht werden, so kann in einem solchen Falle der Zuschuß auch bei Verwendung des Beamten in dem nächstniedrigeren, ausnahmsweise auch in einem anderen Amt der früheren oder einer gleichwertigen Laufbahn zugesichert werden, wenn der Dienstherr die Dienstbezüge, die bei entsprechender Wiederverwendung zustehen würden, oder eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Zulage zur Erreichung dieser Dienstbezüge gewährt. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für die Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden (Gemeindeverbände) bis zu dreitausend Einwohnern und Dienstherrn mit weniger als fünf Beamten und Angestellten (§ 11 Abs. 3).

(2) Als Zuschuß zuzusichern ist der Unterschiedsbetrag zwischen den bisherigen Dienstbezügen oder, falls diese geringer waren als die Dienstbezüge aus dem Eingangssamt der für die entsprechende Wiederverwendung maßgebenden Laufbahngruppe, zwischen den letztgenannten Dienstbezügen und den bei entsprechender Wiederverwendung zu gewährenden Dienstbezügen, jedoch nicht über den Betrag des dem Unterbringungsteilnehmer zustehenden Übergangsgehaltes hinaus. Über die Zusicherung des Zuschusses entscheidet der Bundesminister des Innern, soweit er seine Befugnisse nicht der Bundesausgleichsstelle (§ 25) überträgt; die Entscheidung bedarf der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen oder der von ihm ermächtigten Stelle.

(3) Anträge auf Zusicherung eines Zuschusses sind für Unterbringungsteilnehmer, die am 1. April 1957 im öffentlichen Dienst insgesamt länger als drei Jahre nach § 20 wiederverwendet waren, nur bis zum 31. März 1958 zulässig, im übrigen bis zum Ablauf des Rechnungsjahres, in dem der Unterbringungsteilnehmer die vorstehend bezeichnete Dienstzeit abgeleistet hat. Der Zuschuß wird bis zum Ablauf des fünften Rechnungsjahres, in dem er bewilligt worden ist, gewährt; er bleibt für die Anwendung des § 12 außer Ansatz.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für die Gewährung von Zuschüssen durch sonstige nach Kapitel I an Stelle des Bundes zuständige Träger der Versorgungslast (§ 57) entsprechend.

§ 18 b

(1) Im Bundesdienst beschäftigte, an der Unterbringung teilnehmende Beamte zur Wiederverwendung oder frühere Beamte auf Widerruf, die insgesamt länger als drei Jahre, davon mindestens ein Jahr im Bundesdienst nach § 20 wiederverwendet werden, sind endgültig (§ 19) oder entsprechend § 18 a Abs. 1 Satz 2 wiederzuverwenden. Dies gilt nicht, solange ein Disziplinarverfahren schwebt.

(2) Kann eine oberste Bundesbehörde nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen in ihrem Bereich keine freie Planstelle zur entsprechenden Wiederverwendung eines Unterbringungsteilnehmers zur Verfügung stellen, so hat der Bundesminister der Finanzen beim Haushaltsausschuß des Deutschen Bundes-

tages die Umwandlung einer vorhandenen Planstelle in eine Planstelle einer Besoldungsgruppe mit höherem Endgrundgehalt mit dem Zusatz „künftig umzuwandeln in Besoldungsgruppe...“ oder, falls die endgültige Unterbringung auf diese Weise nicht durchführbar ist, die Schaffung einer zusätzlichen Planstelle der erforderlichen Art mit dem Zusatz „künftig wegfallend“ zu beantragen.

b) Art der Unterbringung

§ 19

(1) Die Beamten zur Wiederverwendung sollen entsprechend ihrer früheren Rechtsstellung als Beamte auf Lebenszeit oder auf Zeit in ein gleichwertiges Amt übernommen werden. Ein Amt ist gleichwertig, wenn es am 8. Mai 1945 der gleichen oder einer gleichwertigen Laufbahn und mindestens derselben Besoldungsgruppe der Reichsbesoldungsordnungen A und B oder einer dieser Besoldungsgruppe entsprechenden Besoldungsgruppe anderer Besoldungsordnungen angehört wie das in der früheren Rechtsstellung bekleidete Amt; stand in dem früheren Amt eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Zulage zu, so liegt Gleichwertigkeit nur vor, wenn auch das neue Amt mit einer gleichen Zulage verbunden ist oder seine Endbezüge denen des früheren Amtes einschließlich der damaligen Zulage entsprechen. Dabei gelten die sich aus den §§ 7 und 8 ergebenden Beschränkungen; im übrigen finden §§ 110 und 155 Abs. 3 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes entsprechend Anwendung. Mit der Übernahme endet der Rechtsstand als Beamter zur Wiederverwendung.

(2) Für die an der Unterbringung teilnehmenden früheren Beamten auf Widerruf, die die Voraussetzungen für eine Anstellung auf Lebenszeit noch nicht erfüllen, gilt Absatz 1 Satz 1 und 3 entsprechend.

(3) Endgültig untergebrachte Beamte bleiben bei dem unterbringenden Dienstherrn weiterhin auf die Pflichtanteile nach Maßgabe der §§ 12 und 13 anrechenbar; werden sie nach ihrer endgültigen Unterbringung befördert, so gilt § 16. Scheiden sie bei dem Dienstherrn, der sie erstmalig endgültig untergebracht hat, aus, so können sie anderen Dienstherrn auf die Pflichtanteile nicht angerechnet werden; die Verwaltungsvorschriften können Ausnahmen zulassen.

§ 20

(1) Ist die endgültige Unterbringung (§ 19) vorerst nicht möglich, so sind die an der Unterbringung teilnehmenden Beamten verpflichtet, vorübergehend auch

1. ein Amt mit geringerem Endgrundgehalt in derselben oder einer mindestens gleichwertigen Laufbahn zu übernehmen oder
2. eine nach ihrer Berufsausbildung, ihrem Alter und ihrem Gesundheitszustand zumutbare Beschäftigung als Angestellter oder Arbeiter im öffentlichen Dienst anzunehmen.

(2) Die Beamten zur Wiederverwendung sind ferner verpflichtet, vorübergehend auch als Beamte auf Widerruf (auf Probe oder auf Kündigung) Dienst zu leisten.

(3) Der Dienstherr kann das Dienst- oder Arbeitsverhältnis eines nicht als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit wiederverwendeten Beamten nach Ablauf eines Jahres seit Beginn der Beschäftigung nur noch aus einem von dem Beamten zu vertretenden Grunde lösen. Dies gilt nicht, wenn nach gesetzlicher Vorschrift oder nach Maßgabe des Haushaltsplanes die Aufgaben, für die der Beschäftigte eingestellt worden ist, wegfallen.

§ 20 a

Beamte zur Wiederverwendung und frühere Beamte auf Widerruf mit Anspruch auf Übergangsgeld erhalten aus Anlaß ihrer Übernahme von dem übernehmenden Dienstherrn entsprechend ihrer Rechtsstellung nach diesem Gesetz Umzugskosten und Trennungsentschädigung nach den für Wartestandsbeamte dieses Dienstherrn geltenden Vorschriften und in Ermangelung solcher entsprechend den für die bisherigen Wartestandsbeamten des Bundes geltenden Vorschriften. Der Bund oder sonstige nach Kapitel I zuständige Träger der Versorgungslast (§ 57) erstatten die Hälfte der für die ersten zwölf Monate gezahlten Trennungsentschädigung und die Umzugskosten, wenn der Beamte zur Wiederverwendung oder frühere Beamte als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit (§§ 19, 20 Abs. 1 Nr. 1) oder in eine Beschäftigung nach § 20 Abs. 1 Nr. 2 unwiderruflich übernommen worden ist, oder bei Unterbleiben der Übernahme, falls die für die Unterbringung zuständige Stelle anerkannt hat, daß die Übernahme lediglich aus in der Person des Beamten liegenden Gründen nicht erfolgen konnte.

§ 21

(1) Durch die Verwendung eines Beamten nach § 20 werden seine Rechtsstellung als Beamter zur Wiederverwendung und seine endgültige Unterbringung (§ 19) nicht berührt. Die in § 10 Abs. 4 Satz 1 vorgesehene Amtsbezeichnung führt er im Falle des § 20 Abs. 1 Nr. 1 mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“.

(2) Wird einem nach § 20 Abs. 1 Nr. 2 beschäftigten Beamten eine Verwendung mit Aussicht auf Übernahme als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit angeboten, so gilt dies für ihn als wichtiger Grund zur Lösung seines Arbeitsverhältnisses.

§ 22

Die an der Unterbringung teilnehmenden Beamten haben, solange sie nicht im öffentlichen Dienst verwendet sind, auch eine ihnen angebotene, nach ihrer Berufsausbildung, ihrem Alter und ihrem Gesundheitszustand zumutbare Tätigkeit anderer Art gegen die tarifliche oder übliche Entlohnung auszuüben. § 21 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 22 a

(weggefallen)

§ 23

Die an der Unterbringung teilnehmenden Beamten zur Wiederverwendung und früheren Beamten auf Widerruf sind verpflichtet, den für ihre Unterbringung zuständigen Stellen auf Anforderung alle für die Unterbringung dienlichen Angaben zu machen sowie wesentliche Veränderungen ihrer persönlichen Verhältnisse unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen. Bei Nichterfüllung dieser Verpflichtungen gilt § 24f.

c) Ausscheiden aus der Unterbringung

§ 24

(1) Ein Beamter zur Wiederverwendung, der das fünfzigste Lebensjahr vollendet hat und im öffentlichen Dienst nicht wiederverwendet ist, kann, wenn dienstliche Gründe für seine alsbaldige Wiederverwendung nicht bestehen, auf seinen schriftlichen Antrag durch die oberste Dienstbehörde (§ 60) von der Verpflichtung zur Teilnahme an der Unterbringung befreit werden. Die Befreiung tritt mit Ablauf des Monats ein, in dem sie dem Beamten schriftlich mitgeteilt worden ist. Der Beamte führt die in § 10 Abs. 4 Satz 1 vorgesehene Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“.

(2) Von Beginn des auf die Befreiung (Absatz 1) folgenden Monats an werden bei der Bemessung eines nach § 37 zustehenden Übergangsgehaltes auch die in § 35 Abs. 3 bezeichneten Zeiten berücksichtigt. Vom gleichen Zeitpunkt ab tritt an die Stelle des in § 37 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 bezeichneten anrechnungsfreien Betrages der Betrag von zweihundertfünfzig Deutsche Mark.

§ 24a

(1) Andere als die in § 24 bezeichneten Beamten zur Wiederverwendung, die an der Unterbringung nicht mehr teilnehmen wollen und die Voraussetzungen des § 106 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes erfüllen, können an Stelle der Entlassung mit der Folge des § 34 des Bundesbeamtengesetzes (§ 10 Abs. 1) eine Entlassung mit der Maßgabe des Absatzes 2 beantragen. Dem Antrag soll stattgegeben werden, wenn dienstliche Gründe für eine alsbaldige Wiederverwendung des Beamten nicht bestehen.

(2) Mit der Entlassung endet der Rechtsstand als Beamter zur Wiederverwendung. Bei Dienstunfähigkeit oder nach Vollendung des zweiundsechzigsten Lebensjahres wird dem entlassenen Beamten zur Wiederverwendung ein Unterhaltsbeitrag in Höhe des im Zeitpunkt der Entlassung nach diesem Gesetz zustehenden Ruhegehaltes gewährt; die Hinterbliebenen erhalten einen Unterhaltsbeitrag in Höhe des entsprechenden Witwen- und Waisengeldes.

(3) Für Beamtinnen zur Wiederverwendung gelten auch §§ 152 und 153 des Bundesbeamtengesetzes mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Dienstbezüge das Übergangsgehalt tritt.

§ 24b

(1) Ein an der Unterbringung teilnehmender Beamter zur Wiederverwendung, der im öffentlichen Dienst nicht wiederverwendet ist, hat sich auf schriftliche Aufforderung der obersten Dienstbehörde (§ 60) oder der von ihr ermächtigten Dienststelle innerhalb eines Monats zu erklären, ob er an der Unterbringung weiterhin teilnehmen oder aus ihr ausscheiden will; in der Aufforderung ist auf die in den Absätzen 2 und 3 bezeichneten Folgen einer Erklärung oder des Unterlassens einer solchen hinzuweisen.

(2) Erklärt der Beamte zur Wiederverwendung, an der Unterbringung weiterhin teilnehmen zu wollen, so entfällt die Anwendbarkeit des § 24a und, wenn der Beamte bei Abgabe der Erklärung das fünfzigste Lebensjahr schon vollendet hat, auch des § 24.

(3) Gibt der Beamte zur Wiederverwendung innerhalb der in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Frist nicht die von ihm verlangte Erklärung ab oder erklärt er, aus der Unterbringung ausscheiden zu wollen, und stellt er keinen Antrag nach § 24 oder § 35 Abs. 1 Satz 4, so gilt dies als nicht mehr rücknehmbarer Antrag auf Entlassung nach § 24a Abs. 1 oder, wenn der Beamte die Voraussetzungen des § 106 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes nicht erfüllt, als nicht mehr rücknehmbarer Antrag auf Entlassung mit der Folge des § 34 des Bundesbeamtengesetzes (§ 10 Abs. 1). Eine disziplinarrechtliche Verfolgung nach § 9 bleibt unberührt.

§ 24c

(1) Kommt ein an der Unterbringung teilnehmender Beamter zur Wiederverwendung, der nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, seiner Verpflichtung, eine ihm angebotene entsprechende Wiederverwendung (§ 19) anzunehmen, oder der Aufforderung der für seine Unterbringung zuständigen Dienststellen, sich um ein bestimmtes gleichwertiges Amt (§ 19) zu bewerben, nicht nach, so verliert er die Eigenschaft als Unterbringungsteilnehmer und, wenn er Anspruch auf Übergangsgehalt hat, auch diesen; hat er die in § 24b Abs. 2 bezeichnete Erklärung abgegeben, so verliert er auch eine ihm zustehende Anwartschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Als Ablehnung einer Wiederverwendung oder einer Bewerbung gilt es auch, wenn der Beamte die Dienstleistung innerhalb der ihm gesetzten angemessenen Frist nicht aufnimmt oder die Bewerbung zurückzieht oder die Dienstleistung vor Ablauf eines von ihm verlangten Probendienstes von höchstens einem Jahr aufgibt; der Ablauf der zur Aufnahme der Dienstleistung gesetzten Frist ist während der Dauer einer Erkrankung des Beamten gehemmt. Der Beamte ist von der Verpflichtung nach Satz 1 nur befreit, wenn er während der ihm gesetzten Frist zur Übernahme der Wiederverwendung oder zur Einreichung der Bewerbung oder nach deren Einreichung derart krank ist, daß keine Aussicht auf Wiederherstellung der vollen Dienstfähigkeit

innerhalb dreier Monate seit Erhalt der Aufforderung oder bei späterer Erkrankung seit deren Beginn besteht. § 42 Abs. 1 Satz 3 des Bundesbeamtengesetzes findet Anwendung.

(2) Ist dem Beamten zur Wiederverwendung (Absatz 1 Satz 1) eine Wiederverwendung nach § 20 angeboten oder zur Bewerbung mitgeteilt worden, so gilt Absatz 1 mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Verlustes des Anspruchs auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung (Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 2) die Herabsetzung seines Versorgungsbezuges um ein Fünftel auf die Dauer von fünf Jahren nach Eintritt des Versorgungsfalles tritt.

(3) Die oberste Dienstbehörde (§ 60) stellt den nach den Absätzen 1 oder 2 eingetretenen Verlust fest und teilt dies dem früheren Unterbringungsteilnehmer mit; eine disziplinarrechtliche Verfolgung (§ 9) bleibt unberührt. Die Feststellung gilt in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Halbsatz 2 als Entlassung mit der Folge des § 34 des Bundesbeamtengesetzes (§ 10 Abs. 1) und in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Halbsatz 1 oder des Absatzes 2 als Entlassung nach § 24a Abs. 1.

§ 24d

Nimmt ein nach § 20 beschäftigter Beamter zur Wiederverwendung, der an der Unterbringung teilnimmt, eine ihm angebotene entsprechende Wiederverwendung (§ 19) nicht an oder kommt er der Aufforderung zur Bewerbung um ein den Erfordernissen einer solchen Wiederverwendung entsprechendes Amt nicht nach, so gilt dies als nicht mehr rücknehmbarer Antrag auf Entlassung nach § 24a Abs. 1.

§ 24e

Für die an der Unterbringung teilnehmenden früheren Beamten auf Widerruf (§ 11) gelten §§ 24b bis 24d und, soweit auf diese Personen § 37a Anwendung findet, auch §§ 24 und 24a entsprechend. Bei Anwendung der §§ 24b bis 24d tritt für nicht unter § 37a fallende Personen an die Stelle des Antrages auf Entlassung nach § 24a Abs. 1 der Antrag auf Entlassung nach § 10 Abs. 2.

§ 24f

(1) Kommt ein Unterbringungsteilnehmer den Verpflichtungen nach § 23 schuldhaft nicht nach, so kann ihm von der obersten Dienstbehörde (§ 60) die Teilnahme an der Unterbringung und, wenn er Anspruch auf Übergangsgehalt hat, auch dieser ganz oder teilweise auf Zeit oder Dauer entzogen werden; auf die Pflichtanteile (§§ 12, 13) seines bisherigen Dienstherrn bleibt er für die Dauer der Weiterbeschäftigung anrechenbar. Bei Vorliegen besonderer Verhältnisse können die entzogenen Rechte ganz oder teilweise wieder bewilligt werden. Eine disziplinarrechtliche Verfolgung (§ 9) bleibt unberührt.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn ein an der Unterbringung teilnehmender Beamter zur Wiederverwendung oder früherer Beamter auf Widerruf der Verpflichtung aus § 22 schuldhaft nicht nachkommt oder eine von ihm ausgeübte zumutbare Tätigkeit ohne wichtigen Grund aufgibt.

d) Bundesausgleichsstelle

§ 25

(1) Für die Unterbringung wird eine Bundesausgleichsstelle bei dem Bundesministerium des Innern errichtet.

(2) Alle Behörden haben der Bundesausgleichsstelle unentgeltlich Amtshilfe zu leisten und die der Unterbringung dienlichen Auskünfte zu erteilen.

e) Durchführung

§ 26

Die zuständigen Rechnungsprüfungsbehörden überwachen die Erfüllung der Verpflichtungen aus den §§ 12 bis 17. Sie leiten die Prüfungsergebnisse dem Bundesminister des Innern, den Landesregierungen und den sonst für die Aufsicht zuständigen Behörden zu.

§ 27

(1) Die Landesregierungen oder die von ihnen bestimmten Stellen sind befugt, den ihrer Aufsicht unterstehenden Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts

1. die erforderlichen Anweisungen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus §§ 12 bis 17 zu erteilen,
2. nach Ablauf einer Frist von drei Monaten von der Besetzbarkeit einer Stelle an einen an der Unterbringung teilnehmenden Beamten zuzuweisen,
3. in den Haushalt die erforderlichen Mittel zur Leistung der Beträge nach § 17 einzusetzen.

Die Zuweisung nach Nummer 2 gilt als Ernennung oder Abschluß eines Dienstvertrages.

(2) Die gleichen Rechte stehen der Bundesregierung gegenüber den bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts zu.

§ 28

Die Länder ziehen die Beträge nach § 17 von den Dienstherrn (§ 27 Abs. 1) ein. Ausstehende Beträge kann der Bund bei der Überweisung der nach § 58 Abs. 1 Satz 2 zu erstattenden Beträge verrechnen.

3. Versorgung

§ 29

(1) Für die Versorgung der in §§ 5 und 6 bezeichneten Beamten und ihrer Hinterbliebenen gelten der Abschnitt V sowie §§ 86, 87, 181 Abs. 2, 4 bis 8 und 10, §§ 181 a, 183 Abs. 1, §§ 184 bis 186 und 188 des Bundesbeamtengesetzes, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist; bei der Anwendung des § 110 Abs. 1 Satz 2 und des § 181 a Abs. 1 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes wird den Dienstjahren die Zeit bis zur Vollendung des fünfundsiebzehnten Lebensjahres, jedoch nicht über den Ablauf des 8. Mai 1945 hinaus hinzuge-rechnet. Im Sinne des § 166 des Bundesbeamtengesetzes gelten Unterhaltsbeiträge nach §§ 4b, 24a

Abs. 2, §§ 36, 37 a, 38 Satz 2 sowie §§ 39, 50, 54 Abs. 3, §§ 68, 70, 72 Abs. 12 als Ruhegehalt, Witwen- oder Waisengeld und die Empfänger dieser Unterhaltsbeiträge als Ruhestandsbeamte, Witwen oder Waisen.

(2) Die Vorschriften der §§ 7 und 8 des Abschnittes I der Pensionskürzungsvorschriften vom 6. Oktober 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 546) sind nicht mehr anzuwenden.

(3) Erhöhungen von Versorgungsbezügen auf Grund der Zweiten Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts vom 9. Oktober 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 580), des § 27 a des früheren Einsatzfürsorge- und Versorgungsgesetzes vom 6. Juli 1939 in der Fassung vom 7. Mai 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 286) und der Personenschädenverordnung in der Fassung vom 10. November 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1482) entfallen. An Stelle des § 9 der erstgenannten Verordnung gilt § 112 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes mit der Maßgabe, daß diese Zeit als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs- und Versorgungsrechts gilt. Versorgungsansprüche, die auf Grund der vorbezeichneten Vorschriften erworben sind, bleiben dem Grunde nach gewahrt.

(4) Auf Hinterbliebene, die nach bisherigem Recht nicht versorgungsberechtigt waren oder Versorgungsbezüge nur auf Grund einer Kannbewilligung erhielten, aber bei Anwendung des § 123 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2, des § 125 Abs. 2 und 3, des § 126 oder des § 164 Abs. 3 des Bundesbeamtengesetzes versorgungsberechtigt sein würden, finden die Vorschriften dieses Gesetzes Anwendung. Entsprechendes gilt für Fälle des § 164 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes.

§ 30

(weggefallen)

§ 31

(weggefallen)

§ 32

(1) Als ruhegehaltfähige Dienstbezüge gelten für die versorgungsberechtigten volksdeutschen Vertriebenen (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe d) die entsprechenden Dienstbezüge, die ihnen in ihrem Herkunftsland bei Eintritt des Versorgungsfalles oder am 8. Mai 1945 zugestanden haben, umgerechnet in Deutsche Mark, höchstens jedoch die Bezüge der vergleichbaren Angehörigen des deutschen öffentlichen Dienstes; die Art der Umrechnung regeln die Bundesminister des Innern und der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte durch Rechtsverordnung. Für die Angehörigen der autonomen Verwaltung des ehemaligen Protektorats Böhmen und Mähren (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c) gelten als ruhegehaltfähige Dienstbezüge die entsprechenden Dienstbezüge der vergleichbaren Angehörigen des deutschen öffentlichen Dienstes.

(2) Dem Vergleich ist die dem wahrgenommenen Amt entsprechende Besoldung (Vergütung) unter Berücksichtigung der im öffentlichen Dienst verbrachten Zeiten zugrunde zu legen. Die Bundes-

minister des Innern und der Finanzen können im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Richtlinien darüber erlassen, welche Angehörige des deutschen öffentlichen Dienstes zum Vergleich heranzuziehen sind.

(3) Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungszeiten im Herkunftsland, für die nach Übertritt in den öffentlichen Dienst Prämienreserven (Überweisungsbeträge) an den Dienstherrn abgeführt worden sind, sind zur Hälfte, jedoch in der Regel nicht über zehn Jahre hinaus, als ruhegehaltfähig zu berücksichtigen. Dies gilt auch für die nach der Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete in das Deutsche Reich übernommenen Beamten.

§ 33

(weggefallen)

§ 34

Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bemessen sich bei Gewährung von Unfallfürsorge (§§ 134 bis 151 des Bundesbeamtengesetzes) für einen Verletzten, der bis zum 8. Mai 1945

1. als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit ein aufsteigendes Gehalt bezogen oder als Beamter auf Widerruf sich in einer Planstelle mit aufsteigendem Gehalt befunden hat:

nach der Dienstaltersstufe seiner Besoldungsgruppe, die er bis zur Vollendung des fünf- und sechzigsten Lebensjahres hätte erreichen können,

2. als Beamter auf Widerruf Diäten bezogen hat: nach dem Durchschnittssatz aus Anfangs- und Endgrundgehalt der Eingangsgruppe seiner Laufbahn.

§ 35

(1) Beamte zur Wiederverwendung (§ 5 Abs. 2), die die Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 Nr. 1 erfüllen, treten bei Dienstunfähigkeit oder mit dem Ende des Monats, in dem sie das fünf- und sechzigste Lebensjahr vollenden, in den Ruhestand. Die Dienstunfähigkeit ist von der obersten Dienstbehörde oder der von ihr ermächtigten nachgeordneten Behörde festzustellen. Beamte, bei denen der Versorgungsfall bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eingetreten ist, gelten als von diesem Zeitpunkt ab im Ruhestand befindlich. § 42 Abs. 3 des Bundesbeamtengesetzes findet entsprechend Anwendung; die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde nach Maßgabe des § 47 des genannten Gesetzes.

(2) Beamte zur Wiederverwendung, die die Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 Nr. 1 nicht erfüllen, gelten mit dem Eintritt der Dienstunfähigkeit oder der Vollendung des fünf- und sechzigsten Lebensjahres als entlassen.

(3) In den Fällen des Absatzes 1 ist ruhegehaltfähig auch die Zeit, in der ein Beamter zur Wiederverwendung nach dem 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst als Beamter, Angestellter, Arbeiter oder als Lehrbeauftragter bei einer wissenschaftlichen Hochschule hauptberuflich tätig gewesen ist oder sich in

Kriegsgefangenschaft befunden hat. Auch ohne eine solche Tätigkeit oder eine Kriegsgefangenschaft wird die Zeit zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 31. März 1951 für die Berechnung des Ruhegehaltes als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt. Bei Beamten, die nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind, gilt die Zeit der Kriegsgefangenschaft nach dem 8. Mai 1945 als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs- und Versorgungsrechts, jedoch nicht über die Vollendung des fünfundsiebzehnten Lebensjahres hinaus.

§ 36

(1) Die oberste Dienstbehörde (§ 60) oder die von ihr ermächtigte Dienststelle kann einen Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des nach §§ 29, 32 und 35 Abs. 3 zu gewährenden Ruhegehaltes bewilligen

1. einem nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 entlassenen Beamten auf Lebenszeit oder auf Zeit,
2. einem nach § 6 Abs. 1 entlassenen Beamten auf Widerruf, dem nach § 76 Abs. 3 des Deutschen Beamtengesetzes ein Unterhaltsbeitrag hätte bewilligt werden können,
3. einem nach § 35 Abs. 2 entlassenen Beamten zur Wiederverwendung,
4. einem auf seinen Antrag entlassenen Beamten zur Wiederverwendung, der im Zeitpunkt der Entlassung nicht im öffentlichen Dienst wiederverwendet war, das zweiundsiebzehnte Lebensjahr vollendet hatte, jedoch die Voraussetzung des § 106 des Bundesbeamtengesetzes nicht erfüllte.

(2) §§ 142, 143, 181 a Abs. 4 und 5 des Bundesbeamtengesetzes bleiben unberührt; hierbei stehen die nach § 5 Abs. 1 Nr. 2, § 6 Abs. 1, § 24 a Abs. 1 oder § 35 Abs. 2 entlassenen Beamten den in § 142 des Bundesbeamtengesetzes bezeichneten früheren Beamten gleich.

§ 37

(1) Beamte zur Wiederverwendung, die eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren (§ 106 des Bundesbeamtengesetzes) abgeleistet haben, erhalten bis zum Eintritt in den Ruhestand ein Übergangsgehalt in Höhe des am 8. Mai 1945 erdienten Ruhegehaltes. § 35 Abs. 3 Satz 3 findet Anwendung.

(2) Bei der Anwendung des Abschnittes V des Bundesbeamtengesetzes gilt das Übergangsgehalt als Ruhegehalt. Im Falle der Wiederverwendung im öffentlichen Dienst wird das Einkommen aus dieser Verwendung auf das Übergangsgehalt voll angerechnet. Sonstige Arbeitseinkünfte des Beamten zur Wiederverwendung aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb oder aus selbständiger oder nichtselbständiger Arbeit außerhalb des öffentlichen Dienstes im Sinne des § 2 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 des Einkommensteuergesetzes werden auf das Übergangsgehalt in Höhe von zwei Dritteln angerechnet; mindestens bleibt ein Betrag von zweihundert Deutsche Mark monatlich anrechnungsfrei.

§ 37 a

Einem Beamten auf Widerruf (§ 6 Abs. 1), der sich am 8. Mai 1945 nach Vollendung des siebenundzwanzigsten Lebensjahres sechs Jahre in einer Planstelle befunden hat (§ 30 Abs. 2 des Deutschen Beamtengesetzes), ist, wenn er die in § 11 Abs. 1 Satz 1 dieses Gesetzes und in § 106 des Bundesbeamtengesetzes bezeichneten Voraussetzungen erfüllt, ein Übergangsgehalt (§ 37) und bei Eintritt der Voraussetzungen des § 35 Abs. 1 ein Unterhaltsbeitrag in Höhe des Ruhegehaltes unter entsprechender Anwendung des § 35 Abs. 3 zu gewähren, falls nicht die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit aus in seiner Person liegenden Gründen unterblieben ist; für Polizeivollzugsbeamte gilt dies, wenn sie am 8. Mai 1945 die Voraussetzungen für die Anstellung auf Lebenszeit nach § 13 des Deutschen Polizeibeamtengesetzes vom 24. Juni 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 653) erfüllten. Ist der Beamte nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden, so findet Satz 1 auch Anwendung, wenn er die in § 30 Abs. 2 des Deutschen Beamtengesetzes bezeichnete Dienstzeit nach dem 8. Mai 1945 durch Anrechnung der Zeit der Kriegsgefangenschaft erfüllt.

§ 37 b

(1) Befindet sich ein Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit oder ein Wartestandsbeamter (§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 2, § 2) in Kriegsgefangenschaft oder Gewahrsam einer ausländischen Macht, so werden dessen Ehefrau oder Kindern, wenn sie die Voraussetzungen des § 4 erfüllen und im Falle des Todes des Beamten Witwengeld oder Waisengeld erhalten könnten, die Dienstbezüge ausgezahlt, die dem Beamten am 8. Mai 1945 zugestanden haben und nach diesem Gesetz und § 110 des Bundesbeamtengesetzes der Berechnung seines Ruhegehaltes zu Grunde zu legen wären. Wenn Berechtigte nach Satz 1 nicht vorhanden sind, können die Bezüge an sonstige Personen, die einen gesetzlichen Unterhaltsanspruch gegen den Beamten haben und die Voraussetzungen des § 4 erfüllen, in Höhe ihres Unterhaltsanspruches ausgezahlt werden; sind mehrere Unterhaltsberechtigte vorhanden, und übersteigen ihre Ansprüche die Bezüge nach Satz 1, so werden die einzelnen Beträge anteilmäßig gekürzt.

(2) Nach Heimkehr des Beamten (§ 4 Abs. 1 Nr. 2 a) erhält er für die Dauer von zwölf Monaten nach Ablauf des Monats, in dem er entlassen wird, die in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Dienstbezüge als Übergangsgehalt. Ist der Beamte innerhalb dieses Zeitraumes ohne sein Verschulden nicht untergebracht (§§ 19, 20), so erhält er ein ihm zustehendes Übergangsgehalt (§ 37) bis zur Dauer eines weiteren Jahres in der in Satz 1 bezeichneten Höhe; hat er keinen Anspruch auf Übergangsgehalt, so kann ihm ein Unterhaltsbeitrag bis zur gleichen Höhe und Dauer bewilligt werden. Tritt ein Beamter, der ohne sein Verschulden nicht entsprechend (§ 19) wiederverwendet worden ist, in den Ruhestand, so wird sein Ruhegehalt so bemessen, wie wenn er mit Ablauf der in Satz 2 bezeichneten Frist oder bei

vorherigem Eintritt des Versorgungsfalles mit diesem Zeitpunkt nach einer seit der Entlassung erfolgten entsprechenden Wiederverwendung (§ 19) im Bundesdienst in den Ruhestand getreten wäre.

(3) Für Beamte auf Widerruf mit Dienstbezügen gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

(4) Beamte, die in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetischen Sektor von Berlin aus Gründen in Gewahrsam gehalten werden, die im Bundesgebiet nicht anerkannt werden, können durch die oberste Dienstbehörde solchen Beamten gleichgestellt werden, die sich im Gewahrsam einer ausländischen Macht befinden.

(5) Unterhaltsbeihilfe nach dem Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 262) wird neben den Bezügen (Absatz 1 bis 4) nur insoweit gezahlt, als sie diese übersteigt.

§ 37 c

Hat ein in Kriegsgefangenschaft oder in Gewahrsam befindlicher Beamter (§ 37 b Abs. 1 bis 4) das fünfundschzigste Lebensjahr vollendet, so finden §§ 35, 36 und 37 a mit der Maßgabe Anwendung, daß die ihm nach diesen Vorschriften bei Aufenthalt im Bundesgebiet zu gewährende Versorgung an die Ehefrau und die Kinder gezahlt wird, wenn sie die Voraussetzungen des § 4 erfüllen und im Falle des Todes des Beamten Witwengeld oder Waisengeld oder einen Unterhaltsbeitrag erhalten könnten. § 37 b Abs. 1 Satz 2 und Abs. 5 gelten entsprechend.

§ 37 d

Ist oder wird nach dem 31. März 1951 ein Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit oder ein Wartestandsbeamter (§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 2, § 2) oder ein Beamter auf Widerruf, der die Voraussetzungen des § 37 a erfüllt, in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetischen Sektor von Berlin aus Gründen, die im Bundesgebiet nicht anerkannt werden, in Gewahrsam genommen, so kann seiner Ehefrau oder den Kindern, wenn sie die Voraussetzungen des § 4 erfüllen und im Falle des Todes des Beamten Witwen- oder Waisengeld oder einen Unterhaltsbeitrag nach § 38 Satz 2 erhalten könnten, das Übergangsgeld gezahlt werden, das dem Beamten nach diesem Gesetz zustehen würde. Hat der Beamte das fünfundschzigste Lebensjahr vollendet, so tritt an die Stelle des Übergangsgeldes der dem Beamten bei Heimkehr in das Bundesgebiet zu gewährende Versorgungsbezug. § 37 b Abs. 1 Satz 2 und Abs. 5 gilt entsprechend; § 8 Abs. 3 des Häftlingshilfegesetzes findet Anwendung.

§ 38

Die Witwe und die Kinder eines Beamten zur Wiederverwendung erhalten Witwen- und Waisengeld; § 35 Abs. 3 Satz 3 findet auch dann Anwendung, wenn der Beamte zur Wiederverwendung nach dem 8. Mai 1945 in Kriegsgefangenschaft verstorben ist. Die Witwe und die Kinder eines unter § 37 a fallenden Beamten auf Widerruf erhalten einen Unterhaltsbeitrag in Höhe des Witwen- und

Waisengeldes; dies gilt auch, wenn ein Beamter auf Widerruf nach dem 8. Mai 1945 in Kriegsgefangenschaft verstorben ist und durch Anrechnung der Zeit der Kriegsgefangenschaft die nach § 37 a Satz 1 erforderliche Dienstzeit nach dem 8. Mai 1945 erfüllt.

§ 39

(1) Der Witwe und den Kindern

1. eines Beamten, dem nach § 36 Abs. 1 ein Unterhaltsbeitrag bewilligt war oder hätte bewilligt werden können,
2. eines Beamten auf Widerruf, sofern ihnen wegen Verschollenheit des Beamten ein Unterhaltsbeitrag bewilligt war und bei einer späteren Todeserklärung als Todestag ein Zeitpunkt nach dem 8. Mai 1945 festgestellt worden ist oder wird,
3. eines nach dem 8. Mai 1945 in Kriegsgefangenschaft oder Gewahrsam (§ 37 b Abs. 1 oder 4) verstorbenen Beamten auf Widerruf

kann die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit den Bundesministern des Innern und der Finanzen einen Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe der Hinterbliebenenbezüge auf Zeit oder lebenslänglich bewilligen. Die oberste Dienstbehörde kann die Befugnis, einen auf Zeit bewilligten Unterhaltsbeitrag auf begrenzte Zeit weiterzubewilligen, auf andere Behörden übertragen. § 38 Satz 2 bleibt unberührt.

(2) §§ 146, 147, 181 a Abs. 4 und 5 des Bundesbeamtenengesetzes bleiben unberührt; § 36 Abs. 2 Halbsatz 2 gilt für die Hinterbliebenenversorgung entsprechend.

§ 40

(weggefallen)

§ 41

(weggefallen)

§ 42

(1) Ist oder wird ein Beamter zur Wiederverwendung oder ein an der Unterbringung teilnehmender früherer Beamter auf Widerruf von einem anderen Dienstherrn als dem nach Kapitel I zuständigen Träger der Versorgungslast als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit übernommen, so erstattet der Träger der Versorgungslast bei Eintritt des Versorgungsfalles die auf dem neuen Beamtenverhältnis beruhenden Versorgungsbezüge zu dem Teil, der dem Verhältnis der bis zum 8. Mai 1945 zurückgelegten ruhegehaltfähigen Dienstzeit zu der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit, nach vollen Jahren gerechnet, entspricht; bei der Ermittlung dieses Verhältnisses bleiben Zeiten nach dem 8. Mai 1945, in denen der Beamte bis zum 31. März 1951 nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt war, außer Betracht. Hat der Beamte durch Beförderung ein höheres Amt erlangt, als es nach diesem Gesetz, insbesondere den §§ 7 und 8, sowie nach § 110 des Bundesbeamtenengesetzes bei der Bemessung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge zu berücksichtigen wäre, so trägt der neue Dienstherr vorweg zwanzig vom Hundert der Versorgungsbezüge. Der Übernahme

als Beamter auf Lebenszeit steht die Übernahme als dienstordnungsmäßiger Angestellter mit Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen bei einem Sozialversicherungsträger gleich; Entsprechendes gilt für andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und für Verbände von Gebietskörperschaften, die keine Dienstherrnfähigkeit besitzen.

(2) Ist oder wird ein Beamter zur Wiederverwendung oder ein an der Unterbringung teilnehmender früherer Beamter auf Widerruf von anderen Dienstherrn (§ 11) als dem nach Kapitel I zuständigen Träger der Versorgungslast verwendet, ohne aus dieser Verwendung einen Versorgungsanspruch zu erlangen, so sind die unter Berücksichtigung des § 35 Abs. 3 und des § 73 Abs. 2 zu gewährenden Versorgungsbezüge nach dem Verhältnis der bis zum 8. Mai 1945 zurückgelegten ruhegehaltfähigen Dienstzeit und der während der Wiederverwendung zurückgelegten ruhegehaltfähigen Dienstzeit, nach vollen Jahren gerechnet, vom Bund oder von sonstigen Trägern der Versorgungslast nach Kapitel I dieses Gesetzes und von den neuen Dienstherrn anteilig zu tragen.

(3) Soweit Beamtenruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge aus Versorgungskassen gezahlt oder erstattet werden, steht der dem Bund oder sonstigem Träger der Versorgungslast nach Absatz 1 zur Last fallende Anteil den Kassen zu.

(4) Bestimmungen der Satzungen der Versorgungskassen, nach denen Beamte über ein bestimmtes Lebensalter hinaus der Kasse nicht zugeführt werden können oder nach denen für solche Beamte höhere Sätze zu zahlen oder Nachzahlungen zu entrichten sind, finden keine Anwendung.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten auch für die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes endgültig übernommenen Beamten (§ 3 Nr. 1).

4. Kapitalabfindung

§ 43

(1) Einem Beamten zur Wiederverwendung oder Ruhestandsbeamten oder früheren Beamten mit Anspruch auf Übergangsgehalt oder lebenslänglichen Unterhaltsbeitrag kann zur Beschaffung einer Wohnstätte an Stelle eines Teiles des Übergangsgehaltes, Ruhegehaltes oder Unterhaltsbeitrages von der obersten Dienstbehörde (§ 60) eine Kapitalabfindung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bewilligt werden. Die oberste Dienstbehörde kann ihre Befugnisse auf andere Behörden übertragen.

(2) Die Bewilligung soll in der Regel nur erfolgen, wenn der Antragsteller das fünfundsünfzigste Lebensjahr nicht überschritten hat.

(3) Der zu kapitalisierende Teil des Übergangsgehaltes, Ruhegehaltes oder Unterhaltsbeitrages, an dessen Stelle die Abfindungssumme tritt, darf die Hälfte des zur Zeit der Kapitalisierung zahlbaren jährlichen Übergangsgehaltes, Ruhegehaltes oder Unterhaltsbeitrages und eintausend Deutsche Mark nicht übersteigen. Kinderzuschläge dürfen nicht kapitalisiert werden. Im übrigen müssen dem Be-

zugsberechtigten eintausendzweihundert Deutsche Mark jährlich von dem Übergangsgehalt, Ruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag verbleiben.

(4) Als Abfindung wird das Zehnfache des nach Absatz 3 festgesetzten Jahresbetrages gewährt; zur Auszahlung gelangt das Neunfache.

(5) Der Anspruch auf den Teil des Übergangsgehaltes, Ruhegehaltes oder Unterhaltsbeitrages, an dessen Stelle die Abfindungssumme tritt, erlischt für die Dauer von zehn Jahren seit Ablauf des Monats, in dem die Auszahlung erfolgt ist.

§ 44

(1) Die bestimmungsgemäße Verwendung der Kapitalabfindung ist durch die Form der Auszahlung und in der Regel durch Maßnahmen zur Verhinderung alsbaldiger Weiterveräußerung des Grundstückes oder des an ihm bestehenden Rechtes zu sichern. Zu diesem Zweck kann insbesondere angeordnet werden, daß das mit der Kapitalabfindung erworbene Grundstück innerhalb einer Frist von fünf Jahren nur mit Genehmigung der obersten Dienstbehörde veräußert oder belastet werden darf. Diese Anordnung wird mit der Eintragung in das Grundbuch wirksam. Die Eintragung erfolgt auf Ersuchen der zuständigen obersten Dienstbehörde.

(2) Die Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei der Durchführung der in Absatz 1 bezeichneten Maßnahmen sind kosten- und stempelfrei. Dies gilt nicht für die den Notaren zustehenden Gebühren und Auslagen.

§ 45

(1) Die Abfindungssumme ist insoweit zurückzahlen, als

1. sie nicht bis zu dem von der obersten Dienstbehörde festgesetzten Zeitpunkt bestimmungsgemäß verwendet worden ist, oder
2. der Anspruch auf Übergangsgehalt, Ruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag vor Ablauf der in § 43 Abs. 5 bezeichneten Frist aus anderen Gründen als durch Tod des Berechtigten entfällt, oder
3. ohne die Kapitalabfindung auch der durch sie ersetzte Teil des Übergangsgehaltes, Ruhegehaltes oder Unterhaltsbeitrages ganz oder teilweise ruhen würde.

(2) Bei Wiederverwendung im öffentlichen Dienst ist die Tilgung durch Einbehaltung der Dienstbezüge in Höhe der kapitalisierten Monatsbeträge des Übergangsgehaltes, Ruhegehaltes oder Unterhaltsbeitrages zu bewirken; die einbehaltenen Beträge sind an die für die Zahlung des Übergangsgehaltes, Ruhegehaltes oder Unterhaltsbeitrages zuständige Kasse abzuführen. Im übrigen kann die oberste Dienstbehörde Teilzahlungen zulassen.

§ 46

Die Bundesminister des Innern und der Finanzen erlassen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Richtlinien für die Durchführung der §§ 43 bis 45.

ABSCHNITT III

Wartestandsbeamte

§ 47

Auf Wartestandsbeamte (§ 1 Abs. 1 Nr. 2) sind die Vorschriften des Abschnittes II entsprechend anzuwenden.

ABSCHNITT IV

Ruhestandsbeamte,
sonstige Versorgungsempfänger
und Hinterbliebene

§ 48

(1) Ruhestandsbeamte (§ 1 Abs. 1 Nr. 2) erhalten Versorgungsbezüge nach Maßgabe der §§ 7, 8, 29, 32, 34 und 43 bis 46; § 106 des Bundesbeamtengesetzes findet keine Anwendung. Befindet sich ein Ruhestandsbeamter in Kriegsgefangenschaft oder Gewahrsam (§ 37b Abs. 1 oder 4), so gilt § 37c entsprechend.

(2) Der Ehefrau und den Kindern eines Ruhestandsbeamten, der nach dem 31. März 1951 in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetischen Sektor von Berlin aus Gründen, die im Bundesgebiet nicht anerkannt werden, in Gewahrsam genommen worden ist, kann, wenn sie die Voraussetzungen des § 4 erfüllen und im Falle des Todes des Beamten Witwen- und Waisengeld oder einen Unterhaltsbeitrag erhalten könnten, die Versorgung gezahlt werden, die dem Beamten nach diesem Gesetz zustehen würde. § 37d Satz 3 gilt sinngemäß.

§ 49

Die versorgungsberechtigten Hinterbliebenen von Beamten, Wartestandsbeamten und Ruhestandsbeamten (§ 1 Abs. 1 Nr. 2, 5) erhalten Hinterbliebenenbezüge nach Maßgabe der §§ 7, 8, 29, 32 und 34.

§ 50

Unterhaltsbeiträge, auf die am 8. Mai 1945 ein gesetzlicher Anspruch bestand, sind mit den sich aus §§ 7, 8, 29, 32 und 34 ergebenden Beschränkungen weiterzugewähren. Sonstige Unterhaltsbeiträge, die am 8. Mai 1945 bewilligt waren, können mit den gleichen Beschränkungen von der obersten Dienstbehörde weiterbewilligt werden.

§ 51

(1) Volksdeutsche Umsiedler (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 des Bundesvertriebenengesetzes), denen als Angehörigen des öffentlichen Dienstes ihres Herkunftslandes am 8. Mai 1945 aus Reichsmitteln Unterstützungen gewährt wurden oder im Versorgungsfalle hätten gewährt werden können, sowie ihre Hinterbliebenen erhalten Versorgung auf der Grundlage der für diese Unterstützungen erlassenen Vorschriften. Auf volksdeutsche Umsiedler (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 des Bundesvertriebenengesetzes), für die Vorschriften nicht erlassen waren, finden die für die Umsiedler aus den baltischen Staaten erlassenen Vorschriften (Satz 1) entsprechend Anwendung.

(2) Die Ausführung dieser Vorschrift regeln die Bundesminister des Innern und der Finanzen in Einvernehmen mit dem Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

ABSCHNITT V

Angestellte und Arbeiter

§ 52

(1) Auf Angestellte (§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 2, § 2), die am 8. Mai 1945 einen vertraglichen Anspruch auf Vergütung und Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften hatten, in den gesetzlichen Rentenversicherungen versicherungsfrei und nur noch aus wichtigem Grunde kündbar waren, finden die Vorschriften der Abschnitte II und IV entsprechend Anwendung. § 115 Abs. 2 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes ist auch für Dienstzeiten nach dem Erwerb der Versorgungsanwartschaft anzuwenden.

(2) Für sonstige Angestellte und Arbeiter (§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 2, § 2), die am 8. Mai 1945 einen vertraglichen Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder auf Ruhelohn hatten oder bei ihrem Dienstherrn oder seinem Rechtsvorgänger vor dem 1. April 1938 unter der Geltung einer Versorgungsregelung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen mindestens sechs Jahre im Dienst gestanden haben, sowie auf ihre Hinterbliebenen finden die Vorschriften der Abschnitte II und IV mit der Maßgabe der Absätze 3 und 4 entsprechende Anwendung. Ein Anspruch im Sinne des Satzes 1 liegt vor, wenn durch Dienstordnung, Ruhelohnordnung, Satzung, Statut oder Vertrag für den Fall der Arbeitsunfähigkeit oder des Erreichens einer Altersgrenze eine vom Dienstherrn zu gewährende lebenslängliche Versorgung und Hinterbliebenenversorgung auf der Grundlage des Arbeitsentgelts und der Dauer der Dienstzeit zugesichert und durch Erfüllung der in der Versorgungsregelung vorgesehenen Voraussetzungen eine Anwartschaft auf die Versorgung erworben worden ist. Satz 2 gilt auch, wenn ein Rechtsanspruch auf die Versorgung nicht eingeräumt oder die Widerruflichkeit vorbehalten war, der Dienstherr jedoch von diesen Einschränkungen außer in Fällen disziplinarähnlicher Art in langjähriger Übung keinen Gebrauch gemacht hat. Die in einer Versorgungsregelung vorgesehene Anrechnung von Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen schließt das Vorliegen eines Anspruchs im Sinne des Satzes 2 nicht aus.

(3) Für die Anwendung der Abschnitte II und IV stehen Angestellte und Arbeiter (Absatz 2), die am 8. Mai 1945 bei ihrem Dienstherrn und seinem Rechtsvorgänger mindestens zehn Jahre ohne von ihnen zu vertretende Unterbrechung im Dienst gestanden haben oder zu diesem Zeitpunkt nur noch aus wichtigem Grunde kündbar waren, den Beamten auf Lebenszeit, die übrigen den Beamten auf Widerruf (§ 6) gleich; § 37a Satz 2 und § 38 Satz 2 Halbsatz 2 gelten für die Erfüllung der zehnjährigen Dienstzeit entsprechend. Der Ernennung (§ 7) und der Berufung in das Beamtenverhältnis (§ 106 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes) entspricht die Begründung eines Arbeitsverhältnisses, mit der die

in Absatz 2 Satz 2 bezeichnete Anwartschaft verliehen wurde oder in dem eine solche nach Erfüllung der dafür vorgesehenen Voraussetzungen erworben werden konnte. Der Anstellung (§ 110 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes) entspricht die Begründung eines Arbeitsverhältnisses unter Zusage einer Anwartschaft auf Versorgung oder bei schon bestehendem Arbeitsverhältnis die besondere Verleihung dieser Anwartschaft oder ihr Erwerb durch Erfüllung der in der Versorgungsregelung vorgesehenen Voraussetzungen; ihr entspricht auch die Erfüllung der in Satz 1 bezeichneten zehnjährigen Dienstzeit. Es entsprechen

die Vergütungsgruppen X und IX der Tarifordnung A oder einer entsprechenden Vergütungsgruppe anderer Tarifordnungen sowie die Lohngruppen der Arbeiter

der Beamtenlaufbahngruppe des einfachen Dienstes,

die Vergütungsgruppen VIII und VII der Tarifordnung A oder einer entsprechenden Vergütungsgruppe anderer Tarifordnungen

der Beamtenlaufbahngruppe des mittleren Dienstes,

die Vergütungsgruppen VI a, b bis IV der Tarifordnung A oder einer entsprechenden Vergütungsgruppe anderer Tarifordnungen

der Beamtenlaufbahngruppe des gehobenen Dienstes,

die Vergütungsgruppen III bis I der Tarifordnung A oder einer entsprechenden Vergütungsgruppe anderer Tarifordnungen sowie übertarifliche Vergütungen im Sinne der Allgemeinen Tarifordnung vom 10. Mai 1938

der Beamtenlaufbahngruppe des höheren Dienstes.

Der Beförderung (§ 110 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes) entspricht bei Angestellten der Aufstieg in eine höhere Vergütungsgruppe oder die Einstellung in einer höheren Vergütungsgruppe als der in den vorstehenden Zusammenstellungen jeweils erstgenannten Vergütungsgruppe (Eingangsgruppe). Die Dienstzeit nach dem Erwerb der Anwartschaft (Absatz 2 Satz 2) oder nach Erfüllung der in Satz 1 bezeichneten zehnjährigen Dienstzeit entspricht einer Dienstzeit nach § 111 des Bundesbeamtengesetzes, die Dienstzeit vor Erwerb der Anwartschaft und die in Satz 1 bezeichnete zehnjährige Dienstzeit einer solchen nach § 115 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes. Die für die Beamten festgesetzten Mindestversorgungsbezüge und die Höchstgrenzen nach § 158 Abs. 2, 4 und § 160 Abs. 2, 3 des Bundesbeamtengesetzes gelten.

(4) Auf die nach Absatz 2 zu gewährende Versorgung sind Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen zu dem Teil anzurechnen, der dem Anteil der für die Bemessung der Versorgungsbezüge berücksichtigten Versicherungsjahre an der Gesamtzahl der für die Renten angerechneten Versicherungsjahre entspricht. Bei der Ermittlung der für die Bemessung der Versorgungsbezüge berücksichtigten Versicherungsjahre bleiben die nur mit freiwilligen Beiträgen belegten Zeiten außer Betracht, es sei

denn, daß der Dienstherr durch eine für das Arbeitsverhältnis maßgebende Regelung verpflichtet war, während dieser Zeiten Zuschüsse in Höhe von mindestens der Hälfte der Beiträge zu leisten. Entsprechendes gilt für eine neben der gesetzlichen Rentenversicherung bestehende Zusatzversicherung für Angehörige des öffentlichen Dienstes. Steigerungsbeträge aus Beiträgen der Höhrversicherung werden angerechnet, soweit sie für Zeiten gewährt werden, die bei der Bemessung der Versorgungsbezüge berücksichtigt sind und nicht auf eigenen Beiträgen beruhen. Unfallrenten werden auf die Versorgung insoweit angerechnet, als für den gleichen Unfall entsprechende Versorgung nach dem für Beamte geltenden Recht gewährt wird.

(5) Die weitere Ausführung der entsprechenden Anwendung der in Absatz 1 bis 4 bezeichneten Vorschriften und der Rentenanrechnung können die Bundesminister des Innern und der Finanzen durch Rechtsverordnung regeln.

§ 52 a

(1) Angestellte und Arbeiter (§ 1 Abs. 1 Nr. 1, § 2), die am 8. Mai 1945 nach den für sie geltenden Vorschriften eine Dienstzeit von mindestens fünf und zwanzig Jahren erreicht hatten und dienstfähig sind, nehmen an der Unterbringung teil; ist der Angestellte oder Arbeiter nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden, so findet Halbsatz 1 auch Anwendung, wenn er die dort bezeichnete Dienstzeit nach dem 8. Mai 1945 durch Anrechnung der Zeit der Kriegsgefangenschaft erfüllt. Abschnitt II Unterabschnitt 2 und §§ 7 bis 9 gelten entsprechend. Für die Anwendung des § 20 a treten an die Stelle der dort bezeichneten Vorschriften die entsprechenden Vorschriften für Angestellte und Arbeiter. Die Angestellten und Arbeiter zur Wiederverwendung erhalten Übergangsbezüge entsprechend § 37; dabei tritt an die Stelle des Ruhegehaltes die Hälfte des ungekürzten Arbeitseinkommens (Vergütung oder Lohn). Hat ein Angestellter oder Arbeiter, der im öffentlichen Dienst nicht wiederverwendet ist, das fünfzigste Lebensjahr vollendet, so findet § 24 Abs. 1 und 2 Satz 2 mit der Maßgabe entsprechend Anwendung, daß für die Bemessung der Übergangsbezüge (Satz 4) an die Stelle der Hälfte sechzig vom Hundert des ungekürzten Arbeitseinkommens treten; nach Vollendung des zweiundsechzigsten Lebensjahres entfällt die Anwendung des § 37 Abs. 2 Satz 3. § 37 b Abs. 1, 2 Satz 1 und 2, Abs. 4 und 5 sowie § 37 d dieses Gesetzes und §§ 48 bis 51 und 159 des Bundesbeamtengesetzes gelten sinngemäß.

(2) Den in Absatz 1 bezeichneten Angestellten oder Arbeitern stehen solche gleich, die am 8. Mai 1945 nur noch aus wichtigem Grunde entlassen werden konnten, nach dem für sie geltenden Recht eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren erreicht hatten und dienstfähig sind. Absatz 1 Satz 4 und 5 findet jedoch mit der Maßgabe Anwendung, daß nach zehnjähriger Dienstzeit zwanzig vom Hundert des ungekürzten Arbeitseinkommens und für jedes weitere Dienstjahr außerdem je zwei vom Hundert bis zur Erreichung von fünfzig vom Hundert zu-

grunde gelegt werden und in den Fällen des Absatzes 1 Satz 5 Halbsatz 1 eine weitere Erhöhung um zehn vom Hundert eintritt.

(3) Der Rechtsstand als Angestellter oder Arbeiter zur Wiederverwendung endet mit der endgültigen Unterbringung oder mit der Vollendung des fünfundsiebzigsten Lebensjahres, ferner mit dem Eintritt der Dienstunfähigkeit oder der Erlangung des Altersruhegeldes oder der Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit. Wird die Dienstfähigkeit wiedererlangt oder fällt eine auf Zeit gewährte Rente (§ 35 des Angestelltenversicherungsgesetzes, § 1286 der Reichsversicherungsordnung oder § 72 des Reichsknappschaftsgesetzes) weg, so lebt der Rechtsstand zur Wiederverwendung wieder auf.

§ 52 b

(1) Das Arbeitsverhältnis der übrigen, nicht unter §§ 52 und 52 a fallenden Angestellten und Arbeiter (§ 1 Abs. 1 Nr. 1, § 2) gilt als mit dem 8. Mai 1945 beendet.

(2) Soweit die in Absatz 1 bezeichneten Personen am 8. Mai 1945 nach den für sie geltenden Vorschriften eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren ohne erheblichere Unterbrechung abgeleistet hatten, werden sie einem Dienstherrn (§ 11), der sie als Beamter, Angestellter oder Arbeiter übernommen hat oder übernimmt, auf die Pflichtanteile (§§ 12, 13) angerechnet. Ist eine mindestens zwanzigjährige Dienstzeit (Satz 1) abgeleistet worden, so werden Übergangsbezüge in entsprechender Anwendung des § 52 a Abs. 1 Satz 4 bis 6 und Abs. 3 gewährt, wobei an die Stelle der Hälfte vierzig vom Hundert des ungekürzten Arbeitseinkommens (§ 52 a Abs. 1 Satz 4) und an die Stelle des in § 52 a Abs. 1 Satz 5 bezeichneten Hundertsatzes fünfzig vom Hundert treten. Ist der Angestellte oder Arbeiter nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden, so finden die Sätze 1 und 2 auch Anwendung, wenn er die dort bezeichneten Dienstzeiten nach dem 8. Mai 1945 durch Anrechnung der Zeit der Kriegsgefangenschaft erfüllt. §§ 7, 8 und 19 gelten sinngemäß; eine Anrechnung auf den Pflichtanteil des § 13 setzt die Übernahme als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit voraus. §§ 48 bis 51 des Bundesbeamtengesetzes gelten entsprechend.

(3) Bei der Errichtung neuer Dienststellen, in denen Angestellte und Arbeiter beschäftigt werden, sollen die in Absatz 2 bezeichneten Angestellten und Arbeiter unbeschadet der Vorschriften über die Unterbringung (§§ 12 bis 18), über die Beschäftigung Schwerbeschädigter und über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer bevorzugt eingestellt werden.

ABSCHNITT VI

Berufssoldaten

§ 53

(1) Für die Berufssoldaten der früheren Wehrmacht, die vor dem 8. Mai 1935 erstmals berufsmäßig in den Wehrdienst eingetreten oder in ein Beamtenverhältnis oder in den Dienst der früheren Landespolizei berufen worden sind oder nach dem

1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind, und für ihre Hinterbliebenen gelten die Vorschriften des Abschnittes II Unterabschnitte 1, 3 und 4 sowie des Abschnittes IV entsprechend; § 110 des Bundesbeamtengesetzes findet Anwendung mit der Maßgabe, daß Beförderungen wegen urkundlich erwiesener persönlicher Tapferkeit vor dem Feinde stets zu berücksichtigen sind. Dabei sind

1. die Berufsoffiziere mit einer Dienstzeit von zehn oder mehr Jahren und die Berufsunteroffiziere mit einer Dienstzeit von achtzehn oder mehr Jahren wie Beamte auf Lebenszeit,
2. die Berufsoffiziere mit einer Dienstzeit von weniger als zehn Jahren und die Berufsunteroffiziere mit einer Dienstzeit von weniger als achtzehn Jahren wie Beamte auf Widerruf

zu behandeln; bei Berufssoldaten, die nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind, wird die Zeit der Kriegsgefangenschaft nach dem 8. Mai 1945 auf die in Halbsatz 1 bezeichnete Dienstzeit angerechnet. Bei Berufssoldaten der Reichswehr und der neuen Wehrmacht, die mit lebenslänglicher Dienstzeitversorgung entlassen und als Soldaten des Beurlaubtenstandes in der neuen Wehrmacht wiederverwendet worden sind, gilt die Zeit der Wiederverwendung als Dienstzeit im Sinne des Satzes 2 und des § 29 Abs. 3 Satz 2; erlangte Beförderungen werden nach Maßgabe des § 110 des Bundesbeamtengesetzes berücksichtigt. Berufsunteroffiziere, die während des Krieges zum Offizier befördert worden sind, werden, auch wenn sie nicht auf unbegrenzte Dienstzeit übernommen worden sind, als Berufsoffiziere behandelt, es sei denn, daß sie vorher oder später in ein Wehrmachtbeamtenverhältnis berufen worden sind. Dienstunfähigkeit ist bei einer dauernden Minderung der Erwerbsfähigkeit um wenigstens zwei Drittel anzunehmen. Berufsoffiziere mit einer Dienstzeit von zehn oder mehr Jahren, die von einem Dienstherrn (§ 11) als Beamte, Angestellte oder Arbeiter übernommen worden sind oder übernommen werden, sind auf den Pflichtanteil (§§ 12, 13) anzurechnen; im übrigen gelten §§ 19 bis 22, 24 bis 24 e und 24 f Abs. 2 entsprechend, und zwar auch hinsichtlich einer Wiederverwendung als Beamter und unter entsprechender Anwendung der §§ 18 a und 18 b.

(2) Berufssoldaten, die die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 nicht erfüllen, aber bis zum Ablauf des 8. Mai 1945 mit lebenslänglicher Dienstzeitversorgung entlassen worden sind oder infolge einer bis zu diesem Zeitpunkt erlittenen Dienstbeschädigung dienstunfähig geworden waren und dadurch einen Anspruch auf lebenslängliche Dienstzeitversorgung erlangt hatten, erhalten Versorgung nach Maßgabe der Absätze 1 und 3 bis 7. Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen solcher Berufssoldaten und die am 8. Mai 1945 versorgungsberechtigten Hinterbliebenen von Berufssoldaten. Das Dienstverhältnis der übrigen Berufssoldaten, die am 8. Mai 1945 noch im Dienst waren und die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 nicht erfüllen,

gilt als mit Ablauf des 8. Mai 1945 beendet; §§ 37 b und 37 c gelten jedoch auch für sie entsprechend. Auf Hinterbliebene eines nach dem 8. Mai 1945 in Kriegsgefangenschaft verstorbenen Berufssoldaten, der nicht die Voraussetzungen des Satzes 1 oder des Absatzes 1 Satz 1 Halbsatz 1 erfüllt, findet, wenn durch Anrechnung der Zeit der Kriegsgefangenschaft die nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 erforderliche Dienstzeit oder bei Berufsunteroffizieren eine Dienstzeit von mindestens zwölf, aber nicht achtzehn Dienstjahren nach dem 8. Mai 1945 erfüllt ist, in den erstgenannten Fällen § 38 Satz 1, in den letztgenannten Fällen § 38 Satz 2, im übrigen § 39 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 entsprechend Anwendung.

(3) Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bemessen sich nach den Besoldungsordnungen A und B. Die Einreihung in diese Besoldungsordnungen ist nach Maßgabe der als Anlage B beigefügten Tabelle vorzunehmen.

(4) Die Festsetzung des Besoldungsdienstalters in den Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A bestimmt sich nach den für Beamte geltenden Vorschriften des Reichsbesoldungsgesetzes.

(5) Berufssoldaten dürfen den ihnen zustehenden Dienstgrad mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“ führen.

(6) Zur früheren Wehrmacht gehören sowohl die Wehrmacht im Sinne des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 609) wie auch die alte Wehrmacht (Heer, Marine, Schutztruppe) und die Reichswehr. An ihre Stelle tritt bei volksdeutschen Vertriebenen und Umsiedlern die Wehrmacht des Herkunftslandes.

(7) Die Ausführung des Absatzes 4 sowie die Ausführung des nach Absatz 1 Satz 1 entsprechend anzuwendenden § 110 des Bundesbeamtengesetzes regeln die Bundesminister des Innern und der Finanzen durch Rechtsverordnung.

§ 54

(1) Berufsoffiziere des Truppendienstes und ähnlicher Dienstgattungen werden so behandelt, wie wenn sie in ihrer letzten Stellung als Wehrmachtbeamte verblieben wären.

(2) Berufsunteroffiziere, die am 8. Mai 1945 oder nach § 53 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 eine Dienstzeit von mindestens zwölf Jahren abgeleistet hatten, nehmen an der Unterbringung teil. Abschnitt II Unterabschnitt 2 findet entsprechend Anwendung, § 11 mit der Maßgabe, daß auch die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Unterbringung verpflichtet sind. Entsprechende Unterbringung (§ 19) liegt auch vor, wenn die Übernahme als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit in der Eingangsgruppe einer Laufbahn erfolgt, für die der Berufsunteroffizier die Vorbildung gemäß der Verordnung über die Vorbildung und die Laufbahnen der deutschen Beamten vom 28. Februar 1939 in der Bundesfassung vom 24. Januar 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 87) im Zeitpunkt der Übernahme besitzt. Wird nach zurückgelegtem Vorbereitungs-(Probe-)dienst die für die Laufbahn erforderliche Fachprüfung auch nach Wiederholung

nicht bestanden, so gilt die Übernahme als Beamter auf Lebenszeit in der nächstniedrigeren Laufbahn als entsprechende Wiederverwendung. Die Anrechnung auf den Pflichtanteil des § 13 setzt die Übernahme als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit voraus.

(3) Den an der Unterbringung teilnehmenden Berufsunteroffizieren, die am 8. Mai 1945 oder nach § 53 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 noch nicht achtzehn Dienstjahre abgeleistet hatten, ist ein Übergangsgelalt (§ 37) und bei Eintritt der Voraussetzungen des § 35 Abs. 1 ein Unterhaltsbeitrag in Höhe des Ruhegehaltes unter entsprechender Anwendung des § 35 Abs. 3 zu gewähren; im übrigen finden die für die unter § 37 a fallenden früheren Beamten auf Widerruf geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung. Für die Hinterbliebenen gilt § 38 Satz 2 entsprechend.

(4) Berufsunteroffiziere, die am 8. Mai 1945 eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren, aber noch nicht von zwölf Jahren abgeleistet hatten, sind, wenn sie von einem Dienstherrn (§ 11) als Beamte, Angestellte oder Arbeiter übernommen worden sind oder werden, auf den Pflichtanteil des § 12 und, wenn sie als Beamte auf Lebenszeit oder auf Zeit übernommen worden sind oder werden, auch auf den Pflichtanteil des § 13 anzurechnen. § 52 b Abs. 2 Satz 3, 5 und Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 54 a

(1) Auf Personen, die am 8. Mai 1945 Militäranwärter waren, finden die Vorschriften über die Beamten auf Lebenszeit und ihre Hinterbliebenen entsprechend Anwendung.

(2) Die Vorschriften des § 54 Abs. 2 finden entsprechend Anwendung.

§ 54 b

Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere, deren Dienstverhältnis nach § 53 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 1 als beendet gilt, sind als Angestellte oder Arbeiter im Sinne der §§ 52, 52 a oder 52 b zu behandeln, wenn sie bis zu ihrem berufsmäßigen Eintritt in den Wehrdienst Angestellte oder Arbeiter im öffentlichen Dienst waren und bei Verbleiben in diesem Arbeitsverhältnis am 8. Mai 1945 die Voraussetzungen der bezeichneten Vorschriften erfüllt hätten. Als Arbeitseinkommen im Sinne der §§ 52 a und 52 b Abs. 2 gilt das am 8. Mai 1945 bezogene Dienst-einkommen, soweit es nach diesem Gesetz und nach § 110 des Bundesbeamtengesetzes der Berechnung eines Ruhegehaltes zugrunde zu legen wäre.

ABSCHNITT VII

Berufsmäßige Angehörige des früheren Reichsarbeitsdienstes

§ 55

(1) Für die berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes, die vor dem 8. Mai 1935 erstmals berufsmäßig in den Wehrdienst eingetreten oder in ein Beamtenverhältnis oder in den Dienst der früheren Landespolizei berufen oder

nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind, und für ihre Hinterbliebenen gelten die Vorschriften der §§ 53 bis 54a entsprechend; ihnen stehen die planmäßigen Führer des Reichsarbeitsdienstes gleich, die nach der achtzehnten Änderung des Besoldungsgesetzes vom 29. März 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 461) die Rechte und die Pflichten der Reichsbeamten besaßen. Für die übrigen berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes gelten § 53 Abs. 2 und § 54b entsprechend. Dabei sind

1. die mittleren und höheren Reichsarbeitsdienstführer wie Berufsoffiziere,
2. die unteren Reichsarbeitsdienstführer wie Berufsunteroffiziere

zu behandeln.

(2) Die Einreihung in die Besoldungsordnungen A und B ist nach Maßgabe der Anlage C vorzunehmen.

ABSCHNITT VIII

Beihilfen und Unterstützungen

§ 56

(1) Beihilfen und Unterstützungen können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach den von den Bundesministern des Innern und der Finanzen zu erlassenden Richtlinien gewährt werden.

(2) Bei der Bewilligung von Unterstützungen kann nach Maßgabe der Richtlinien (Absatz 1) bestimmt werden, daß sie ergänzend zu sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln gewährt werden und daher auf diese Leistungen nicht anzurechnen sind.

(3) Personen, die am 8. Mai 1945 ihr Amt oder ihren Arbeitsplatz bei einer Dienststelle des Reiches oder des früheren Landes Preußen oder der Reichshauptstadt Berlin in Berlin hatten oder von einer in Berlin gelegenen Kasse des Reiches oder des früheren Landes Preußen oder der Reichshauptstadt Berlin Versorgungsbezüge erhielten, können nach den von den Bundesministern des Innern und der Finanzen zu erlassenden Richtlinien Unterstützungen gewährt werden, wenn sie am 1. Januar 1955 in Berlin oder seinen Randgebieten ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hatten und nach diesem Gesetz Versorgungsansprüche nicht geltend machen können.

ABSCHNITT IX

Zahlungspflicht; Verfahren

§ 57

Die nach Kapitel I zu leistenden Zahlungen fallen dem Bund zur Last, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

§ 58

(1) Für die Angehörigen der Bahn, der Post und der unteren und Mittelbehörden der Arbeitsverwaltung sowie ihre Hinterbliebenen werden die Zahlungen von der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aus eigenen Mitteln geleistet; Entsprechendes gilt für die

Zahlungen an Angehörige sonstiger früherer Reichsverwaltungen, deren Aufgaben bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes von Dienststellen bundeseigener Verwaltungen übernommen worden sind. Im übrigen zahlen, abgesehen von den Fällen des § 60 Abs. 1 Satz 4, in denen der Bund zuständig ist, die Länder für Rechnung des Bundes; sind mehrere versorgungsberechtigte Hinterbliebene vorhanden, so erfolgen die Zahlungen an alle durch das Land, in dem die jüngste im Bundesgebiet wohnhafte anspruchsberechtigte Person (Witwe, Waise, schuldlos geschiedene Ehefrau) ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat.

(2) Zahlungen werden nur auf Antrag gewährt, und zwar von dem Ersten des Monats ab, in dem der Antrag gestellt worden ist; Anträge, die innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gestellt werden, gelten als in diesem Zeitpunkt gestellt.

(3) Eines Antrages bedarf es nicht, wenn der Berechtigte bereits auf Grund der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Bestimmungen Vorschüsse auf Versorgungsbezüge, Zuwendungen, Unterhaltsbeträge oder ähnliche Zahlungen erhalten hat.

§ 59

(1) Wechselt ein Anspruchsberechtigter, und zwar in Fällen des § 58 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 der für die Zahlungszuständigkeit maßgebende Anspruchsberechtigte seinen Wohnsitz innerhalb des Bundesgebietes, so übernimmt die zuständige Stelle des Landes, in das er umzieht, die Weiterzahlung der Bezüge. Die Zahlung durch das Land des früheren Wohnsitzes darf erst eingestellt werden, wenn das Land des neuen Wohnsitzes die Übernahme des Versorgungsfalles bestätigt hat.

(2) Ein gegen das bisher für die Zahlung zuständige Land als Drittschuldner ergangener Pfändungs-(Überweisungs-)beschluß bleibt auch gegenüber dem Land des neuen Wohnsitzes mit der Maßgabe wirksam, daß dieses von dem in Absatz 1 Satz 2 bezeichneten Zeitpunkt ab als Drittschuldner eintritt.

§ 59a

(1) Klagen wegen vermögensrechtlicher Ansprüche sind, soweit der Bund Träger der Versorgungslast ist, die Zahlungen jedoch gemäß § 58 Abs. 1 Satz 2 durch die Länder geleistet werden, gegen das Land zu erheben, das gemäß § 59 für die Zahlung zuständig ist; die Rechtskraft des Urteils erstreckt sich auf den Bund und nach Klageerhebung gemäß § 59 für die Zahlung zuständig werdende Länder.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten.

§ 60

(1) Oberste Dienstbehörde im Sinne des Kapitels I ist

- a) für die Angehörigen der Bahn der Vorstand der Deutschen Bundesbahn (§ 20 Abs. 3 Satz 1 des Bundesbahngesetzes vom 13. Dezember 1951 — Bundesgesetzbl. I. S. 955 —),

- b) für die Angehörigen der unteren und Mittelbehörden der Arbeitsverwaltung der Vorstand der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (§ 25 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 10. März 1952 — Bundesgesetzbl. I S. 123 —),
- c) für die Angehörigen der sonstigen früheren Reichsverwaltungen, deren Aufgaben bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes von Dienststellen bundeseigener Verwaltungen übernommen worden sind, die entsprechende oberste Dienstbehörde.

Im übrigen ist oberste Dienstbehörde, und zwar bis zu einer nach § 61 Abs. 3 erfolgenden Regelung auch für die unter § 61 fallenden Personen, die zuständige oberste Landesbehörde; sind mehrere versorgungsberechtigte Hinterbliebene vorhanden, so ist für alle die oberste Landesbehörde des Landes zuständig, in dem die jüngste im Bundesgebiet wohnhafte anspruchsberechtigte Person (Witwe, Waise, schuldlos geschiedene Ehefrau) ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat. Bei Wohnsitzwechsel, und zwar im Falle des Satzes 2 Halbsatz 2 der für die Zuständigkeit maßgebenden Person, tritt die oberste Dienstbehörde des Landes, in das der Wohnsitz verlegt worden ist, an die Stelle der bisher zuständigen obersten Dienstbehörde; hinsichtlich der Fortsetzung von Zahlungen bleibt § 59 Abs. 1 Satz 2 unberührt. Ist eine oberste Dienstbehörde nicht vorhanden, so ist der Bundesminister des Innern zuständig; er kann seine Befugnisse auf andere Dienststellen übertragen.

(2) Die oberste Dienstbehörde bestimmt den Dienstvorgesetzten, der an die Stelle des letzten, vor dem 8. Mai 1945 zuständigen Dienstvorgesetzten tritt.

ABSCHNITT X

Sondervorschriften für Angehörige von Nichtgebietskörperschaften und öffentlich-rechtlichen Verbänden von Gebietskörperschaften

§ 61

(1) Zur Unterbringung und Versorgung von Angehörigen der in § 2 bezeichneten Nichtgebietskörperschaften und Verbände sind die entsprechenden Einrichtungen im Bundesgebiet verpflichtet; zum Ausgleich sind diese von der Verpflichtung nach § 11 ganz oder teilweise zu befreien. Für die Höhe der Bezüge gelten die allgemeinen Angleichungsvorschriften des Bundes.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Angehörige von Gebietskörperschaften, die am 8. Mai 1945 bei Nichtgebietskörperschaften oder öffentlich-rechtlichen Verbänden von Gebietskörperschaften der in § 2 bezeichneten Art beschäftigt waren.

(3) Die Ausführung regelt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf; in ihr kann auch Bestimmung darüber getroffen werden, inwieweit die Beschäfti-

gung bei einer entsprechenden Einrichtung, die keine Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts ist, einer Dienstleistung im öffentlichen Dienst gleich zu behandeln ist. Die Rechtsverordnung trifft insbesondere auch die Feststellung, welche Einrichtungen im Bundesgebiet den in § 2 bezeichneten Nichtgebietskörperschaften, Verbänden und Einrichtungen entsprechen. In der Rechtsverordnung können die Bundesminister des Innern und der Finanzen ermächtigt werden, erst später ermittelte Einrichtungen und Verbände der in § 2 aufgeführten Art oder entsprechende Einrichtungen (Absatz 1) durch eine von ihnen zu erlassende Rechtsverordnung ergänzend einzubeziehen oder später aufgelöste entsprechende Einrichtungen zu streichen.

(4) Bis zum Inkrafttreten der Rechtsverordnung nach Absatz 3 Satz 1, längstens bis zum 31. Dezember 1959, übernimmt der Bund die vorschußweise Zahlung der Bezüge sowie von Beihilfen und Unterstützungen. Falls nach der von den Bundesministern des Innern und der Finanzen getroffenen Feststellung entsprechende Einrichtungen nicht in Betracht kommen, verbleibt es bei der in §§ 11, 52, 52a, 52b, 56, 57 und 60 Abs. 1 Satz 2 getroffenen Regelung; die Feststellung ist im Bundesanzeiger bekanntzugeben.

KAPITEL II

Sonstige Angehörige des öffentlichen Dienstes

§ 62

(1) Die Vorschriften des Kapitels I § 3 Satz 1 Nr. 3a, Abschnitt II (ausschließlich der §§ 12 bis 18a, 25 bis 28, 42 bis 46), III bis V, VIII bis IX finden entsprechende Anwendung

1. auf Beamte, Angestellte und Arbeiter der Bahn und Post, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, wenn sie

a) ihr Amt oder ihren Arbeitsplatz bei Dienststellen dieser Verwaltungen im Bundesgebiet aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen verloren haben und noch nicht entsprechend ihrer früheren Rechtsstellung wiederverwendet sind, oder

b) vor Inkrafttreten dieses Gesetzes das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet haben oder dienstunfähig geworden sind und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen keine oder keine entsprechende Versorgung erhalten,

2. auf versorgungsberechtigte Personen der Bahn und der Post, die am 8. Mai 1945 Versorgungsbezüge aus einer Kasse im Bundesgebiet erhielten und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen keine oder keine entsprechende Versorgung mehr erhalten.

Beamte, Angestellte oder Arbeiter, die aus Kriegsgefangenschaft, Gewahrsam einer ausländischen Macht oder dem in § 37b Abs. 4 bezeichneten Gewahrsam heimkehren, werden, sofern sie nicht aus

anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen von ihrem Amt oder Arbeitsplatz entfernt worden sind, vorbehaltlich der sich aus §§ 7 und 8 ergebenden Einschränkungen vom Tage der Heimkehr ab so behandelt, wie wenn sie nicht aus dem Dienst ausgeschieden wären; eine Nachzahlung von Bezügen findet nicht statt.

(2) Das gleiche gilt für die Angehörigen anderer früherer Reichsverwaltungen, deren Aufgaben von Dienststellen bundeseigener Verwaltungen oder der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übernommen worden sind.

(3) Zu den in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Personen gehören nicht die von ihrem Amt oder Arbeitsplatz entfernten Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die weder der NSDAP noch ihren Gliederungen angehört haben und durch rechtskräftigen Kategorisierungs- (Entnazifizierungs-, Spruchkammer-)Bescheid im Sinne der zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften als nicht betroffen erklärt worden sind. Sie werden vom Inkrafttreten dieses Gesetzes ab so behandelt, wie wenn sie aus ihrem Dienst nicht ausgeschieden wären; eine Nachzahlung von Bezügen findet nicht statt.

(4) Ist oder wird ein unter die Absätze 1 oder 2 fallender Beamter zur Wiederverwendung oder früherer Beamter auf Widerruf (§ 6 Abs. 1), der die Voraussetzung des § 11 Abs. 1 erfüllt, von einem anderen als dem zuständigen Dienstherrn übernommen, so gelten im Verhältnis der Dienstherrn zueinander §§ 18 a und 42 entsprechend.

§ 63

(1) Die Vorschriften des § 3 Satz 1 Nr. 3 a und 4, der §§ 5 bis 10, 11 Abs. 1, der §§ 19 bis 24 f, 35 bis 39, 47 bis 50, 52 bis 52 b und 62 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 und 4 dieses Gesetzes sowie der §§ 106 und 110 des Bundesbeamtengesetzes finden entsprechend Anwendung

1. auf Beamte, Angestellte und Arbeiter der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Bundesgebiet, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, wenn sie
 - a) ihr Amt oder ihren Arbeitsplatz aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen verloren haben und noch nicht entsprechend ihrer früheren Rechtsstellung wiederverwendet sind oder
 - b) vor Inkrafttreten dieses Gesetzes das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet haben oder dienstunfähig geworden sind und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen keine oder keine entsprechende Versorgung erhalten,
2. auf versorgungsberechtigte Personen, die am 8. Mai 1945 Versorgungsbezüge aus Kassen der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände oder sonstigen Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen

Rechts im Bundesgebiet erhielten und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen keine oder keine entsprechende Versorgung mehr erhalten.

Soweit in den vorstehend bezeichneten Vorschriften auf nicht für anwendbar erklärte Vorschriften dieses Gesetzes, des Bundesbeamtengesetzes oder der Bundesdisziplinarordnung verwiesen ist, tritt an ihre Stelle das entsprechende Landesrecht. Die Unterbringung und Versorgung obliegt dem Dienstherrn, und zwar auch Gemeinden (Gemeindeverbänden) bis zu dreitausend Einwohnern; die in Satz 1 Nr. 1 bezeichneten Personen nehmen an der in Kapitel I geregelten Unterbringung nicht teil.

(2) Das gleiche gilt für die Angehörigen der früheren Reichsverwaltungen, deren Aufgaben von anderen Dienststellen als denen bundeseigener Verwaltungen oder der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übernommen worden sind.

(3) Durch Landesgesetz können ergänzende Vorschriften, insbesondere auch über die Verteilung der Lasten zwischen Dienstherrn und Versorgungskassen, erlassen werden. Rechtsvorschriften, die von den Ländern nach dem 8. Mai 1945 erlassen sind oder werden und eine günstigere Regelung enthalten, bleiben unberührt. Für einzelne Beamte, Angestellte oder Arbeiter getroffene günstigere Maßnahmen bleiben in Geltung.

KAPITEL III

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 64

(1) Bei

1. den Ruhestandsbeamten der Bahn und der Post, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand getreten sind (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, § 6 Abs. 2, § 35 Abs. 1 Satz 3, § 48),
2. den versorgungsberechtigten Berufssoldaten der früheren Wehrmacht, deren Versorgungsbezüge nicht nach Maßgabe der Besoldungsordnung C errechnet sind,
3. den in § 184 Abs. 1 Satz 3 des Deutschen Beamtengesetzes oder den entsprechenden Vorschriften für die angegliederten Gebiete bezeichneten versorgungsberechtigten und den vor dem 1. Juli 1940 in den Ruhestand getretenen Angehörigen der autonomen Verwaltung des ehemaligen Protektorats Böhmen und Mähren (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c, Nr. 2)

verbleibt es — vorbehaltlich der sich aus §§ 7, 8, 29 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2, Abs. 2 und 3, § 35 Abs. 3 und § 65 dieses Gesetzes sowie §§ 110, 156 Abs. 1 und § 181 a des Bundesbeamtengesetzes ergebenden Abweichungen — bei der bisherigen Bemessungsgrundlage (ruhegehaltfähige Dienstbezüge, Ruhegehaltsätze); für die in Halbsatz 1 Nr. 2 bezeichneten Personen gilt § 53 Abs. 1 Satz 3 entsprechend. Bei versorgungsberechtigten früheren Berufssoldaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Wehrmacht, die in der Tschecho-

slowakei nicht ihrem österreich-ungarischen Dienstgrad entsprechend versorgt worden sind, ist der Versorgung der österreich-ungarische Dienstgrad mit den sich aus diesem Gesetz ergebenden Maßgaben zugrunde zu legen. Das Ruhegehalt beträgt jedoch höchstens fünfundsiebzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge. Für die bei Einführung des Deutschen Beamtengesetzes im Land Österreich oder in den sudetendeutschen Gebieten bereits vorhandenen Versorgungsberechtigten und die in Nummer 3 bezeichneten Versorgungsberechtigten der autonomen Verwaltung des ehemaligen Protektorats Böhmen und Mähren gilt der — für die erstgenannten Personen nach dem Verhältnis von einem Schilling gleich sechsundsechzigzweidrittel Deutsche Pfennig, für die übrigen Personen nach dem Verhältnis von einer Krone gleich zwölf Deutsche Pfennig umgerechnete — volle Ruhegehalt als Höchstbetragsatz; zu den gewährten laufenden Zuwendungen, bei den Versorgungsberechtigten des ehemaligen Protektorats Böhmen und Mähren auch zu den Ausgleichszulagen, kann zur Angleichung an die Versorgungsbezüge eines vergleichbaren Angehörigen des deutschen öffentlichen Dienstes ein Zuschlag nach den von den Bundesministern des Innern und der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte zu erlassenden Richtlinien gewährt werden. Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen; § 129 des Bundesbeamtengesetzes findet Anwendung, sofern der Versorgungsfall seit dem 1. Juli 1937 eingetreten ist.

(2) Abschnitt II der Zweiten Verordnung zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen vom 20. Oktober 1948 (WiGBl. S. 111) und die Dritte Verordnung zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen vom 16. März 1949 (WiGBl. S. 24) sind mit Wirkung vom 1. April 1953 nicht mehr anzuwenden.

(3) Bei Empfängern von Versorgungsbezügen, die auf der Grundlage früherer Renten nach dem Kapitulantenversorgungsgesetz vom 27. September 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1222) bemessen werden, gilt der in § 158 Abs. 4 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes bezeichnete Betrag als Höchstgrenze im Sinne des § 158 Abs. 2 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes; fünfundsiebzig vom Hundert dieses Betrages gelten als Höchstgrenze im Sinne des § 160 Abs. 2 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes und sechzig vom Hundert des Betrages als Höchstgrenze im Sinne des § 160 Abs. 2 Nr. 3 Buchstabe a des genannten Gesetzes. Zu den auf der Grundlage des in Satz 1 bezeichneten Gesetzes bemessenen Versorgungsbezügen können zur Anpassung an die in § 181 a des Bundesbeamtengesetzes getroffene Regelung nach den von den Bundesministern des Innern und der Finanzen zu erlassenden Richtlinien Zuschläge gewährt werden.

§ 65

(1) Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge für

1. die früheren Polizeivollzugsbeamten, soweit sie in Untergruppen (Fußnoten) der Besoldungsordnung A eingereicht waren, und

2. die früheren Beamten des Ingenieurkorps der Luftwaffe (Besoldungsordnung JL) werden entsprechend der als Anlage D beigefügten Tabelle nach den Besoldungsordnungen A und B bemessen.

(2) Die Ausführungen regeln die Bundesminister des Innern und der Finanzen durch Rechtsverordnung.

§ 66

(1) Soweit Berufssoldaten der früheren Wehrmacht wegen einer während der Dienstzeit entstandenen, nicht auf Dienstbeschädigung beruhenden Gesundheitsstörung oder den Hinterbliebenen von Berufssoldaten, deren Tod nicht infolge einer Dienstbeschädigung, aber während der Zugehörigkeit zur Wehrmacht oder während der Zeit des Bezuges von Übergangsgebührrnissen eingetreten ist, am 8. Mai 1945 auf Grund der früheren Militärversorgungsgesetz Versorgungsbezüge nach Maßgabe der Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes bewilligt waren, erhalten sie die in §§ 29 bis 33, 36, 37, 39 bis 42, 45 bis 47 und 53 des Bundesversorgungsgesetzes vorgesehene Versorgung. Die Bezüge für das Sterbevierteljahr (§ 37) sind voll, das Bestattungsgeld (§§ 36, 53) in Höhe von einhundertzwanzig Deutsche Mark, die übrigen Bezüge zu zwei Dritteln zu zahlen.

(2) Trifft eine Gesundheitsstörung (Absatz 1) mit einer Schädigung im Sinne des § 1 des Bundesversorgungsgesetzes zusammen, so ist eine einheitliche Rente festzusetzen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Angehörige des Vollzugsdienstes der Polizei und des früheren Reichswasserschutzes sowie für ihre Hinterbliebenen (§ 1 Abs. 1 Nr. 2, 5).

§ 66 a

(1) Beamte der früheren Schutzpolizei der Länder und des früheren Reichswasserschutzes, die auf Grund des Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder vom 17. Juli 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 597) und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Landesgesetze oder des Gesetzes über die Versorgung der Polizeibeamten beim Reichswasserschutz vom 26. Februar 1926 (Reichsgesetzbl. I S. 149) wegen der Folgen einer Polizeidienstbeschädigung Versorgung nach Maßgabe der Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes erhalten haben, erhalten die in dem Bundesversorgungsgesetz vorgesehene Versorgung. Die Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten auch ihre Hinterbliebenen, wenn der Tod die Folge einer anerkannten Polizeidienstbeschädigung ist. § 66 gilt entsprechend.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für frühere Angehörige der Landespolizei und ihre Hinterbliebenen.

(3) Die Ausführungen regeln die Bundesminister des Innern und der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit.

§ 67

(1) Beamte, Angestellte und Arbeiter, Berufssoldaten, berufsmäßige Angehörige des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie Militär- und sonstige Versorgungswärter, die

1. an eine Dienststelle der früheren Geheimen Staatspolizei,
2. zur früheren Waffen-SS

von Amts wegen versetzt worden waren und dort bis zum 8. Mai 1945 im Dienst geblieben oder in den Ruhestand getreten sind, werden hinsichtlich ihres Rechtsstandes so behandelt, wie wenn sie bis zu diesem Zeitpunkt noch in ihrer früheren Stellung verblieben und aus ihr nach diesem Gesetz in den Ruhestand getreten, zur Wiederverwendung gestellt oder entlassen worden wären; als Versetzung von Amts wegen gilt auch die Zuweisung eines Militär- oder Versorgungsanwärters durch die dafür zuständigen Behörden. Die Dienstzeit bei den in Satz 1 genannten Stellen ist nur in Ausnahmefällen ruhegehaltfähig und nach § 110 des Bundesbeamtengesetzes anrechenbar, wenn ihre Anrechnung nach dem beruflichen Werdegang, der Tätigkeit und der persönlichen Haltung des Beamten gerechtfertigt erscheint; das gleiche gilt für Beförderungen, und zwar insoweit, als sie auch in der Laufbahn, der die frühere Stellung (Satz 1) zugehörte, erlangt worden wären. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde; sie kann dabei einem früheren Beamten auf Widerruf oder einer ihm nach diesem Gesetz gleichgestellten Person den nach der Versetzung erlangten Rechtsstand als Beamter auf Lebenszeit für die Anwendung des Satzes 1 zuerkennen.

(2) Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen der in Absatz 1 bezeichneten Personen, auch wenn der Versorgungsfall bereits vor dem 8. Mai 1945 eingetreten ist.

§ 68

(1) Personen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes nach den in den Ländern geltenden Vorschriften Zahlungen auf Versorgungsbezüge erhalten haben, ohne daß die Voraussetzung des Stichtages in § 53 Abs. 1 Satz 1 oder § 55 Abs. 1 Satz 1 erfüllt ist, soll von der obersten Dienstbehörde im Einvernehmen mit den Bundesministern des Innern und der Finanzen ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe der nach diesem Gesetz zu gewährenden Versorgungsbezüge bewilligt werden. Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen.

(2) Absatz 1 gilt auch, und zwar ohne die Voraussetzung des Erhalts von Bezügen nach landesrechtlichen Vorschriften für Personen, auf die §§ 53 oder 55 keine Anwendung finden, weil sie weder den dort bezeichneten Stichtag erfüllen noch nach dem 1. September 1953 aus Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind und auch nicht am 8. Mai 1945 versorgungsberechtigt waren (§ 53 Abs. 2, § 55 Abs. 1 Satz 2), wenn sie bereits im ersten Weltkrieg (1. August 1914 bis 31. Dezember 1918) Soldaten waren.

§ 69

Soweit der Eintritt in den Ruhestand vor Inkrafttreten dieses Gesetzes (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, § 6 Abs. 2, § 35 Abs. 1 Satz 3) Dienstunfähigkeit voraussetzt, ist deren Vorliegen durch amtsärztliche oder versorgungsärztliche Untersuchung festzustellen, falls nicht ein zweifelsfreier Nachweis bereits erbracht ist.

§ 70

(1) Beamten auf Widerruf mit Dienstbezügen, die die Voraussetzungen des § 11 Abs. 1 erfüllen und am 8. Mai 1945 eine Dienstzeit (§ 106 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes) von fünfundzwanzig Jahren abgeleistet hatten, wird ein Übergangsgehalt entsprechend § 37 gewährt; § 52a Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend. Nach Eintritt der Dienstunfähigkeit oder Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres oder bei Entlassung aus der Teilnahme an der Unterbringung (§ 10 Abs. 2) nach Vollendung des zweiundsechzigsten Lebensjahres kann ein Unterhaltsbeitrag in Höhe des Ruhegehaltes, das der Bemessung des Übergangsgehaltes zugrunde gelegt ist, gewährt werden; § 24 Abs. 1 und 2 Satz 2 findet entsprechend Anwendung.

(2) Auf Beamte auf Widerruf, die am 8. Mai 1945 nach der Diätenordnung für außerplanmäßige Professoren, Dozenten, wissenschaftliche Assistenten sowie die den letzteren gleichgestellten Beamten bei den wissenschaftlichen Hochschulen besoldet wurden, findet Absatz 1 nach einer Dienstzeit (§ 106 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes) von mindestens zwölf Jahren Anwendung.

(3) §§ 37a bis 37d, § 38 Satz 2 und § 39 bleiben unberührt, § 48 Abs. 2 gilt sinngemäß. Der Witwe und den Kindern eines Beamten auf Widerruf, dem Übergangsgehalt zustand (Absatz 1 Satz 1) oder nach Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2 ein Unterhaltsbeitrag bewilligt war oder hätte bewilligt werden können, kann ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe der Hinterbliebenenbezüge bewilligt werden.

§ 70a

(1) Zum Personenkreis der §§ 1 oder 2 gehörende Lehrer an deutschen Auslandsschulen können, falls sie die Voraussetzungen des § 4 nicht erfüllen, durch das Auswärtige Amt im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern den in § 4 Abs. 1 Nr. 1 bezeichneten Personen gleichgestellt werden. Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen.

(2) Auf die Tätigkeit der in Absatz 1 bezeichneten Lehrer an deutschen Auslandsschulen findet § 111 Abs. 1 Nr. 5 des Bundesbeamtengesetzes entsprechend Anwendung; ist die Tätigkeit vor dem 1. September 1953 beendet worden, so kann die Berücksichtigung nachträglich zugestanden werden.

§ 71

Auf den in § 12 bezeichneten Pflichtanteil sind Personen anzurechnen, die eine Nichtgebietskörperschaft in Weiterführung von Aufgaben aufgelöster entsprechender Einrichtungen innerhalb oder außerhalb des Bundesgebietes übernommen hat oder bis zum 31. Dezember 1954 übernimmt.

§ 71a

Dienstfähige Inhaber von Zivilversorgungs- und Polizeiversorgungsscheinen, die aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen bis zum 8. Mai 1945 noch nicht in Planstellen des öffentlichen Dienstes mit Anwartschaft auf Ruhegehalt angestellt waren,

werden einem Dienstherrn, der sie als Beamte, Angestellte oder Arbeiter übernommen hat oder übernimmt, auf den Pflichtanteil (§§ 12, 13) angerechnet. Die Anrechnung auf den Pflichtanteil des § 13 setzt die Übernahme als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit voraus. § 52b Abs. 2 Satz 5 und Abs. 3 gelten auch hier.

§ 71 b

(1) Den in § 52b Abs. 2 bezeichneten Angestellten und Arbeitern soll auf Antrag ein Entlassungsgeld gewährt werden, wenn sie unverschuldet seit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses bis zum 1. September 1953 keine entsprechende Beschäftigung innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes gefunden hatten oder eine solche aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen nicht länger als insgesamt ein Jahr ausüben konnten; entsprechende Beschäftigung ist eine solche, die ein dem letzten früheren Arbeitseinkommen gleichwertiges Einkommen gewährt. Das Entlassungsgeld beträgt einhundertfünfzig Deutsche Mark und erhöht sich nach einer Dienstzeit von zehn Jahren (§ 52b Abs. 2) für je zwei weitere volle Jahre um fünfzig Deutsche Mark. Entsprechendes gilt für Angestellte und Arbeiter, bei denen die in § 52a Abs. 3 Satz 1 bezeichneten Umstände bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes eingetreten waren und noch vorliegen.

(2) Für die Angestellten und Arbeiter aus dem Personenkreis der §§ 62 und 63, die die Voraussetzungen des § 52b Abs. 2 erfüllen, sowie die in § 54 Abs. 4 bezeichneten Berufsunteroffiziere gilt Absatz 1 entsprechend.

§ 71 c

Der Einstellung von Personen, die nach diesem Gesetz auf die Pflichtanteile (§§ 12, 13) anrechenbar sind (§ 52b Abs. 2, § 53 Abs. 1 Satz 6, § 54 Abs. 4, §§ 54b, 55, 71 und 71a) und das fünfundsechzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, stehen Vorschriften, nach denen ein Höchstalter bei der Einstellung nicht überschritten sein darf, nicht entgegen.

§ 71 d

(1) Frühere Beamte auf Widerruf (§ 6 Abs. 1), die am 8. Mai 1945 im Vorbereitungsdienst für eine Beamtenlaufbahn standen, sollen, vorbehaltlich der §§ 7, 8, auf ihren Antrag in dem Land ihres Wohnsitzes zur Fortsetzung des noch abzuleistenden Vorbereitungsdienstes und nach Maßgabe der Vorschriften dieses Landes zu der für ihre Laufbahn vorgeschriebenen Prüfung zugelassen werden; der Bund erstattet dem Dienstherrn fünfzig vom Hundert der von diesem gezahlten Unterhaltszuschüsse oder Diäten. Für solche Beamte, die bei Reichsverwaltungen, deren Aufgaben von Dienststellen des Bundes oder bundesunmittelbarer Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts übernommen worden sind, im Vorbereitungsdienst standen, gilt Satz 1 Halbsatz 1 entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Landes die entsprechende Bundesverwaltung oder bundesunmittelbare Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffent-

lichen Rechts tritt. Das Vorstehende gilt nicht, wenn der Vorbereitungsdienst bereits fortgesetzt worden ist und die Prüfungen endgültig nicht bestanden worden sind oder der Beamte aus sonstigen in seiner Person liegenden Gründen aus ihm entlassen wurde. An der Unterbringung nimmt er nicht teil. Sofern der Dienstherr nicht eine andere Bestimmung trifft, endet das Dienstverhältnis mit der Ablegung oder dem endgültigen Nichtbestehen der Prüfung.

(2) Absatz 1 gilt sinngemäß auch für die in § 11 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten früheren außerplanmäßigen Beamten auf Widerruf; ihre Teilnahme an der Unterbringung bleibt jedoch unberührt.

(3) Die Absätze 1 (ausgenommen Satz 1 Halbsatz 2) und 2 gelten für die unter §§ 62 oder 63 fallenden früheren Beamten auf Widerruf entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Wohnsitzlandes der nach diesen Vorschriften zuständige Dienstherr tritt.

(4) Die Anträge auf Fortsetzung des Vorbereitungsdienstes können nur bis zum 30. September 1958, jedoch von Personen, die erst nach dem 30. September 1957 aus Kriegsgefangenschaft oder aus einem Gewahrsam außerhalb des Bundesgebietes, dessen Gründe hier nicht anerkannt werden, zurückkehren, innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Monats ihrer Rückkehr gestellt werden.

§ 72

(1) Unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallende Personen, die nach der in diesem Gesetz getroffenen Regelung keinen Anspruch oder keine Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung haben, gelten für sämtliche Zeiten als nachversichert, in denen sie vor Ablauf des 8. Mai 1945 wegen ihrer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nach den Vorschriften der Reichsversicherungsgesetze in den gesetzlichen Rentenversicherungen versicherungsfrei waren oder der Versicherungspflicht nicht unterlagen. Das gleiche gilt für ehemalige Berufssoldaten der früheren Wehrmacht, berufsmäßige Angehörige der früheren Waffen-SS oder berufsmäßige Angehörige des früheren Reichsarbeitsdienstes. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für volksdeutsche Vertriebene und Umsiedler, die bei Geltung der Reichsversicherungsgesetze im Herkunftsland wegen der in Satz 1 und 2 bezeichneten Voraussetzungen versicherungsfrei gewesen wären oder der Versicherungspflicht nicht unterlegen hätten, es sei denn, daß sie nach den Vorschriften ihres Herkunftslandes versicherungspflichtig waren. Wenn rentenberechtigte Hinterbliebene vorhanden sind, gelten die Sätze 1 bis 3 auch für den Fall des Todes.

(2) Die Nachversicherung gilt in dem Versicherungszweig der gesetzlichen Rentenversicherungen als durchgeführt, der nach Art der Beschäftigung bei Annahme der Versicherungspflicht zuständig gewesen wäre; dies gilt auch für Zeiten, in denen der Versicherungszweig noch nicht bestanden hat. Ist danach für denselben Zeitraum sowohl die Rentenversicherung der Arbeiter als auch die Rentenversicherung der Angestellten zuständig, so gilt die Nachversicherung als in der Rentenversicherung

der Angestellten durchgeführt. Berufssoldaten, berufsmäßige Angehörige der früheren Waffen-SS und des früheren Reichsarbeitsdienstes gelten in der Rentenversicherung der Angestellten als nachversichert.

(3) Ist nach Absatz 2 die Rentenversicherung der Angestellten zuständig, hat jedoch der Jahresarbeitsverdienst die Versicherungspflichtgrenze überstiegen, so gilt die Nachversicherung als bis zur Höhe der Versicherungspflichtgrenze durchgeführt.

(4) Soweit eine Nachversicherung als durchgeführt gilt, gelten die daraus erworbenen Anwartschaften sowie Anwartschaften aus Beiträgen, die für Zeiten entrichtet worden sind, die vor den in Absatz 1 genannten Zeiten liegen, als bis zum 31. Dezember 1956 erhalten.

(5) Die Weiterversicherung in den gesetzlichen Rentenversicherungen richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften; hierbei gelten die Zeiten der Nachversicherung als Zeiten, für die Beiträge für eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung entrichtet sind.

(6) Die Gewährung von Leistungen richtet sich nach den Vorschriften, die für den nach Absatz 2 zuständigen Versicherungszweig gelten.

(7) Die Rente beginnt für Personen, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt am 1. April 1951 im Bundesgebiet hatten, mit diesem Zeitpunkt, wenn der Versicherungsfall bis zum 31. März 1951 eingetreten ist.

(8) Ist wegen der in Absatz 1 getroffenen Regelung eine laufende Rente neu festzustellen, so ist die Neufeststellung rückwirkend zu dem in Absatz 7 bestimmten Zeitpunkt vorzunehmen; die Unterschiedsbeträge sind nachzuzahlen.

(9) Die Regelung der Absätze 7 und 8 gilt nur, wenn die Rente oder ihre Neufeststellung bis spätestens 31. März 1954 beantragt wird.

(10) Kriegsdienstzeiten gelten nicht als Ersatzzeiten, wenn für den gleichen Zeitraum die Nachversicherung als durchgeführt gilt.

(11) Der Bund und die Dienstherren der in § 63 bezeichneten Personen erstatten den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung im Versicherungsfall die auf die Zeiten versicherungsfreier Beschäftigungen vor dem 8. Mai 1945 entfallenden Leistungen. Der Bundesminister für Arbeit bestimmt im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen oder dem Dienstherrn das Nähere über die Berechnung und Durchführung der Erstattung und den angemessenen Ersatz der Verwaltungskosten; er kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen oder dem Dienstherrn auch bestimmen, daß die Erstattung durch Zahlung von Pauschbeträgen abgegolten wird.

(12) Soweit Personen des in Absatz 1 bezeichneten Personenkreises durch Dienstunfall verletzt worden sind und keinen auf diese Verletzung gegründeten Anspruch auf Kriegsopferversorgung haben, kann ihnen Unfallfürsorge und ihren Hinterbliebenen ein Unterhaltsbeitrag nach §§ 143 und 147 des Bundesbeamtengesetzes gewährt werden. Die Entscheidung

trifft die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit den Bundesministern des Innern und der Finanzen.

(13) Ein Antrag auf Versorgung nach diesem Gesetz, der wegen Nichtbestehens eines Anspruches oder einer Anwartschaft auf sie rechtskräftig abgelehnt wird, gilt als Antrag auf Gewährung von Rente oder auf Neufeststellung einer Rente aus den gesetzlichen Rentenversicherungen.

§ 72 a

(1) Wird das Bestehen eines Anspruches oder einer Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz erst festgestellt, nachdem zunächst irrtümlich eine Nachversicherung angenommen worden ist, so entfallen die an deren Annahme geknüpften Rechtsfolgen. Bis zur Einstellung oder Neuberechnung der Rente ist diese in bisheriger Höhe weiterzugewähren; eine Rückforderung findet nicht statt. Gezahlte Renten werden auf die für die gleichen Zeiträume zustehenden Versorgungsbezüge zu dem vom Hundertsatz der Versorgungsbezüge angerechnet, der dem Verhältnis des Unterschiedsbetrages zwischen der zuletzt gezahlten Rente und der für denselben Monat ohne Berücksichtigung der Nachversicherung errechneten Rente zu dem für diesen Monat zustehenden Versorgungsbezug entspricht. Die nach dem 8. Mai 1945 entrichteten Beiträge zu einer freiwilligen Weiterversicherung werden auf Antrag erstattet oder zurückgezahlt; der Antrag ist bis zum 30. September 1958 oder, wenn die in Satz 1 bezeichnete Feststellung erst nach dem 30. September 1957 getroffen wird, innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Monats zu stellen, in dem die Feststellung getroffen worden ist. Ist dem Versicherten aus diesen Beiträgen eine Regelleistung aus der Versicherung gewährt worden, so sind nur die später entrichteten Beiträge zu erstatten oder zurückzuzahlen.

(2) Ist oder wird nach dem 8. Mai 1945 ein Anspruch oder eine Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung erworben, so gilt Absatz 1 entsprechend. Beruht der Erwerb auf einem neuen Dienstverhältnis und hat dieses geendet oder endet es, ohne daß aus ihm ein Anspruch oder eine Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung zusteht, bei deren Bemessung die für die Nachversicherung erheblichen Zeiten berücksichtigt werden, so findet § 72 Anwendung.

§ 72 b

Erlischt eine Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz durch disziplinargerichtliches Urteil, Entlassung oder auf Grund der in diesem Gesetz vorgesehenen entsprechenden Anwendung der §§ 48, 49 und 51 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes, so findet § 72 Anwendung. Das gleiche gilt, wenn ein durch entsprechende Wiederverwendung (§ 3 Nr. 1, § 19) begründetes Dienstverhältnis endet, ohne daß aus ihm Alters- und Hinterbliebenenversorgung zusteht, bei deren Bemessung die für die Nachversicherung erheblichen Zeiten berücksichtigt werden.

§ 73

(1) Übt ein Beamter zur Wiederverwendung eine nach sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften versicherungspflichtige Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes nach Inkrafttreten dieses Gesetzes aus, so wird er auf seinen Antrag von der Versicherungspflicht befreit; das Verfahren richtet sich auch für Zeiten vor dem 1. März 1957 nach den von diesem Zeitpunkt an für die einzelnen Versicherungszweige maßgebenden Vorschriften. Der Antrag gilt als am 1. April 1951 oder zum Beginn der versicherungspflichtigen Beschäftigung gestellt, wenn er bis zum 30. September 1958 gestellt wird, sofern der Antragsteller diese Rückwirkung nicht ausschließt oder beschränkt. Wird die Rechtsstellung als Beamter zur Wiederverwendung erst nach dem 30. September 1957 festgestellt, so kann der Antrag mit der in Satz 2 bezeichneten Wirkung innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Monats gestellt werden, in dem die Feststellung getroffen worden ist. Beiträge einschließlich freiwilliger Beiträge, die für Zeiträume seit dem Zeitpunkt entrichtet worden sind, von dem ab die Befreiung von der Versicherungspflicht wirkt, können zurückgefordert werden; § 72a Abs. 1 Satz 5 gilt entsprechend. Beiträge zur Krankenversicherung werden nicht zurückgezahlt.

(2) Soweit der Beamte nicht nach Absatz 1 von der Versicherungspflicht befreit worden ist, sind bei Eintritt der Voraussetzungen des § 24a Abs. 2 oder des § 35 Abs. 1 oder bei Gewährung eines lebenslänglichen Unterhaltsbeitrages in Höhe des Ruhegehaltes die Arbeitnehmeranteile der seit dem 1. April 1951 zu den Rentenversicherungen geleisteten Pflichtbeiträge von den Versicherungsträgern an den Bund oder sonstigen Träger der Versorgungslast (§§ 61, 62, 63) zu erstatten. Die Zeit der versicherungspflichtigen Beschäftigung seit dem 1. April 1951, für die Beiträge erstattet werden, wird bei der Berechnung des Ruhegehaltes zur Hälfte als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt; Leistungen aus den gesetzlichen Rentenversicherungen werden insoweit nicht gewährt. Die Anwartschaft aus den bis zum 1. April 1951 entrichteten Beiträgen bleibt bis zum Zeitpunkt der Erstattung nach Satz 1, längstens bis zum 31. Dezember 1956, erhalten.

(3) Absatz 2 findet keine Anwendung, sofern der Beamte zur Wiederverwendung erklärt, daß er die Leistungen aus der Rentenversicherung beziehen wolle. Ist der Beamte zur Wiederverwendung verstorben, ohne eine solche Erklärung abgegeben zu haben, so kann sie von den versorgungsberechtigten Hinterbliebenen innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Ablauf des Monats, in dem er verstorben ist, abgegeben werden.

(4) Übt ein Beamter zur Wiederverwendung nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst als Angestellter oder Arbeiter aus und wird seine Rechtsstellung als Beamter zur Wiederverwendung erst nachträglich festgestellt, so findet auf die Rückforderung der Beiträge Absatz 1 entsprechend Anwendung.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für sonstige Personen, die Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz haben, und für Ruhestandsbeamte. Sie gelten auch für frühere Beamte auf Widerruf, die nach diesem Gesetz keine Anwartschaft oder keinen Anspruch auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung haben, falls sie eine solche Anwartschaft aus einem neuen Dienstverhältnis erwerben; die Befreiung von der Versicherungspflicht und die Rückforderung der Beiträge können mit der sich aus Absatz 1 ergebenden Wirkung bis zum 30. September 1958 oder, wenn das neue Dienstverhältnis erst nach dem 30. September 1957 begründet wird, innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Monats geltend gemacht werden, in dem es begründet worden ist.

§ 74

(1) Sind für einen Beamten zur Wiederverwendung, der in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 31. März 1951 innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes beschäftigt gewesen ist, Beiträge zu den gesetzlichen Rentenversicherungen entrichtet worden, so werden ihm auf seinen Antrag die Arbeitnehmeranteile aus diesen Beiträgen, sowie etwaige freiwillig entrichtete Beiträge erstattet. Ist dem Versicherten eine Regelleistung aus der Versicherung gewährt worden, so sind nur die später entrichteten Beiträge zu erstatten. Der Antrag ist bis zum 30. September 1958 oder, wenn die Rechtsstellung als Beamter zur Wiederverwendung erst nach dem 30. September 1957 festgestellt wird, innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Monats zu stellen, in dem die Feststellung getroffen worden ist. Ist der Beamte zur Wiederverwendung verstorben, so kann der Antrag von den Erben gestellt werden.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für sonstige Personen, die Anwartschaft auf Versorgung nach diesem Gesetz haben, für Ruhestandsbeamte sowie für die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes endgültig übernommenen Personen (§ 3 Nr. 1). Das gleiche gilt für frühere Beamte auf Widerruf, die keine Anwartschaft oder keinen Anspruch auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz haben, wenn sie eine solche Anwartschaft aus einem neuen Dienstverhältnis erwerben; der Antrag ist bis zum 30. September 1958 oder, wenn das Dienstverhältnis erst nach dem 30. September 1957 begründet wird, innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Monats zu stellen, in dem es begründet worden ist.

(3) Wird ein Antrag nach Absatz 1 nicht gestellt, so gelten die in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 31. März 1951 entrichteten Beiträge als freiwillige Beiträge.

§ 75

Für die Zeit vor Inkrafttreten dieses Gesetzes behält es bei den in § 58 Abs. 3 bezeichneten Zahlungen sein Bewenden. Eine Erstattung kann nicht gefordert werden. Ansprüche gegen den Bund auf Erstattung der seit dem 1. April 1950 für Rechnung des Bundes gezahlten Beträge bleiben unberührt.

§ 76

Beamte auf Widerruf, Angestellte und Arbeiter, die die persönlichen und fachlichen Anforderungen ihrer Dienststellung erfüllen, dürfen nicht zu dem Zweck entlassen werden, um Dienstposten oder Arbeitsplätze zur Durchführung der Unterbringungsmaßnahmen nach diesem Gesetz frei zu machen, oder um eine den Pflichtanteil (§§ 12, 13) übersteigende Zahl anrechnungsfähiger Personen zu vermindern.

§ 77

(1) Den unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen stehen außer den Ansprüchen nach diesem Gesetz Ansprüche aus ihrem früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnis gegen den Bund oder andere im Bundesgebiet befindliche öffentlich-rechtliche Dienstherrn, auch für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, nicht zu. Das gleiche gilt für die in § 3 bezeichneten Personen.

(2) Die gesetzlichen Vorschriften über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts und über die Sicherung des Dienst- und Arbeitsverhältnisses der Heimkehrer, die bei öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Bundesgebiet beschäftigt waren, bleiben unberührt.

§ 77 a

Soweit nach diesem Gesetz der Bund oder ein sonstiger Träger der Versorgungslast (§§ 61, 62, 63) Versorgungsbezüge an unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallende Personen gezahlt hat oder zahlt, sind Zahlungen des früheren Dienstherrn oder Versorgungsträgers auf Grund der früheren Dienstleistung auf die nach diesem Gesetz zustehenden Versorgungsbezüge anzurechnen oder auf Verlangen des Trägers der Versorgungslast in Höhe der von ihm nach diesem Gesetz geleisteten Versorgung von dem Empfänger oder seinem Rechtsnachfolger an den Träger der Versorgungslast abzuführen oder der Anspruch auf sie abzutreten. § 165 Abs. 2 und 3 des Bundesbeamtengesetzes gelten entsprechend.

§ 78

Die versorgungsrechtlichen Grundlagen des Kapitels I Abschnitt II Unterabschnitt 3 sind nach Inkrafttreten des endgültigen Bundesbeamtengesetzes der darin vorgesehenen versorgungsrechtlichen Regelung anzupassen.

§ 78 a

(1) Werden an wissenschaftlichen Hochschulen oder Einrichtungen zum Zwecke der Unterbringung nach Kapitel I dieses Gesetzes an der Unterbringung teilnehmender Hochschullehrer neue Planstellen geschaffen, so kann der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen dem Träger der Hochschule oder Einrichtung die Gewährung eines Zuschusses bis zur Höhe des Übergangsgehaltes zusichern, das dem in der Planstelle Unterzubringenden zusteht und infolge der Wiederverwendung ruht (§ 37 Abs. 2 Satz 2) oder nach § 19 Abs. 1 Satz 4 erlischt; von Vollendung des zweiundsechzigsten Lebensjahres ab treten an

die Stelle des Übergangsgehaltes das nach diesem Gesetz zustehende Ruhegehalt und im Falle des Todes des Beamten die nach diesem Gesetz zustehenden Hinterbliebenenbezüge. Entsprechendes gilt für die unter § 70 Abs. 2 fallenden Personen, die nach Kapitel I dieses Gesetzes an der Unterbringung teilnehmen. § 42 Abs. 1 findet in den Fällen der Sätze 1 und 2 keine Anwendung.

(2) Ein Land, zu dessen Bereich wissenschaftliche Hochschulen gehören, kann einem unter Kapitel I dieses Gesetzes fallenden Hochschullehrer, auch wenn er am 8. Mai 1945 bereits entpflichtet war, die Rechtsstellung des an einer der Hochschulen seines Bereiches entpflichteten Hochschullehrers zuerkennen; die dem Hochschullehrer in dieser Rechtsstellung gewährten Bezüge sind Einkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst. Für die Verleihung der Rechtsstellung nach Satz 1 kommt es auf die Erreichung einer sonst im Bereich des Landes geltenden Altersgrenze für die Entpflichtung nicht an. Absatz 1 Satz 1 und 3 findet entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, daß nach Vollendung des achtundfünfzigsten Lebensjahres der Zuschuß in Höhe der nach diesem Gesetz ruhegehaltfähigen Dienstbezüge gewährt wird.

(3) Für die unter § 63 fallenden Personen gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Bundes der nach § 63 zuständige Dienstherr tritt.

§ 79

(1) Für die Klagen aus diesem Gesetz gelten §§ 126, 127 und 136 des Beamtenrechtsrahmengesetzes; außerdem gelten, wenn nach §§ 60 und 62 dieses Gesetzes eine Bundesbehörde oder bundesunmittelbare Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts oberste Dienstbehörde ist, § 171 Abs. 1, 2 und §§ 174, 175 des Bundesbeamtengesetzes sinngemäß, im übrigen das entsprechende Landesrecht.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Streitigkeiten von Angestellten und Arbeitern einschließlich der sich aus § 4 ergebenden und, soweit es sich nicht um die Zugehörigkeit zu dem Personenkreis des Artikels 131 des Grundgesetzes, das Bestehen einer Versorgungsanwartschaft im Sinne des § 72 und die Dauer und Bruttoentgelte der Beschäftigung im öffentlichen Dienst vor dem 9. Mai 1945 handelt, für Streitigkeiten aus §§ 72 bis 74.

§ 80

Als Reichsgebiet im Sinne dieses Gesetzes gilt das Gebiet des Deutschen Reiches bis zum 31. Dezember 1937 in seinen jeweiligen Grenzen, nach diesem Zeitpunkt in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.

§ 81

(1) Die zum Personenkreis dieses Gesetzes (§§ 1, 2, 51, 62, 63 und 71 a) gehörenden Personen müssen sich bis zum 31. Dezember 1953 bei der für ihren Wohnsitz zuständigen Meldestelle melden. Die Frist ist eine Ausschußfrist.

Meldestellen sind

- a) für die Angehörigen der Bahn die Bundesbahndirektionen,
- b) für die Angehörigen der Post die Oberpostdirektionen,
- c) für die Angehörigen der Wasserstraßenverwaltung die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen,
- d) für die Angehörigen der Zollverwaltung und der Monopolverwaltung für Branntwein die Oberfinanzdirektionen — Abt. für Zölle und Verbrauchsteuern —,
- e) für die Angehörigen des Auswärtigen Amtes das Auswärtige Amt,
- f) für die Angehörigen der Arbeitsverwaltung die von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestimmten Dienststellen,
- g) für die Angehörigen sonstiger nicht unter die Buchstaben a bis f fallender Verwaltungen sowie öffentlich-rechtlicher Verbände von Gebietskörperschaften (§ 2 Abs. 1 Nr. 2) und in der Anlage A zu § 2 Abs. 1 bezeichneter Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und sonstiger Einrichtungen die in den Ländern bestimmten Dienststellen.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Personen, die am 31. Dezember 1953 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nicht im Bundesgebiet haben, müssen sich innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Ablauf des Monats melden, in dem sie im Bundesgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt begründen. Wird die Anlage A zu § 2 Abs. 1 durch Rechtsverordnung nach dem 31. August 1953 ergänzt, so müssen sich die Angehörigen der neu in die Anlage A aufgenommenen Einrichtungen innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Ablauf des Monats, in dem die Rechtsverordnung verkündet wird, melden; die Rechtsverordnung kann Abweichendes bestimmen.

(3) Von der Meldung ist befreit,

- a) wer bereits entsprechend untergebracht ist (§ 3 Nr. 1, § 19) oder auf Teilnahme an der Unterbringung verzichtet hat oder Versorgung gemäß diesem Gesetz (Ruhegehalt, Witwen-, Waisengeld, Unterhaltsbeitrag, Übergangsgehalt, Übergangsbezüge, Rente auf Grund einer Nachversicherung nach § 72 oder laufende Unterstützung nach § 56) erhält oder eine Bescheinigung über seine Teilnahme an der Unterbringung (Unterbringungsschein) besitzt, oder
- b) wer einen Antrag auf Versorgung gestellt oder sich zur Unterbringung gemeldet und hierüber eine schriftliche Empfangsbescheinigung oder einen sonstigen schriftlichen Bescheid erhalten hat.

(4) Erfolgt die Meldung nicht oder nicht rechtzeitig, so stehen Rechte nach diesem Gesetz nicht zu; dies gilt nicht für Rechte nach § 72. Der rechtzeitige Eingang der Meldung bei einer anderen Dienststelle wahrt die Frist. Wer ohne sein Verschulden

verhindert war, die Meldung fristgerecht einzureichen, muß die Meldung innerhalb eines Monats nach Wegfall des Hinderungsgrundes nachholen.

§ 81 a

Können Urkunden, die für die Geltendmachung von Rechten nach diesem Gesetz erforderlich sind, nicht beigebracht werden, so können als Beweismittel auch eidesstattliche Versicherungen von Zeugen oder notfalls des Antragstellers selbst zugelassen werden, es sei denn, daß dieses Gesetz ausdrücklich urkundlichen Nachweis vorschreibt. Zuständig für die Abnahme eidesstattlicher Versicherungen (§ 156 des Strafgesetzbuchs) ist in diesen Fällen auch die Dienststelle, die für die Entscheidung über die geltend gemachten Rechte zuständig ist.

§ 82

(1) Soweit Beamte, Angestellte oder Arbeiter am 8. Mai 1945 in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis bei einer Reichs- oder Landesdienststelle im Bundesgebiet gestanden haben, ist ihr Dienstherr die Körperschaft, die bei der Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse die Aufgaben der Dienststelle ganz oder überwiegend übernommen hat. Entsprechendes gilt für die Angehörigen von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (Nichtgebietskörperschaften) sowie öffentlich-rechtlichen Verbänden dieser oder von Gebietskörperschaften im Bundesgebiet, die

- a) am 30. Januar 1933 bereits als solche bestanden, oder
- b) nach diesem Zeitpunkt durch Zusammenschluß damals bestehender Einrichtungen der vorstehend bezeichneten Art entstanden sind, oder
- c) zu den in der Anlage A zu § 2 Abs. 1 bezeichneten Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts gehören.

Sind die Aufgaben von einer Einrichtung übernommen, die keine Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts ist, so ist zuständiger Dienstherr für Beamte die Gebietskörperschaft, deren unmittelbarer Aufsicht sie untersteht; die Einrichtung ist diesem zur Erstattung der Versorgungsleistungen verpflichtet und hat auch die Unterbringung durchzuführen, solange eine solche anderweitig nicht erfolgt.

(2) Entsprechendes gilt für Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezüge auf einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis der in Absatz 1 bezeichneten Art beruhen; an die Stelle der Dienststelle tritt die Versorgungskasse, die am 8. Mai 1945 für die Zahlung der Versorgungsbezüge zuständig war. Ist der Bezirk der Versorgungskasse auf mehrere Länder aufgeteilt worden, so fallen die Versorgungsbezüge bei Zahlungspflicht eines Landes dem Land zur Last, in dessen Gebiet sich der Wohnsitz des Versorgungsempfängers am 8. Mai 1945 befand; Entsprechendes gilt für die in Absatz 1 Satz 2, 3 bezeichneten Einrichtungen.

(3) Landesgesetzliche Vorschriften, die die Unterbringung und die Verteilung der Versorgungslast zwischen Land und Gemeinden oder anderen der Landesaufsicht unterstehenden Körperschaften abweichend regeln, bleiben unberührt. Im übrigen sind Verwaltungsvereinbarungen über die Unterbringung und Verteilung der Versorgungslast zulässig, sofern die darin geregelten Verpflichtungen zur Zahlung der Versorgungsbezüge unwiderrüflich und mit Wirkung gegenüber den versorgungsberechtigten Personen übernommen werden.

§ 83

Soweit sich Rechtsstreitigkeiten durch Erlaß dieses Gesetzes erledigen, werden Gerichtskosten einschließlich Auslagen nicht erhoben; außergerichtliche Kosten werden gegeneinander aufgehoben.

§ 84

(1) Dieses Gesetz gilt entsprechend für Personen, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in Berlin-West haben oder hatten, wenn das Land Berlin die zur Anwendung des Gesetzes erforderliche gesetzliche Regelung trifft und die Verpflichtungen übernimmt, die den Ländern im Bundesgebiet nach diesem Gesetz obliegen, auch soweit Personen ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet haben.

(2) Die Ausführung regelt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung.

§ 85

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1951 in Kraft*)

*) Die Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der Fassung vom 11. Mai 1951. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den in der vorangestellten Bekanntmachung näher bezeichneten Vorschriften.

Anlage A

(zu § 2 Abs. 1)

1. Deutscher Handwerks- und Gewerbeammertag 2. Industrie- und Handelskammern, Handelsgremien in der Tschechoslowakei 3. Handwerkskammern 4. Handwerkerinnungen, Kreishandwerkerschaften, Gewerbegeossenschaften in der Tschechoslowakei 5. Reichsnährstand Hauptabteilung I, II, III 6. Landwirtschaftskammern, Bauernkammern, Landwirtschaftlicher Verein in Bayern 7. Krankenkassen der Reichsversicherung (Orts-, Land- und Innungskrankenkassen) 8. Reichsknappschaft 9. Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung und Gemeindeunfallversicherungsverbände 10. Landesversicherungsanstalten, Gemeinschaftsstelle der Landesversicherungsanstalten 11. Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 12. Einrichtungen der gesetzlichen Versicherung (Sozialversicherung) mit Körperschaftsrechten in Böhmen und Mähren und in anderen fremden Staaten 13. Reichsverbände der Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, Kassenverbände 14. Öffentlich-rechtliche Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalten 15. Öffentlich-rechtliche Sachversicherungsanstalten 16. Verband öffentlich-rechtlicher Feuerversicherungsanstalten in Deutschland 17. Öffentlich-rechtlicher Hagelversicherungsverband	18. Versorgungskasse der Träger der Reichsversicherung in Berlin 19. Reichsbank, Nationalbank für Böhmen und Mähren und ausländische Notenbanken 20. Öffentliche Sparkassen 20a. Böhmisches Sparkasse in Prag, Erste Mährische Sparkasse in Brünn 21. Deutscher Sparkassen- und Giroverband 22. Regionale Sparkassen- und Giroverbände 23. Landesbanken, Provinzialbanken und Girozentralen 24. Schlesische Landeskreditanstalt Breslau 25. Regionale Stadtschaften 26. Preußische Zentralstadtschaft 27. Regionale Landschaften 28. Zentrallandschaft für die Preußischen Staaten 29. Regionale landschaftliche Banken 30. Zentrallandschaftsbank 31. Ritterschaften 32. Ritterschaftliche Banken 33. Preußische Staatsbank (Seehandlung), Sächsische Staatsbank, Thüringische Staatsbank 34. Deutsche Zentralgenossenschaftskasse 35. Schlesische Boden- und Kommunal-Kreditanstalt in Troppau 36. Boden- und Kommunal-Kreditanstalt in Böhmen und Mähren 37. Landesbank für Mähren 38. Landwirtschaftliche Bezirksvorschußkassen in Böhmen

39. Handelshochschule in Leipzig
40. Leipziger Meßamt (Reichsmesseamt in Leipzig), Messeamt Königsberg GmbH.
41. Wasser- und Bodenverbände, die am 30. Januar 1933 öffentlich-rechtliche Körperschaften waren oder durch Zusammenschluß derartiger Körperschaften nach dem 30. Januar 1933 geschaffen worden sind
42. Landleieferungsverbände
43. Dr. Güntz'sche Stiftung
44. Theaterstiftung in Dessau
45. Kulturstiftung in Dessau
46. Stiftung Schulpforta
47. Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands
48. Kassendentistische Vereinigung Deutschlands
49. Kassenzahnärztliche Vereinigung Deutschlands
50. Reichsapothekerkammer
51. Reichsärztekammer
52. Reichstierärztekammer
53. Zahnärztekammern
54. Reichsrechtsanwaltskammer
55. Francke'sche Stiftungen in Halle (Saale)
56. Schulstiftungen der Deutschen in Südslawien, Ungarn und Kroatien, Deutsche Schulen in Ungarn (Schulen der Evangelischen Kirche A. B. und H. B., der Katholischen Kirche, der Ersten Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und Reichsdeutsche Schule in Budapest)
57. Schulen der Evangelischen Landeskirche A. B. in Siebenbürgen
58. Deutscher Schulverein in Polen
59. Herder-Institut in Riga
60. Deutsche Landes- und Bezirkskommissionen für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen, Mähren, Schlesien und in der Slowakei
61. Königsberger Werke und Straßenbahn-GmbH., Königsberg/Pr.
62. Königsberger Fuhrgesellschaft mbH., Königsberg/Pr.
63. Stiftung für gemeinnützigen Wohnungsbau GmbH., Königsberg/Pr.
64. Dresdner Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke-AG.
65. Stettiner Stadtwerke GmbH.
66. Städtische Werke Memel AG.
67. Magdeburger Versorgungsbetriebe AG.
68. Städtische Betriebswerke Reichenbach GmbH., Reichenbach/Eulengeb.
69. Danziger Hafengesellschaft GmbH.
70. Königsberger Hafengesellschaft mbH., Königsberg/Pr.
71. Stettiner Hafengesellschaft mbH.
72. Schlesische Philharmonie GmbH.
73. Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau GmbH.
74. Schiffer-Betriebsverband für die Oder, Breslau, Mitteldeutscher Schiffer-Betriebsverband, Berlin, Ostdeutscher Schiffer-Betriebsverband, Königsberg/Pr., Schiffer-Betriebsverband für die Weichsel, Danzig
75. Anhaltische Landes-Eisenbahn-Gemeinschaft, Dessau
76. Marienstift, Stettin
77. Staatliches Waisenhaus in Königsberg/Pr.
78. Adolf Kessel'sche Stiftung, Schweidnitz
79. Reußische Anstalt für Kunst und Volkswohlfahrt
80. Rigaer Börsenverein, Rigaer Börsenkomitee, Rigaer Börsenbank
81. Öffentlich-rechtliche Waldgenossenschaften in Böhmen und Mähren und Verband der Waldgenossenschaften, Prag
82. Estländische Deutsche Kulturselbstverwaltung
83. Deutsche Volksgemeinschaft in Lettland
84. Deutsche Volksgruppe in Rumänien
85. Schulen des Deutschen Elternverbandes in Riga
86. Schulen des Kulturverbandes der Deutschen Litauens
87. Schulen des Deutschen Kulturverbandes in der Tschechoslowakei
88. Stadt-Diskonto-Bank, Riga
89. von Conradische Stiftung
90. Spend- und Waisenhaus, Danzig
91. Kloster Unser Lieben Frauen in Magdeburg
92. Pädagogium und Waisenhaus bei Züllichau
93. Kurländisches Provinzialmuseum in Mitau
94. Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt
95. Landeswirtschaftsbank in Warschau
96. Staatliche Agrarbank in Reval
97. Hygienisches Institut Anhalt in Dessau
98. Eigenbetrieb der Reichsbetriebskrankenkasse Wilhelmshaven
99. Zentralbank der Deutschen Sparkassen in Prag
100. Deutscher Volksbund in Polnisch-Oberschlesien
101. Brüner Straßenbahn AG.
102. Dresdner Straßenbahnen AG.
103. Elbinger Straßenbahn GmbH.
104. Gablonzer Verkehrsgesellschaft AG.
105. Städtische Werke GmbH., Stolp/Pommern
106. Städtische Betriebswerke Glatz GmbH.
107. Technische Werke GmbH., Greifenberg/Pommern
108. Werke der Stadt Halle AG., Halle (Saale)
109. Städtische Betriebswerke Allenstein GmbH.

Anlage B
(zu § 53 Abs. 3)

An die Stelle der Besoldungsgruppe	tritt die Besoldungsgruppe
C 1 a	B 3 a
C 1 b	B 3 a
C 2	B 3 a
C 3	B 4
C 4	B 7 a
C 5	A 1 a
C 6	A 2 b
C 7	A 2 c 2
C 8	A 3 b
C 9	A 4 f
C 10	A 4 f
C 11	A 4 f
C 12	A 2 c 2
C 13	A 3 b
C 14	A 4 b 2
C 15	A 4 c 2
C 16	A 6
C 17	A 5 b
C 18	A 6
C 19	A 8 a (6. bis 8. Stufe)
C 20 a	A 8 a (5. bis 7. Stufe)
C 21 a	A 8 a (4. bis 6. Stufe)
C 22 a	A 8 a (3. bis 5. Stufe)
C 23 a	A 8 a (1. bis 3. Stufe)
C 20 b	A 8 c 1
C 21 b	A 8 c 2 (2. Stufe)
C 22 b	A 8 c 3, A 8 c 2 (1. Stufe)
C 23 b	A 8 c 5, A 8 c 4
C 24	A 11
C 25	A 11

Anlage C
(zu § 55 Abs. 2)

An die Stelle der Besoldungsgruppe	tritt die Besoldungsgruppe
RAD m 2	B 5
RAD m 3	B 8
RAD m 4	A 1 a
RAD m 5	A 2 b
RAD m 6	A 2 c 2
RAD m 7	A 3 b
RAD m 8 a	A 4 c 1
RAD m 8 b	A 4 e
RAD m 9	A 7 a
RAD m 10	A 9
RAD m 11 a	A 8 c 4
RAD m 11 b	A 8 c 5
RAD w 1	A 2 a
RAD w 2	A 2 c 2
RAD w 3	A 4 a 2
RAD w 4	A 5 b
RAD w 5	A 8 a
RAD w 6	A 8 c 4
RAD w 7	A 8 c 5

Anlage D
(zu § 65)

Es treten an die Stelle		die Besoldungs- gruppen
der Untergruppen	der Besoldungs- gruppen	
—	JL 1	B 5
—	JL 2	B 7 a
Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 1 a	JL 3	A 1 a
Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 2 b	JL 4	A 2 b
Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 2 c 2	JL 5	A 2 c 2
Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 3 b	JL 6	A 3 b
—	JL 7	A 4 b 1
Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 4 c 1	—	A 4 c 1
—	JL 8	A 4 c 2
Fußnoten 1, 2 und 4 zur Bes.-Gr. A 4 e	—	A 4 f

**Erlaß
über die Änderung des Erlasses über die Dienstsiegel.**

Vom 28. August 1957.

Auf Vorschlag der Bundesregierung bestimme ich folgendes:

Der Erlaß über die Dienstsiegel vom 20. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 26) wird mit Wirkung vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 erster Halbsatz werden hinter den Worten „und dem Rechnungshof der Bundesrepublik Deutschland“ die Worte „sowie von dem Präsidenten, dem Zentralbankrat und dem Direktorium der Deutschen Bundesbank“ eingefügt.
2. In § 3 Abs. 1 wird folgender Halbsatz angefügt: „; das gleiche gilt für die Deutsche Bundesbank und ihre Urkundsbeamten“.

Bonn, den 28. August 1957.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

**Anordnung des Bundespräsidenten
über den Erlaß von Bestimmungen für die Dienstkleidung
der Forstbeamten des Bundes.**

Vom 10. September 1957.

Nach § 76 des Bundesbeamtengesetzes übertrage ich dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Ausübung der Befugnis, Bestimmungen über die Dienstkleidung der Forstbeamten des Bundes zu erlassen.

Bonn, den 10. September 1957.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

**Verordnung über die Erstattung
der Aufwendungen des Bundes für die Unfallversicherung der Arbeitslosen
durch die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.**

Vom 29. August 1957.

Auf Grund des § 896 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Artikels X § 4 Nr. 7 des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1018) wird nach Anhörung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung verordnet:

§ 1

(1) Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erstattet unbeschadet der Vorschrift des Absatzes 2 der Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung die Aufwendungen für die Unfallversicherung der Arbeitslosen, für die sie Träger der gesetzlichen Unfallversicherung ist.

(2) Die Aufwendungen für die Unfallversicherung der Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe und der Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem Heimkehrergesetz bucht die Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung unmittelbar zu Lasten des Bundes.

§ 2

Als Verwaltungskostenpauschale hat die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung fünf vom Hundert der nachgewiesenen Aufwendungen abzüglich der Aufwendungen nach § 1 Abs. 2 zu entrichten.

§ 3

Die Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geben zu Nummer 2 Buchstabe a des auf Grund des

§ 1555 der Reichsversicherungsordnung festgestellten Musters für die Unfallanzeigen an, ob der Verletzte zur Zeit des Unfalls Leistungen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (§ 1 Abs. 1) oder des Bundes (§ 1 Abs. 2) erhalten hat.

§ 4

Die Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung führt Nachweisungen über die Aufwendungen für die Unfallversicherung der Arbeitslosen getrennt nach

1. Aufwendungen zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (§ 1 Abs. 1),
2. Aufwendungen zu Lasten des Bundes (§ 1 Abs. 2).

§ 5

(1) Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel X § 9 Abs. 2 des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1018) auch im Land Berlin.

(2) Sie gilt nicht im Saarland.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1957 in Kraft.

Bonn, den 29. August 1957.

Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch

Verordnung über den Sitz der Wehrdienstsenate.**Vom 30. August 1957.**

Auf Grund des § 58 Abs. 1 Satz 2 der Wehrdisziplinarordnung vom 15. März 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 189) verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Die für die Wehrdisziplinarsachen und Wehrbeschwerdesachen bei dem Bundesdisziplinarhof gebildeten besonderen Senate (Wehrdienstsenate) haben ihren Sitz in München.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 30. August 1957.

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Der Bundesminister für Verteidigung
Strauß

Berichtigung**zur Neufassung des Bundesvertriebenengesetzes
(Bundesgesetzbl. I S. 1215).**

1. In § 72 Abs. 3 erster Satz muß es statt „Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge“ heißen „Vertriebene **oder** Sowjetzonenflüchtlinge“.
2. In der Fußnote zu § 107 muß es statt „des AndG BVFG“ heißen „des 2. AndG BVFG“.

Bonn, den 7. September 1957.

Der Bundesminister für Vertriebene,
Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
Im Auftrag
Radetzky